

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer und illustrierte Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1,10 Mark pro Monat, eingeschlagen in die Postzeitung.
 Preis für den Restbezug für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Kolonelle über deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Verbandsanzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 30 Pf. (zweiwöchige 2-fachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 7. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Agrarische Sorgen.

Die Erfolge des deutschen Landarbeiterverbandes machen den interessierten Kreisen schwere Sorgen. Sowohl die Tagung des deutschen Landwirtschaftsrates als die 17. Hauptversammlung des deutschen Vereins für Wohlfahrts- und Heimatpflege standen zum Teil im Zeichen dieser Sorge. Etwas spät. Man sieht hier denselben Vorgang wie bei der Behandlung der Jugend: erst wenn wir uns darum kümmern, erst wenn wir auf dem Wege sind, sie zu gewinnen, bekommt man Angst und bekennt sich auf Pflichten. Nachdem man die Landarbeiter bei der Regulierung am Anfange des neunzehnten Jahrhunderts ganz vergessen hatte, hat sich auch während des neunzehnten Jahrhunderts die Landarbeiterschaft nie einer besonderen Fürsorge durch den Staat oder die landwirtschaftlichen Organisationen erfreuen dürfen. Jetzt versichert der Staat, jetzt versichern vor allem die Landwirte, wie sie immer nur auf das Wohl der Arbeiter bedacht seien und machen alle Anstrengungen, um das zu beweisen: Wohlfahrtspflege, Theateraufführungen, Lichtbildervorträge, Dorfcafés und ähnliche Veranstaltungen, mit denen man die Landarbeiter zu beschäftigen und zu beruhigen sucht, sind Errungenschaften erst der allerletzten Jahre.

Das obige vorwurfsvolle Zitat, welches Staat und landwirtschaftlichen Organisationen ihre Unterlassungsünden vorhält, entstammt nicht etwa einer sozialdemokratischen Broschüre, sondern einer in Broschürenform erschienenen Arbeit von Dr. Agnis, Deputierten im Landesökonomikollegium: „Wie kann den Landarbeitern ein besserer Anschluß in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht geboten werden?“ (Berlin 1913, Paul Parey), deren Inhalt in verkürzter Form von dem Verfasser auf der 17. Hauptversammlung des Vereins für Wohlfahrts- und Heimatpflege vorgetragen worden ist. Die Schrift soll sich, wie schon ihr Titel besagt, mit der Frage beschäftigen, wie die Landarbeiter im Banne der Landwirte zu halten sind. Der Titel ist aber irreführend, mindestens unklar, denn mit Ausnahme eines kurzen Abschnittes, läuft alles nur auf die Frage hinaus: wie die Arbeiter dem Landarbeiterverbande und der Sozialdemokratie fernzuhalten seien, ob durch Gegenverbände oder anderen Anschluß.

Nachdem er die verschiedenen vorhandenen Organisationsbildungen, „sozialdemokratische“, konfessionelle, vaterländische Verbände und engere Fachverbände besprochen hat, sucht er erst zu entscheiden, ob auf dem Lande überhaupt eine Notwendigkeit zur Bildung eigener Arbeiterverbände vorhanden sei. Er verneint die Frage, weil die Landarbeiter in der großen Ueberzahl durch Anteil an dem Ertrage und durch eigene Wirtschaft, mindestens aber durch Haus-, Guts- oder Dorfgemeinschaft mit ihren Unternehmern in Interessengemeinschaft lebten und auch sonst sich mit ihren Unternehmern eins fühlten. Es sei also weder ein wirtschaftlicher noch ein ethischer Grund für Bildung eigener Organisationen vorhanden. Man kann sich nur wundern, wie ein so orientierter Mann so die Augen verschließen kann vor den tatsächlichen Zuständen. Die Interessengemeinschaft schwindet mehr und mehr, seit dem Zuge des Kapitalismus folgend, der Landwirt Deputatland, Ernte- und Drescheranteil, sogar die Kuhhaltung in festes Deputat und Geldlohn umwandelt und in manchen Gegenden sogar fast reinen Geldlohn zahlt. Und wo soll das „ethische Moment“, das Gefühl der Zusammengehörigkeit herkommen, wenn die Besitzer der größeren Güter alle paar Jahre wechseln, die Bauern aber ihr Gehirne aus ihrer Stube und von ihrem Tisch vertreiben haben. Weber, v. d. Goltz, Sydow und viele andere weisen auf die tiefe soziale Kluft hin, welche Landbesitzer und Arbeiter trennt, und da behauptet A., es gebe in der Landwirtschaft keinen Interessens- und Massengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern wie in der Industrie.

Aber der Grund für die Verneinung ist ein ganz anderer und wird auch nicht in diesem Kapitel, sondern an anderen Stellen es verraten: es ist die wiederholt z. B. bei Besprechung der Fachverbände hervorretende Furcht, es möchten diese Organisationen „bei Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Arbeitgeberern in das Klassenkampfsprinzip verfallen“.

Ein ganz richtiges Gefühl. Durch eigene Organisierung entsteht Klassenbewußtsein. Sowie der Arbeiter erst begriffen hat, daß er eine eigene Klasse gegenüber der Klasse der Unternehmer bildet, und daß beide Klassen gegensätzliche Interessen haben, dann ist es auf immer aus mit seiner Geduld, mit seiner Bedürfnislosigkeit und seiner Bereitwilligkeit, sich knechten zu lassen. Dann gibt es nur noch den Kampf, den Klassenkampf. Deshalb ist es ein ganz richtiger Instinkt, wenn A. es auf jeden Fall verhindert wissen will, daß der Landarbeiter zum Klassenbewußtsein erwacht. Er verliert dieses Klassenbewußtsein dann eben nie wieder.

Aber mit dem einfachen Nachweis, daß eigene Arbeiterverbände sich nicht empfehlen, begnügt sich der Verfasser nicht, er empfiehlt der Sicherheit wegen sogar Maßnahmen zur Verhinderung ihrer Bildung. Maßnahmen, die sich „in erster Linie gegen die Sozialdemokratie als den gefährlichsten Gegner richten müssen“. Um die Arbeiter nicht durch die materiellen Vorteile des Verbandes der Landarbeiter locken zu lassen, empfiehlt er Hinweis auf die ähnlichen Einrichtungen vaterländischer, besonders der Kriegervereine, auf eine nationale

Vollversicherung, Einrichtung unparteiischer Rechtsauskunftstellen, gute Vektüre, z. B. die — Kreisblätter und eine vom Verein für Wohlfahrts- und Heimatpflege demnächst herauskommende Wochenschrift für Landarbeiter.

Aber er ist einseitig genug zu erkennen, daß materielle Vorteile und soziale Fürsorge allein den idyllischen Wert des Zusammenchlusses, jenes erhebende Gefühl der Kollegialität und das Bewußtsein in der Gesamtheit etwas zu bedeuten, nicht ersetzen können, daß zum Ersatz dessen, was in dieser Beziehung der Landarbeiterverband bietet, dem Arbeiter die Möglichkeit eines Anschlusses an eine Organisation geboten werden müsse. Nochmals betont er dabei, daß die vorhandenen reinen Arbeitervereine nicht zu empfehlen seien, weil durch sie künstlich eine Schranke zwischen Arbeitern und den Landwirten geschaffen werde. Das Richtige sei vielmehr ein einheitlicher Zusammenschluß aller Berufsangehörigen. Durch Erhaltung oder Wiedereinführung der Naturallohnung, Ansiedelung, besonders aber durch Heranziehung der Arbeiter zu den allgemeinen landwirtschaftlichen Organisationen solle man das wirtschaftliche Band zwischen Landbesitzern und Arbeitern wieder herstellen respektive erhalten. Aufnahme eines Arbeiters in die Landwirtschaftskammern (woblgemerkt nicht durch Wahl der Arbeiter, sondern durch Zuwahl von Seiten der Kammer selbst bestimmt), Aufnahme in landwirtschaftliche Vereine, ländliche Genossenschaften, den Bund der Landwirte, allgemeine vaterländische Vereine wie Flottenverein, Wehrverein wird empfohlen, endlich wird den „landwirtschaftsfeindlichen“ politischen Parteien Annahme eines Landarbeiterprogramms ans Herz gelegt.

Recht vernünftig und modern mutet es an, wenn er betont, die Landarbeiter müßten vollberechtigte und verpflichtete Mitglieder der Organisationen sein und dürften nie das Gefühl haben, daß man ihnen Wohlthaten erweisen wolle. Er kennt seine Pappeneimer, er weiß, daß man die Arbeiter, die man bisher nur als eine von Natur aus minderberechtigte Schicht angesehen hat, nur widerwillig in all diese Organisationen, außer in die Kriegervereine, aufnehmen wird, daß man vor allen Dingen sie fühlen lassen wird, welches Glück und welche Ehre sie durch diese Aufnahme genießen. Er hat dadurch den schwachen Punkt dieser ganzen Bestrebungen herausgefunden, an dem sie scheitern werden. Die soziale Kluft, der Massengegensatz, so sehr man ihn leugnen will, besteht und wird immer größer, und stets wird dieses Moment sich der Bildung gemeinsamer Organisationen von Landwirten und Landarbeitern hindernd in den Weg stellen oder, wenn sie zustande gekommen sind, sie zerreißen. Und hier werden es gerade die Unternehmer sein, die dieses Moment am meisten fühlen.

Aber auch der Verfasser kann ein Bedenken nicht unterdrücken, nämlich die Gefahr der Majorisierung der Unternehmerrinderheit durch die Arbeitermehrheit, besonders in den Genossenschaften, wodurch dann die Landwirte hinausgedrängt werden könnten. Dagegen empfiehlt er Abstufung der Beiträge und — Abstufung des Stimmrechts. Die Landarbeiter hätten also in diesen Organisationen nur zu zahlen, Parade zu stehen und anzunehmen, was man ihnen zu geben für gut hält, aber — nie zu sagen. Ob sie sich das werden gefallen lassen, ist eine andere Frage.

Wo schon sozialdemokratische Arbeiterverbände größeren Umfangs bestehen, da werde allerdings, meint er, die Bildung politischer Landarbeitervereine auf vaterländischer Grundlage als Kampforganisationen erwogen werden müssen.

Also in der Organisationsbildung bremsen, solange es geht, und wenn es nicht mehr geht, den organisierten Landarbeitern ihre eigenen Brüder als Prellbock entgegenstieben, darauf geht es hinaus.

Ganz scheint Agnis seinen Mitteln auch nicht zu trauen als Gegenmittel gegen die Agitation der Sozialdemokratie. Deshalb empfiehlt er an einer Stelle, den sozialdemokratischen Agitatoren die Möglichkeit der Agitation zu nehmen und zwar in recht eigenartiger Weise. Da es in der Regel den Agitatoren nur am Sonntag gelinge, Versammlungen und Besprechungen abzuhalten, so solle man die Arbeiter am Sonntag auf ihrem Deputat- oder Pachtland, überhaupt in ihrer eigenen Wirtschaft beschäftigen, um den Arbeitern die Lust zu nehmen, zu sozialdemokratischen Versammlungen zu gehen.

Die weiteren Ausführungen sind für uns ohne Interesse. Am Schluß ermahnt er nur noch einmal beide Teile, keine Sonderorganisationen zu schaffen zum Kampf gegeneinander, sondern sich zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der gesamten Landwirtschaft zusammenzuschließen. Das ist der Kern der Ausführungen. Die Folgen erkennt er eben ganz scharf: die Bildung des Klassenbewußtseins bei den Arbeitern und die sich daraus ergebende Gefahr des Klassenkampfes für die Landbesitzer. „Man darf sich aber darüber keinem Zweifel hingeben, daß, wenn ein solcher Augenblick eintritt (d. h. übermächtige Landarbeiterorganisationen sich gebildet haben, die ihren Willen den Unternehmern aufzwingen), die Landwirtschaft wenigstens in allen Gegenden, wo eine verhältnismäßig zahlreiche Landarbeiterschaft vorhanden ist, überhaupt im öffentlichen Leben und in der Durchführung eines geregelten Betriebes im wesentlichen erledigt ist. Diese Entwicklung dauernd abzuwenden, muß also von allen Landwirtschaftsfreunden bis aufs äußerste versucht werden.“ Er betont auch, daß diese Gefahr in Ostelbien am größten ist, indem er zustimmend das Wort von Engels zitiert: „Hier im ostelbischen Preußen liegt unser

entscheidendes Schlachtfeld.“ Daraus ersieht man, daß er nicht die Landwirtschaft meint, die dann erledigt ist, sondern die Agrarier.

Diese Erkenntnis, die auf einem scharfen Blick beruht, wollen wir uns zu eigen machen, dieses Wort wollen wir uns merken. In Ostelbien sitzen die Beherrscher des Staates und des Reiches, in Ostelbien sitzen die Nutznießer unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems, den Agrariern Ostelbiens hat es das Proletariat zu danken, wenn es immer mehr ausgeplündert wird. Die Agrarier Ostelbiens sind aber „erledigt“, wenn die Landarbeiterschaft organisiert und für uns gewonnen ist. Also in Ostelbien liegt deshalb in der Landagitation das Kampffeld, der Hauptstoß, der Landagitation wird nach Ostelbien zu richten sein.

Die Vermögensabgabe.

Die unwilligen Opferwilligen.

Es nützt alles nichts; der Stagenjammer, der die Bürgerlichen seit der Veröffentlichung des Kriegssteuerplanes erfährt, wird immer größer. Und ihre Stimmung wird auch dadurch kaum gehoben werden, daß ihre monarchischen Gefühle geschont bleiben sollen. Der verruchte Plan, auch die Fürsten gesetzlich zur Leistung für dieses eine Mal heranzuziehen, scheint fallen gelassen zu sein. Zwar hatten falsch instruierte Byzantiner bereits große Preislieder angestimmt und von uns ehrfürchtige Bewunderung gefordert, weil diese Allerreichsten, die nie Steuer zahlen, diesmal endlich von ihren vielen Millionen ein paar Tausend Mark „opfern“ wollten. Sie hätten schließlich damit kein gar zu schlechtes Geschäft gemacht; hätten sie doch damit den bürgerlichen Parteien eine neue Möglichkeit gegeben, sich um die Abschaffung dieses durch nichts zu rechtfertigenden Privilegs zu drücken. Aber die Regierung scheint den bürgerlichen Parteien auch diesen Vorwand entziehen zu wollen. Wie der offiziöse „Local-Anz.“ erfährt, wird in der Vorlage keine Festimmung über die Heranziehung der Bundesfürsten zu dieser Abgabe enthalten sein. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß die von den Bundesfürsten zu leistenden Beiträge einen durchaus freiwilligen Akt darstellen, dem der Ausnahmecharakter gewahrt werden muß.

Mit anderen Worten: die Fürsten können geben, was ihnen beliebt. Auf die Abschaffung ihres Vermögens wollen sie sich nicht einlassen und vor allem wollen sie für alle Zukunft sich die Steuerfreiheit retten! Der „Ausnahmecharakter“ ist auch ihre größte Sorge.

Kritik über läßt sich an diesem Vorgehen nicht; denn jede Beleuchtung solcher Opferbereitschaft würde die engen Grenzen deutscher Preßfreiheit bei weitem überschreiten. Der Kritik bedarf es auch nicht, denn jeder Arbeiter kann sich ja dessen erinnern, was seiner Opferbereitschaft durch die Zölle und indirekten Steuern auferlegt ist und er wird dann von seiner Gedankenfreiheit ausschweifendsten Gebrauch machen. Wir sind auch neugierig, ob die bürgerlichen Parteien es nochmals wagen können, eine Steuervorlage zu verabschieden, ohne das fürstliche Steuerprivileg radikal aufzuheben!

Vaterlandsfeindliche Patrioten.

Ueber die geplante Vermögensabgabe gibt der „Local-Anzeiger“ einige Angaben wieder, die ihm von einer „in Steuerangelegenheiten zuständigen Seite“ gemacht worden sind. Es heißt da unter anderem:

Nach der Vermögenssteuerstatistik des Preussischen Staates für 1911 ist zur Ergänzungsteuer ein Vermögen von rund 104 Milliarden Mark veranlagt, wobei Vermögen unter 6000 M. nicht mitgerechnet sind. Läßt man die geringen Vermögen bis zu 20000 M. von der Abgabe frei, so handelt es sich noch um ein veranlagtes Vermögen von 89,8 Milliarden Mark. Daß diese Summe gering gerechnet ist, kann angenommen werden, da es bei der Veranlagung zur Vermögenssteuer keinen Deklarationszwang gibt. Dieses steuerlich belastete Vermögen verteilt sich auf die unten angegebenen Stufen. Geht man davon aus, daß die größeren Vermögen, welche zu einem Existenzminimum in überaus glücklichen Verhältnissen stehen, höher herangezogen werden können, so dürfte sich etwa eine Staffelung der Steuer in der Weise empfehlen, daß Vermögen

Vermögen	Zahl der Jenfiten	Vermögensbetrag in Mill. M.	Proz.	Betrag der Steuer in Mill. M.
bis 200 000 M.	781 846	40,382	1/4	101
500 000	47 507	14,389	1/3	48
1 Mill.	18 793	9,475	1/2	47
10	9 094	10,967	1,0	197
20	178	2,898	1,5	36
50	65	1,861	2,0	37
80	6	347	2,5	9
100	4	364	3,0	11
mehr als 100 Mill. M.	4	852	4,0	84
		802 495		89,700
				520

herangezogen werden, während bei Vermögen über eine Million je nach der Größe eine weitere Steigerung bis zu 4 Proz. für die Riesenvermögen möglich wäre. Es würde sich dann die folgende Verteilung ergeben:

Nimmt man sich für 1912 und 1913 die Zunahme an Vermögen auf nur 4 Milliarden an, so würde sich für Preußen ein Vermögen von rund 98 Milliarden und ein einsehbarer Steuerbetrag von 566 Millionen ergeben. Das Verhältnis von Preußen zu Deutschland wird hinsichtlich des Vermögens geschätzt auf 5:8. Trifft das zu, so ergäbe sich für Deutschland bei obigen Steuerhöhen ein einmaliger Steuerbetrag von 905 Millionen.

Diese Steuer könnte, meint der „L.A.“ leicht aufgebracht werden. Verteile man die Bezahlung auf vier Quartale, so würden bei einem Vermögen von 50 000 M. vierteljährlich 31,25 M.

bei 100 000	62,50
300 000	250,—
1 000 000	250,—

zahlbar.

Man sieht, das sind in der Tat erträgliche Opfer. Aber die Besitzenden sind doch anderer Meinung. Die Annahme, daß die Abgabe progressiv gesteuert werde (was natürlich auch durchaus richtig wäre) und bis 4 Proz. ansteigen könnte, scheint so aufregend gewirkt zu haben, daß der „L.A.“ seine eigene Darlegung im Abendblatt bereits abschwächen und sie als bage Vermutungen bezeichnen muß!

Aber ob 1/2 Prozent für alle Vermögen oder Steigerung bis 4 Prozent, das ist schließlich den Vermögenden nicht das Wichtigste. Die Milliarde selbst hergeben zu sollen, das ist ihr Schmerz und ihre Pein. Und so wächst die Opposition. Zu den Stimmen aus dem liberalen und konservativen Lager kommt heute der liberale „Bayrische Courier“. Er wütet über diese „Blutabzapfung“, diese „Brandstiftung des Sparsens“ in kräftigen Worten, die die liberale Presse ängstlich vermied, als die Blouschwarzen den arbeitenden Massen die halbe Milliarde alljährlich auferlegten, und schreibt schließlich:

„Der Militarismus frist uns. Nur mit Bangen kann der wahre Vaterlandsfreund die Frage sich vorlegen: Wohin soll das fahren? Heute kosten uns fünf Jahre Frieden soviel oder mehr als ein verlorener Krieg von gestern. Der wahre Patriot bringt gern Opfer für die Sicherheit des Vaterlandes. Aber nunmehr liegen die Verhältnisse bald so, daß der echte Patriotismus sich die tiefere Frage vorlegen muß: Kann dieses uferlose Rüstungswettrennen noch lange so weitergehen? Ist die Unruhe, die Unzufriedenheit, die Gärung, welche dieses unausgesetzte, ständige, immer mehr und mehr forcierte Anziehen der Steuerschraube in allen Schichten der Bevölkerung erzeugt, schließlich nicht ein gefährlicherer Feind des Vaterlandes als jeder auswärtige Gegner? Wird nicht so Jahr für Jahr von den Regierenden der Boden frisch gedüngt, aus dem die Sozialdemokratie, der Anarchismus, die Revolution herauswächst? Ist da nicht schließlich eine plötzliche Explosion der europäischen Spannung der Steuerfolter ohne Ende vorzuziehen? Wie wäre es, wenn das Parlament einmal wieder bremsen würde aus Patriotismus, aus wohlverstandener und wohlberedeter Liebe zur Nation, ohne Angst und Bangen vor der Entfesselung der Hurraffimmung? Reich und Bundesstaaten stürzen auf dieser tiefsten Ebene unaufhaltsam in die Tiefe.“

Man sieht, die Heranziehung der Besitzenden wirkt wahre Wunder! Immer wieder haben die Sozialdemokraten aus wohlverstandener und wohlberedeter Liebe zur Nation zu bremsen versucht. Vaterlandsfeinde hat uns das Gefindel genannt, solange die Arbeiter alle — die persönlichen und finanziellen — Lasten aufbringen mußten. Jetzt, wo sie bei den 1/2 Millionen sozialdemokratischen Stimmen es nicht mehr wagen können, die Besitzenden wieder auf neue Bluten zu lassen, wo sie mitzählen sollen, da kommt ihnen endlich der Gedanke, zu bremsen, da wird das unpatriotische plötzlich patriotisch!

Aber es wäre verfehlt, auf diese neue Erkenntnis irgendwelche Hoffnungen zu bauen. Die bürgerlichen Parteien haben längst alle Widerstandskraft verloren; in Deutschland, das beweist die Vorgeschichte der Militärvorlage allzu deutlich, ist der Generalstab allmächtig. Deshalb müssen die Arbeiter auf der Hut sein. In der rechtsstehenden Presse wird die Forderung neuer indirekter Steuern immer lauter erhoben. Die Arbeiterklasse muß auf dem Posten sein, sollen ihr zuletzt nicht zu den vermehrten persönlichen Opfern auch neue Steueropfer auferlegt werden.

Abschaffung des Einjährigen-Privilegs!

Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben gegen unsere Feststellung, die Heeresvermehrung fordere von den arbeitenden Massen die größten persönlichen Opfer: „Nalich: die Wehrpflicht ist allgemein, jeder Deutsche ist zu diesem „größten persönlichen Opfer“ verpflichtet, und jedem Reichsbürger, also auch den „arbeitenden Massen“ kommt die damit verbürgte Wehrhaftigkeit und Sicherheit des Vaterlandes zugute.“

Das Hamburger Blatt hat das Einjährigenprivileg der Besitzenden vergessen. Es bedarf wohl bloß dieser Erinnerung, damit das Blatt mit uns dafür einträte, daß dieses ungerechtfertigte Vorrecht endlich beseitigt werde, wie das ja in Frankreich längst der Fall ist.

Der Balkankrieg.

Einnahme von Janina.

Den Griechen ist die Eroberung des lange belagerten Janina gelungen. Es wird darüber gemeldet:

Athen, 6. März. Vom Thronfolger ist folgendes von heute 6 Uhr früh datiertes Telegramm eingegangen: Da die griechische Armee die ganze linke Front von Janina, sowie Bisani und Gakriza besetzt und Essad Pascha umzingelt hatte, erklärte mir der türkische Oberbefehlshaber soeben, daß er sich mit seiner Armee Kriegsgefangenen gebe. Ich werde demnächst Einzelheiten über den großen Sieg der tapferen Armee schicken.

Athen, 6. März. General Souna ist mit drei Eskadrons heute früh 9 Uhr in Janina eingezogen.

In Janina ist die hellenische Flagge gehißt worden.

Die Bevölkerung von Athen beweist insolge der Siegesnachricht großen Enthusiasmus. Die Kirchenglocken läuten und man singt die Nationalhymne.

Die Türken haben die Festung hartnäckig verteidigt und dadurch dem Vordringen der Griechen in Epirus Halt geboten. Auf diesem Kriegsschauplatz konnten die Griechen bisher nicht von der Stelle kommen, während sie auf dem thessalischen Kriegsschauplatz leichtes Spiel hatten und ziemlich leicht bis Saloniki vordrangen. Die türkischen Streitkräfte in Epirus waren aber von jeder Verbindung abgeschlossen; sie werden mit ihrer Munition am Ende gewesen sein, und auch mit der Verpflegung wird es sehr schlecht bestellt gewesen sein. Da ihnen jede Aussicht auf Hilfe abgeschnitten war, haben sie sich zur Kapitulation entschließen müssen.

Der griechische Erfolg wird es übrigens der türkischen

Regierung gegenüber der Kriegspartei erleichtern, den Frieden zu schließen.

Die Jungtürken und der Friede.

Konstantinopel, 6. März. Bei der vorgestern und gestern abgehaltenen geheimen Sitzung des jungtürkischen Komitees kam es, wie verlautet, zu sehr erregten Debatten über die Frage des Friedens. Der frühere Minister Hauri soll erklärt haben, wenn der Friedensschluß die Notwendigkeit der Abreise von Konstantinopel ergeben sollte, so müßte das Kabinett demissionieren. Talaat Bei trat dieser Äußerung heftig entgegen. Bisher ist über die Friedensfrage kein Beschluß gefaßt worden. Hauri verließ die Sitzung.

Der Großwesir machte gestern dem russischen Botschafter einen Besuch. — Seit einigen Tagen geht das Gerücht, daß die Kammer wieder einberufen werden solle. Itbam wendet sich heftig gegen diesen Plan.

Serbische Transportschiffe versenkt?

Wien, 6. März. Die Neue Freie Presse meldet aus Konstantinopel: Der Kreuzer Hamidiye traf heute morgen vor der Bucht von Hagion-Oros auf eine Flotte von 24 griechischen Schiffen, die serbische Truppen mit 24 kleinen und 10 großen Geschützen nach Skutari zu transportieren hatten. Die Hamidiye eröffnete ein Feuer gegen drei Transportschiffe, welche sanken. Erst drei Stunden später von Saloniki ausgelaufene Schiffe konnten einige schiffbrüchige Mannschaften retten.

Die österreichische Demobilisierung.

Wien, 6. März. Die österreichisch-russische Demobilisierung hat sich wieder verzögert. Anscheinend sind noch einige formelle Fragen zu erledigen. Die Sozialdemokraten brachten im Abgeordnetenhaus einen Antrag ein, der die Regierung auffordert, ihren verfassungsmäßigen Einfluß auf die gemeinsame Regierung in dem Sinne auszuüben, daß alle einberufenen Reservisten und Ersatzreservisten möglichst bald entlassen werden können. Das Haus lehnte es ab, den Antrag sofort auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Programm der norwegischen Regierung.

Christiania, 3. März. (Fig. Ber.) Die norwegische Regierung hat nunmehr im Parlament eine Programmklärung abgegeben, die wegeleitend für die liberale Politik der nächsten Jahre im Storting werden dürfte. Die Regierung hat dabei gewiß eine große Zahl von Fragen aufgeworfen, allein sie hat es in der Regel vermieden, die Richtung anzugeben, in der sie diese Fragen zu lösen beabsichtigt. Das ist insbesondere mit den Fragen der Sozialgesetzgebung der Fall. Einleitend wird zwar erklärt, daß getreu den liberalen Traditionen die Regierung die nationale und demokratische Politik zu fördern suchen wird, die im Zusammenhang zwischen Linde und Arbeiterdemokraten (eine etwa den deutschen Fisch-Dunderschen Anhängern gleiche Strömung in der norwegischen Arbeiterschaft, die sich im Aussterben befindet) den Sieg bei den Wahlen errungen hat. Aber darunter kann man schließlich alles und nichts verstehen. Und in den weiteren Programmklärungen findet sich fast nirgends ein positiver Anhalt für die Wege der Regierungspolitik. Die Auslandsvertretung des Staates soll eine festere organische Verbindung zwischen Konsulaten und Diplomatie erhalten, das Handelsdepartement soll reorganisiert werden und die sozialen Fragen damit unter das Zepher Cathbergs, des Führers der Arbeiterdemokraten, kommen; die Regierung will die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes vom ausländischen Kapital wahren, zu welchem Zweck die Konzeptionsgesetzgebung weiter entwickelt werden soll. Im Zusammenhang damit wird die Wasserkraftfrage ihre Lösung finden. Die Landesverteidigung soll ferner verbessert und in einzelnen Teilen reorganisiert werden.

Das ist im wesentlichen das Programm der nationalen Politik der Regierung. Alle diese Fragen haben mit einer nationalen Politik der Arbeiterklasse kaum etwas gemein. Der Militarismus wird den breiten Massen neue Opfer aufbürden; die Reorganisation einzelner Zweige der Bureaucratie wird die Arbeiterklasse ziemlich kalt lassen können. Und vollends wird die liberale Unabhängigkeitserklärung gegenüber dem profitstuchenden Auslandskapital für die sozialdemokratische Politik ziemlich gleichgültig sein. Nur wer der politisch-ökonomischen Kleinlinderchule noch nicht entwachsen ist, kann glauben, daß die norwegischen Liberalen die ökonomische Abhängigkeit vom Auslandskapital durch die Konzeptionsgesetzgebung durchsetzen werden oder auch nur wollen. Die Industrialisierung des Landes schreitet enorm vorwärts, durchaus im Einverständnis mit den Liberalen, die die Couponschneiderei keineswegs verpönnen. Da das Land nochendes Kapital braucht, wird man es auch in Zukunft nehmen, wo man es bekommt. Können ausländische Kapitalisten nicht persönlichen Industriebetriebe eröffnen, werden sie sich norwegischer Strohmänner bedienen; auch werden sie leicht und nicht mit geringerem Nutzen, die Dividende mit Zins auf verliehenes Kapital austauschen. Diese Art Konzeptionsgesetzgebung sind de facto nichts als blauer Dunst zur Vernebelung des Rationalgefühls norwegischer Epischer.

Von eigentlich demokratischer Politik ist im Regierungsprogramm nichts enthalten, was über die platonische Phrase hinausginge. Dagegen sind einige wichtige sozialpolitische Fragen angeschnitten, deren Lösung von großem Vorteil für die Arbeiterklasse sein könnte, wenn sie in ihrem Interesse erfolgt. Es wird die Lösung der Juvaliden- und Altersversicherungsfrage, der Maximalarbeitszeit in Fabriken, des verbesserten Schutzes der Kinder- und Regelung der gewerblichen Nacharbeit, verbesserter Unfallversicherung, Revision der Krankensicherung, Regelung der Heimarbeit usw. verprochen. In welchem Sinne die Fragen ihre Lösung finden sollen, ist noch Amtsgeheimnis.

Sodann will die Regierung die Arbeiterklasse mit einem Sondergesetz begünstigen, von dem die organisierten Arbeiter nichts wissen wollen: Ein Gesetz betreffend Arbeitskonflikte. Die Regierung hält sich auch hier über die beabsichtigte Richtung in Schweigen, aber außerhalb des Parlaments ist bekannt geworden, daß sie die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit durch schiedsgerichtliche Erledigung der Interessengegensätze aus der Welt schaffen will. Von den beiden Formen geschlichteter Minimalarbeitsbedingungen wählt in Norwegen die liberale Regierung den schiedsgerichtlichen Zwangsbergleich, während in Schweden die sozialdemokratische Erste-Kammer-Fraktion durch Herrn Professor Steffen die geschlichten Lohnämter beantragt, die eventuell sogar zur Festschreibung einer Minimallohnklausel für die Arbeiter berechtigt sein sollen. Die Weisungsgemeinschaft dieser beiden nordischen Richtungen, schwedischer Erste-Kammer-Sozialismus und norwegischer Regierungliberalismus, ist offenbar. Es fehlt zur Vervollständigung nur noch, daß beide sich auf ein Verbot des Streiks schlechtin einigen, um die skandinavische Halbinsel von der Hydra der Arbeitskämpfe zu befreien.

Die norwegischen Gewerkschaften sehen die Sache freilich mit anderen Augen an. Mit lauffähiger Unterstützung der norwegischen Sozialdemokratie haben sie sofort einen entschiedenen Kampf gegen die liberalen Zwangsbergleichsabsichten eröffnet, von dem man hoffen kann, daß er mit Erfolg enden wird. Denn auch die Unternehmer wollen von einer Bureaucratifizierung der Arbeitsverhältnisse nichts wissen.

Die übrigen Versprechungen in der Regierungserklärung betreffen Schul- und Erziehungsfragen, die hier weniger interesselos sind. Ferner soll neben der Landesverteidigung auch der Marine-maloch neue Mittel verschlossen. Die Küstenverteidigung soll durch Beseitigungen, Torpedoboot- und Minen gesichert werden. Es ist also dafür gesorgt, daß die steigenden Staatseinnahmen nicht für die Armen, sondern für Militärzwecke Verwendung finden. Nicht Armenschutz, sondern Küstenschutz ist die Parole.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März 1913.

„Wir haben zugelernt“.

Aus dem Reichstage. In der Kolonialdebatte war am Dienstag nur die Sozialdemokratie zu Wort gekommen. Bei der Fortsetzung der Beratung am Donnerstag sprachen die übrigen Parteien und die Regierung. Die Sozialdemokratie sprach nicht, aber über sie wurde um so mehr gesprochen. Von fast allen bürgerlichen Rednern wurde die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik und ihre jahrzehntelange Kritik der kolonialen Mißstände angegriffen. Ein Hauptargument war die bequeme Ausrede, daß es in den Kolonien und mit den kolonialpolitischen Methoden jetzt nicht mehr so schlimm aussehe wie in den Anfängen der deutschen Kolonialpolitik. „Wir haben doch zugelernt!“ rief der Kolonialsekretär Solf befriedigend aus. Keiner der Herren kam aber auf den Gedanken, daß der wertvollste Erzieher für die bürgerlichen Parteien und für die deutschen Konquistadoren in den Kolonien die unablässige und unerbittliche Kritik der Sozialdemokraten gewesen ist.

Den Anfang bildete eine Rede Erzbergers vom Zentrum, der natürlich kolonialbegeistert bis über beide Ohren ist. Neben wirtschaftlichen Vorteilen will er besonders religiösen Nutzen aus den Kolonien ziehen. Er sieht in den Missionaren die wichtigsten Kulturpioniere und verlangt unbedingte Unterstützung der Missionen und ihrer Arbeit durch die Regierung. Es kommt ihm gar nicht darauf an, den religiösen Zwecken zuliebe Maßnahmen der Regierung, die nicht unmittelbar den konfessionellen Sonderinteressen des Zentrums entgegenkommen, scharf anzugreifen oder auch höhnisch zu beweihele.

Der letzte Redner aus dem Hause war der bekannte Reichsverbandsgeneral und ehemalige Kolonialgouverneur Liebert, für den neben dem wirtschaftlichen Gewinn der Kolonialpolitik besonders ihre militärische Seite eine Rolle spielt, und der daher ein begeistertes Loblied auf die Schutztruppen anstimmte. Ueber die Greuel, die verschiedene Ausrottungsstrategen und Menschenquäler früherer Jahre zu einer traurigen Verühmtheit verholfen haben, ging er mit einer fühligen Handbewegung hinweg.

Zwischen dem Heiligen und dem Ritter sprachen die Vertreter der beiden liberalen Parteien, zwei Rechtsanwälte, der Nationalliberale Semler aus Hamburg und der Fortschrittler Waldstein aus Altona. Beide überboten sich schier in bedingungsloser Kolonialbegeisterung und produzierten dabei — besonders der Fortschrittler — so muntere Wortgespinne und abgelebte Redekünste, als hätten sie die kapitalistische Kolonialpolitik vor einem Schwurgericht zu verteidigen. Dies kind — kein Engel ist so rein!

Nachdem die erste Runde der Redner aus dem Hause beendet war, erhob sich der Staatssekretär für die Kolonien Dr. Solf. Den wichtigsten Teil seiner Rede hatte er augenscheinlich vorsorglich vorbereitet, woraus wir ihm natürlich keinen Vorwurf machen. Wir erwähnen es nur, um damit den programmatischen Charakter seiner Ausführungen mehr hervorzuhellen.

Herr Solf ist mit Leib und Seele Kolonialpolitiker. Er hat dies durch eine lange Tätigkeit im praktischen Kolonialdienste bewiesen, und er macht es durch den Ernst und die Liebe und auch durch die Sachlichkeit, mit der er sein gegenwärtiges Amt vor dem Reichstage vertritt, glaubhaft. Aber Herr Solf verrät zugleich seine politische Rätelei, wenn er als wichtigste Voraussetzung für die Kolonialpolitik des Reichstags verlangt, daß die Parteien ihre zulebte alle ihre Gegenseite vergesen, daß sie die Kolonialpolitik aus dem Rahmen der sonstigen Politik herausheben sollen. Das geht natürlich nicht. Soweit Parteien Grundsätze haben, die aus kritischer Erkenntnis der gesellschaftlichen Zustände erwachsen sind, müssen sie diese Grundsätze allen ihren Handlungen zu Grunde legen. Es mag sein, daß die bürgerlichen Parteien bei der Oberflächlichkeit und der mangelnden Festigkeit ihrer Grundsätze, falls sie überhaupt welche haben, damit Fangball spielen können, so oft es ihr Belieben oder ein Wind von oben oder ein lauhendes Geschäft erfordert. Die sozialdemokratischen Parteigrundsätze lassen eine solche Fangballpolitik nicht zu. Der Herr Staatssekretär wird sich also daran gewöhnen müssen, daß die Sozialdemokratie ihre Stellung zur kapitalistischen Kolonialpolitik nach wie vor von ihren sozialistischen Grundanschauungen bestimmen läßt.

Das schließt natürlich nicht aus, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der praktischen Kolonialpolitik überall die bessernde Hand anlegt, wo immer sich ihr nur eine Gelegenheit bietet, im Sinne der sozialdemokratischen Grundsätze und Forderungen zu wirken. Das ist auch bisher geschehen. Und wenn es in einigen Punkten der deutschen Kolonialpolitik nicht mehr ganz so atq aussieht wie früher, wenn „gelernt“ worden ist, so hat die Mitarbeit der Sozialdemokratie in den Kommissionen und im Plenum des Reichstags, wir wiederholen es, in erheblichem Maße dazu beigetragen.

Die sozialdemokratische Antwort auf die bürgerlichen Redner und auf den Staatssekretär wird am Freitag als erster Redner des Hauses Genosse Noske geben.

Abgeordnetenhaus.

In Hurraffimmung beendete das Abgeordnetenhaus am Donnerstag die zweite Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Konservativ, Zentrum und Nationalliberale suchten sich gegenseitig in Vohhabeleien des Ministers wegen seiner Abwehr sozialdemokratischer Besirebungen aus dem Heer der Eisenbahner zu übertrumpfen und ihn noch weiter scharf zu machen. Es ist ja ein charakteristisches Kennzeichen der Landtagsmehrheit, daß sie Schwärden von Staatsarbeitern und Beamten, sobald sie von sozialdemokratischer Seite vorgebracht werden, kurzerhand als unbegründet zurückweist. Das wird natürlich unsere Genossen nicht abhalten,

sich auch ferner zu Jurisprudenz der Staatsklagen zu machen und für die Schaffung geordneter Rechtszustände einzutreten. Freilich einem Beamtenrecht, dessen Regelung seitens des Zentrums gefordert wurde, wird sich die Sozialdemokratie widersetzen, denn ein solches Gesetz, im preussischen Landtag verabschiedet, würde zweifellos die Modifikation des jetzt auf dem Verwaltungsweg den Beamten zugesetzten Unrechts bedeuten.

Nachdem die kurratriotische Stimmung ihren Höhepunkt erreicht hatte, kam der übliche Schlussantrag, durch den neben mehr als einem Duzend bürgerlicher Redner auch unser Genosse Leinert das Wort abgelesen wurde. Man wollte offenbar den Eindruck, den die Phrasen des Ministers und der Vertreter der Reichsparteien vielleicht bei harmlosen Gemütern erzeugt haben, nicht durch die Darstellung dessen, was ist, verwischen lassen.

Es folgten dann in endloser Reihenfolge Redner, die lokale Wünsche und Beschwerden vorbrachten.

Am Freitag wird der Nachtragset und der Etat der Zentralgenossenschaftskasse beraten.

Dem Verdienste seine Krone.

Freiherr v. Hertling hat einen hohen preussischen Orden erhalten: den Roten Adlerorden I. Klasse. Wir haben diese bevorstehende Ordensauszeichnung des klerikalen bayerischen Ministerpräsidenten bereits in dem Artikel „Vorspiel zur klerikalen Komödie“ der Nummer 50 des „Vorwärts“ (vom 28. Februar) angekündigt. Allerdings haben wir geschrieben, daß Freiherr v. Hertling der Schwarze Adlerorden, der 1701 von Friedrich I. bei seiner Krönung gestiftete höchste preussische Orden, zugeordnet sei; aber erst, nachdem wir jene Zeilen geschrieben, ist bestimmt worden, daß Freiherr v. Hertling sich diesmal mit dem Roten Adlerorden I. Klasse begnügen müsse. Wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, sollte zuerst der Führer des Klerikalismus in Betracht seiner hervorragenden „nationalen Verdienste“ den Roten Adlerorden I. Klasse mit Krone erhalten; aber schließlich wurde er sogar des Schwarzen Adlerordens für würdig befunden, durch dessen Verleihung er den Rang gleich hinter den Generalfeldmarschällen erlangt hätte. Nachdem aber der „Vorwärts“ schon am 28. Februar die Auszeichnung des klerikalen Kabinettspräsidenten mit dem orangefarbenen Bande und dem achtspeizigen Adlerstern angekündigt hatte, konnte nach preussischer Tradition unmöglich diese Nachricht durch die Verleihung des Schwarzen Adlerordens bestätigt werden — und so wurde auf den Roten Adler zurückgegriffen.

Wir sind sehr schmerzlich davon bewegt, daß Freiherr v. Hertling durch unser Verschulden der Schwarze Adler entgangen ist, trösten uns aber mit der Annahme, daß später die Verdienste des Herrn Staatsministers um das nationale Wohl voll belohnt werden. Wir hätten ihm gern den Schwarzen Adler gegönnt. Erstens, weil er besser zu Freiherrn v. Hertlings Grundfarbe paßt, zweitens, weil die Devise „Sum cuique“ (Jedem das Seine) viel besser für Freiherrn von Hertling taugt als die Devise des Roten Adlers „Sincero et constanter“ (Aufrichtig und standhaft).

Berdient hat er unbedingt den Orden, denn das Zentrum wollte zunächst, wie wir schon mehrfach berichteten, aus Verärgerung über die Jesuitenangelegenheit eine Oppositionsstellung gegen die neuen Gesetzesvorlagen einnehmen; erst durch den Einfluß des Freiherrn von Hertling gelangte es zum fröhlichen Bewußtsein der im „katholischen Volk“ schlummernden starken nationalen Gefühle.

Gegen Rüstungswahnsinn und neue Massenbesteuerung.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages für Elsaß-Lothringen hat zur dritten Lesung des Etats der Vertretung beim Bundesrat diese zwei Resolutionen eingebracht:

1. Die Kammer wolle beschließen: den Herrn Statthalter zu ersuchen, den Vertreter Elsaß-Lothringens im Bundesrat dahin zu instruieren, daß er gegen die neue Erhöhung der Ausgaben für Rüstungszwecke stimme.
2. Die Kammer wolle beschließen: den Herrn Statthalter zu ersuchen, den Vertreter Elsaß-Lothringens im Bundesrat dahin zu instruieren, daß er für den Fall der Annahme der angekündigten neuen Militärvorlage und der dadurch notwendig werdenden neuen Steuern nur solchen Steuerprojekten seine Zustimmung gibt, welche eine tatsächliche Belastung des Volkes darstellen, jedwede direkte oder indirekte Belastung der breiten Massen des Volkes aber vollständig ausschließen.

Die preussischen Landtagswahlen.

Wie die „Schles. Volksztg.“ bestätigt, soll die Urwahl am 16. Mai stattfinden; die Wahl der Abgeordneten wird am 2. Juni vorgenommen werden.

Schon wieder ein neues Polengesetz

hat die preussische Regierung dem Landtage vorgelegt. Die Begründung liefert aus neue den Beweis, daß die Hoffnung der Galatisten, mit solchen Mitteln das Polentum zurückzubringen, eine vergebliche ist. Gleich am Anfang heißt es, daß seit 1886 — d. h. seit dem Beginn dieser glorreichen Polenpolitik —

„die gefährdende Entwicklung des polnischen Volksteils zu einer eigenen, wirtschaftlich und politisch abgeschlossenen und sich abschließenden Macht weiter gedungen ist. . . Ueber die Grenzen Westpreußens und Posen, seines Hauptstammes, hinaus in Ostpreußen, Pommern und Schlesien sucht sich das Polentum auszubreiten und seinen Landbesitz zu vermehren. Das nationale Vereins- und Verbindungsweesen ist gewaltig entwickelt. Und härter als zuvor lebt in der gesamten polnischen Bevölkerung der Glaube an ihr Volkstum.“

Das ist genau das, was alle verständigen Leute vorausgesetzt haben. Und wenn man trotzdem auf dem gleichen Wege fortgefahren werden soll, so kann man schlechterdings nicht mehr glauben, daß der angegebene Zweck auch der wirkliche sei, und daß nicht vielmehr wirtschaftliche Sonderinteressen dahinter stecken.

Durch das neue Gesetz, das schon in der nächsten Woche im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung kommen wird, sollen insgesamt neue 230 Millionen Mark zur Polenbestämpfung bewilligt werden, nämlich: 100 Millionen zur sogenannten Festigung bäuerlicher Güter und zur „Seh-

haftmachung“ deutscher Landarbeiter in Posen und Westpreußen; 75 Millionen zur Fortsetzung der „Siedelungstätigkeit“; 25 Millionen zum Ankauf von Forsten und 30 Millionen zur Erwerbung und eventuellen Aufteilung größerer Güter.

Die Begründung bringt eine lange Aufzählung der vielen Vorteile, welche die Ansiedelung angeblich den beiden Provinzen gebracht habe. Im ganzen sind bisher nicht weniger als 725 Millionen Mark verausgabt worden. Dafür sind rund 20 600 Familien angesiedelt, und es wird nun im einzelnen aufgezählt, wieviel Kirchen, Schulen und öffentliche Gebäude für dieses Geld gebaut sind, wieviel Ackerland entwässert, Moorland urbar gemacht, Wege und Chaussees angelegt sind; 550 000 Obstbäume seien gepflanzt und 166 Musterobstgärten mit 8000 Stämmen gegründet worden; Spar- und Darlehnskassen sowie ländliche Betriebsgenossenschaften seien errichtet worden usw. usw. Durch alle diese Maßnahmen sei es gelungen, die deutsche Bevölkerung in den beiden Provinzen um fast 200 000 Köpfe zu vermehren. Aber wenn man dann die Zahlen der einzelnen Regierungsbezirke vergleicht, so ist nur im Bezirk Danzig ein prozentualer Rückgang der polnischen Bevölkerung eingetreten, in Bromberg ist sie sich gleich geblieben, in Marienwerder und Posen hat sie zugenommen.

Sieht man nun von der nationalen Verheerung ab, so könnte man über die aufgezählten wirtschaftlichen Vorteile sich wohl freuen, wenn das alles eben nicht auf einer künstlichen und deshalb ganz ungefundierten Grundlage beruhte. Wenn der Staat Hunderte von Millionen Beihilfe leistet, dann ist es kein Kunststück, blühende Dörfer, Aecker und Wiesen zu schaffen. Aber wird das alles aus eigener Kraft bestehen können? Darauf gibt die Regierung folgende Antwort:

„Ohne die Unterstützung durch weitere Siedelung würden die vielen Wirtschaftsgelände, die unter der Einwirkung der staatlichen Geldzuflüsse entstanden oder emporgewachsen und noch nicht gefestigt genug sind, zusammenbrechen; in ihren Zusammenbruch würde eine Reihe anderer, selbst gesunder Teile des wirtschaftlichen Gefüges hineingezogen werden. Der deutsche Bevölkerungsanteil, dessen Vorwärtsbewegung nur durch die staatliche Siedelung hervorgerufen ist, würde wieder zurückgehen und zwar um so mehr, je mehr die erneute Lähmung des Wirtschaftens die Deutschen wie früher zur Abwanderung triebe. Auch die sonstigen Erfolge des staatlichen Vorgehens zur Stärkung des Deutschtums würden preisgegeben.“

Wir meinen, ein schlimmeres Urteil läßt sich über diese ganze Politik gar nicht fällen, als es hier die Regierung selbst tut. Und in der Tat, wenn es sich um eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung handelte, dann müßten alle diese Ansiedelungen doch endlich einmal — nach fast 27 Jahren! — auf eigenen Füßen stehen können, statt daß immer wieder von neuem Hunderte von Millionen für sie gefordert werden.

Zum Schluß bringt die Regierung noch eine hübsche Widerlegung ihrer Enteignungspolitik, indem sie schreibt:

„An geeigneten Werbern um Ansiedlerstellen ist kein Mangel. Das Angebot am Grundstücksmarkt ist noch reichlich und seine Aufnahme im allgemeinen ohne Verletzung wichtiger öffentlicher Beziehungen möglich.“

Schau, schau! Das Angebot von Grundstücken ist noch reichlich. Vor ein paar Monaten aber hieß es, die Ansiedelungskommission bekomme nicht genügend Grundstücke angeboten und müsse deshalb enteignen! Jetzt kann sich jeder auswählen, welche Angabe er für wahr und welche er für erdichtet halten will.

Wo steckt die patriotische Begeisterung?

Im preussischen Dreiklassenparlament können die Prozentpatrioten den Mund nicht weit genug aufreißen, um gegen die „Vaterlandlosigkeit“ der Sozialdemokratie zu eifern. Welcher Lantam wurde dort nicht geschlagen, als unsere Genossen im Berliner Stadtparlament es ablehnten, sich anlässlich der patriotischen Jahreshunderfeier am 10. März an einem Kirchzuge zu beteiligen. Aus diesem selben Hause weiß der „Berliner Lokalanzeiger“ zu melden, daß die in Aussicht genommene Festigung des preussischen Abgeordnetenhauses am 10. d. M. aus verschiedenen Gründen, namentlich, weil eine zu schwache Beteiligung der in die Osterferien gehenden Volksvertreter befürchtet wird, nicht stattfindet. Der Tag wird feiungsfrei bleiben.“

Beteiligung an Kaliverken.

Das Elsaß-Lothringische Parlament nahm gestern in zweiter und dritter Lesung folgenden Gesetzentwurf über die Beteiligung des Landes an den Kaliverken mit 33 gegen 18 Stimmen an:

„Das Ministerium wird ermächtigt, behufs Verschaffung der Mittel zur Beteiligung Elsaß-Lothringens an den Kaliverken, die im Lande betrieben werden, Anleihen bis zum Gesamtbetrage von 6 Millionen Mark aufzunehmen. Der Zinsfuß soll 4 vom Hundert nicht übersteigen. Es können an Stelle von Rentenbriefen auch Schuldverschreibungen zur Ausgabe gelangen.“

Mit diesem Gesetze verschafft sich Elsaß-Lothringen außer seinen Steuern seine einzige Nebeneinnahme. Mit 330 Augen beteiligt sich das Land an drei Kalkgewerkschaften im Oberelsaß, die nach sachmännischer Schätzung zu den ertragreichsten des Landes gehören. Außer den lothringischen Kotablen waren nur einige Zentrumsmitglieder und zwei liberale Abgeordnete gegen den Gesetzentwurf. Von sozialdemokratischer Seite wurde besonders auf die Schäden des vorigen Parlaments hingewiesen, daß die Beteiligung des Landes an Kaliverken schon längst hätte beschließen müssen. Daß der Initiative der Sozialdemokratie, die stets und ständig eine Verstaatlichung beantragt hatte, ist nun wenigstens dieser Schritt geschehen.

Nicht bekräftigt.

Die Stadtverordnetenversammlung in Kiel hatte den Stadtverordneten Genossen Adler zum Mitglied der Kommission für die höheren Schulen gewählt. Das Provinzialschulkollegium hat nunmehr dieser Wahl die Bestätigung versagt.

Frankreich.

Das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 6. März. Der Gesetzentwurf über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit soll bereits heute dem Seereschuss überwiesen werden. In Kammerkreisen verläutet, daß die Prüfung der Vorlage in diesem Ausschuss nicht mehr viel Zeit in Anspruch nehmen werde, da die wichtigsten Grundlagen des gegenwärtigen Militärgesetzes in Kraft bleiben. Es heißt, das Ministerium werde unter Stellung der Vertrauensfrage verlangen, daß die Erörterung des Gesetzentwurfs im Plenum der Kammer noch vor den Osterferien beginne. Vielfach wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß der Gesetzentwurf eine Mehrheit finden, daß jedoch die Debatte, in der die Sozialisten und ein Teil der Radikalen die dreijährige Dienstzeit energisch bekämpfen werden, eine

ziemlich langwierige sein werde. Der Kriegsminister hat im Hinblick auf die voraussichtliche Einführung des dreijährigen Militärdienstes die Korpskommandeure mittels dringenden Rundschreibens aufgefordert, ihm mitzuteilen, ob in den bestehenden Kasernen noch weitere Truppenteile untergebracht, und ferner, ob die in den verschiedenen Garnisonsstädten befindlichen Klostergebäude, die infolge des Kongregationsgesetzes aufgelassen wurden, als Kasernen verwendet werden könnten.

Die offizielle Begründung des Gesetzes.

Paris, 6. März. Der Bericht, in dem die Gesetzentwürfe über die dreijährige Dienstzeit begründet wird, beginnt folgendermaßen: Es ist die Pflicht aller und in erster Linie die Pflicht einer Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt ist, sich der Lösung des militärischen Problems, das Frankreich jetzt gestellt ist, zu widmen, bei der augenblicklichen europäischen Lage. Während die meisten Völker in voller Aktionsfreiheit Maßregeln zu ergreifen für notwendig erachtet haben, ist die Stunde für uns gekommen, zu unteruchen, ob nichts sich uns gegenüber verändert hat, und wenn ja, für unsere militärischen Einrichtungen die Maßregeln zu treffen, durch die sie sich den unvorhergesehenen Verpflichtungen anpassen können, wenn sie in Erscheinung treten sollten. Die Regierung denkt keineswegs daran, das Gesetz von 1905 zu sabotieren oder den Geist zu verleugnen, der es durchsetzte. Das Land beabsichtigt, darauf zu bestehen, daß mit dem Gesetz die Gleichheit der militärischen Lasten zwischen allen dienstfähigen Bürgern sichergestellt und daß unsere Sicherheit durch die gesamte in der Armee zu ihrer Verteidigung ausgebildete und organisierte Nation gewährleistet sei.

Das Gesetz erwähnt den Stand der Geburtenzahlen, insbesondere im Vergleich und in seiner Rückwirkung auf die Verringerung der jährlichen Rentingehalten, damit die Nation und die Armee wirklich für die Sicherheit sorgen können. In dem Tage, wo sie bedroht werden, müssen auch die effektiven Friedensbestände in der Lage sein, den Notwendigkeiten gewachsen zu sein und besonders allen bei Beginn eines modernen Krieges auftauchenden Möglichkeiten.

Sozialistischer Protest in der Kammer.

Paris, 6. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Als in der heutigen Sitzung der Kriegsminister Etienne der Kammer die Militärvorlage bekannt machen wollte, rief der sozialistische Deputierte Baillant: „Wir protestieren!“ und Jaurès: „Das ist Wahnsinn!“ Dann ertönten viele Rufe: „Nieder mit der Reaktion. Die Verhinderung des Präsidenten Deschanel, die Ruhe in der Versammlung herzustellen, blieben erfolglos. Der Kriegsminister blieb auf der Tribüne; vom Zentrum und der Rechten wurde ihm applaudiert. Die Zuschauertribünen wurden geräumt. Deschanel sagte dann: „Ich überlasse diejenigen, die lästerliche Worte aussprechen, ihrer Verantwortung!“ Etienne war aber unfähig, den Gesetzentwurf zu verlesen, da von den Sozialisten taktmäßig „Reaktion“ gerufen wurde. Endlich trat etwas Beruhigung ein. Gleichwohl blieb Etiennes Bericht über die Motive der Vorlage unverständlich. Nach Schluß des Berichts wiederholten sich die Manifestationen.

Abänderungsanträge.

Paris, 6. März. Trotz des Wunsches des Kriegsministers und des Präsidenten der Kammer, zunächst die Vorlage über den dreijährigen Dienst zu beraten, hat der Seereschuss der Kammer beschlossen, erst die Vorlage über den Kredit von 500 Millionen zu beraten. Dieser Beschluß ist auf die dringenden Vorstellungen der Deputierten Jaurès und Lugol zurückzuführen, die der Meinung sind, daß diese Methode vielleicht eine Reihe von Abgeordneten dazu bringen könne, die Ueberflüssigkeit des dreijährigen Dienstes einzusehen.

Mehrere Deputierte haben in der Kammer einen Zusatzantrag eingebracht, welcher fordert, daß die 500 Millionen für die nationale Verteidigung von den Steuerzahlern aufgebracht werden, die ein Einkommen von mehr als 10 000 Frank haben.

England.

Die Triebfedern des Wettrüstens.

London, 5. März. (Fig. Ver.) In dieser Zeit des patriotischen Phrasenschwall, mit dem das wahnsinnige Wettrüsten gerechtfertigt werden soll, sind die Worte beachtenswert, die der englische Genosse Herbert Burrows vor einigen Tagen in einem Vortrag vor einer Londoner eithischen Gesellschaft geäußert. Der englische Parteiveteran sagte: „Einige von uns wurden wegen unserer Opposition gegen den Burenkrieg fast aus dem öffentlichen Leben getrieben. Es gibt heute keinen denkenden Menschen in England, der zu sagen wagt, daß die Herren Hobson und Robertson und ich im Unrecht waren, als wir mit den äußersten Anstrengungen versuchten, den Besitzern der Landgruben und den Finanzleuten das Spiel zu verderben, die bequem hier zu Hause in Park Lane saßen, während draußen englisch Blut vergoß und englische Frauen und Kinder zu Tausenden zu Witwen und Waisen gemacht wurden, nur damit das ausländische internationale Kapital die Goldfelder Südafrikas fester umklammern konnte. Und so bin ich denn auch heute ein Todfeind aller Kriegshelden, die beständig von der Sensationspresse, den Kapitalisten, den Finanzleuten, den Wörtschloßern inszeniert werden nicht zum Nutzen des von ihnen ausgebeuteten Volkes, sondern zu ihrem eigenen Nutzen und Gewinn. Denn wenn es etwas gibt, was sich beweisen läßt, was wohlbekannt ist, so ist es die Tatsache, daß es diese Leute sind, die hinter den Kriegshelden, dem Kriegshelden und dem Kriege stehend, vor vielen Jahren lebte ich in Chatam und verlebte viel in militärischen Kreisen. Da gab es alte Unternehmer, die aus dem größten aller Fehler und Verbrechen, dem Krimkrieg, ungeheure Vermögen gemacht hatten, und es war fast lässlich, zu hören, wie sie nach einem neuen Kriege verlangten, wie sie sich danach sehnten, damit sie zu den unrecht erworbenen Schätzen neue hinzuzufügen könnten. Alles dieses bekämpfte ich, alles dieses bestärkte mich in dem Glauben, daß die Sozialisten recht haben, wenn sie sagen, daß außer der Friedenspropaganda nichts der Versuch gemacht werden muß, die Macht der Finanz und des Geldes, das jetzt die Zivilisation in seinen Klauen hält, zu brechen. Die Schwertler und Spiege werden in den Kontoren und den Börsen der Hauptstädte der zivilisierten Welt geschmiedet.“

Marokko.

Zimmer neue Kämpfe.

Meknes, 6. März. Zahlreiche Stämme der Tabla haben am 3. d. M. das Lager bei Duzgen angegriffen. Oberst Mangin umfahnte den Feind, während von der anderen Seite die Garnison anrückte. Die Garla wurde zertrümmert und ergriff die Flucht, zahlreiche tote zurücklassend. Auf Seiten der Franzosen wurden 14 Soldaten verwundet, davon 11 leicht, unter ihnen ein Offizier, außerdem zwei Eingeborene.

Unparteiische als Schleifsteinwetzter.

In Nummer 50 des 'Vorwärts' brachten wir einen Artikel über die 'kritische Lage im Baugewerbe' und deuteten damals bereits an, daß bei den Verhandlungen über das Vertragsmuster leicht eine Verschärfung der Lage eintreten könne.

Es mutet recht eigenartig an, wenn Juristen, deren Vertrauensstellung in Organisationen, die dem Ausgleich der wirtschaftlichen Interessengegenstände dienen sollen, ihnen strengste Unparteilichkeit geradezu aufzwingt, ihr Wissen so in den Dienst einer Partei stellen.

Es mutet recht eigenartig an, wenn Juristen, deren Vertrauensstellung in Organisationen, die dem Ausgleich der wirtschaftlichen Interessengegenstände dienen sollen, ihnen strengste Unparteilichkeit geradezu aufzwingt, ihr Wissen so in den Dienst einer Partei stellen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Baukumpen!

Der Streikspruch des Einigungsamtes in Sachen des Baukumpenartikels ist auch von den Arbeitgebern anerkannt. Daraufhin ist am 6. März der gesamte Vertrag von beiden Parteien auf dem Gewerbegericht unterschrieben anerkannt worden und gilt also damit vom 1. April d. J. ab der neue Vertrag.

Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Berlin.

Der Streik in der Herrenkonfektion.

Einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Streikbewegung in der Herrenkonfektion nahm eine überfüllte Versammlung der Filiale I des Verbandes der Schneider entgegen. Der Vorsitzende Kuhnze behandelte in seinen Ausführungen die Stellung der Parteien zueinander. Die Unternehmer suchten es jetzt so darzustellen, als seien die Arbeiter schuld, weil die Verhandlungen in die Brüche gegangen seien.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher.

Eine sehr stark besuchte Versammlung des Schuhmacherverbandes, die am Mittwoch im 'Schweizergarten' tagte, sollte entscheiden, ob in den mechanischen Schuhfabriken die Arbeit niedriger gelegt werden soll. Bekanntlich wurde in der am Montag abgehaltenen Versammlung mitgeteilt, daß am Dienstag eine noch malige Verhandlung mit dem Vorstand des Fabrikantenverbandes abgehalten würde.

In der Diskussion widersprachen mehrere Redner dem Vorschlag des Referenten. Sie verlangten, daß an den grundsätzlichen Forderungen festgehalten und nicht länger auf Verhandlungen gewartet werde.

Schließlich nahm die Versammlung eine dem Vorschlag des Referenten entsprechende Resolution an.

Berankw. Redakt.: Alfred Dielepp, Neuföln. Inzeratenteil verantw.:

Zur Aussperrung im Malergewerbe.

Nachdem der Unternehmerverband jetzt offene Fehde angefaßt hat, suchen seine Führer nach einem Vorwand für sein Vorgehen in der Öffentlichkeit noch bei den Malermeistern selbst auf Verständnis störendes Vorgehen. Zuerst sollte es die Lohnhöhe von 2 bis 5 Pf. auf drei Jahre verteilt (ohne Ausgleich für Arbeitszeitverkürzungen für 30 Orte von 1 bis 2 Pf.) sein.

Die zuerst erwähnten Schiedssprüche und Erklärungen beziehen sich darauf, daß die Unparteiischen bestimmten: die Ortstarifämter haben innerhalb sechs Monaten über die Möglichkeit der Errichtung partieller Arbeitsnachweise zu beraten.

Wenn das also die neuesten Kampfschritte des Unternehmerverbandes gegen die Schiedssprüche sind, so wird die Öffentlichkeit sich bald allgemein fragen, wo die Unternehmer den Mut nehmen, aus diesem Anlaß einen allgemeinen Kampf zu führen. Dann wird es schon stimmen, was der Vorsitzende des Gaus I des Unternehmerverbandes in einem Zirkular feststellte, daß es sich darum handelt, die Klasse der Gehilfenorganisation zu leeren.

Die Unternehmer hatten jedenfalls erwartet, die Gehilfen würden durch umfangreiche Arbeitsniederlegungen die Geschäfte der Unternehmer besorgen. Da das nicht geschehen ist, werden die Unternehmer also zunächst selbst zeigen müssen, wie ihre Aussperrung sich gestaltet.

In Chemnitz ist in einer überaus zahlreich besuchten Versammlung der Malergehilfen der Streik beschlossen worden, und zwar einstimmig in geheimer Abstimmung. Die Organisationsleitung hatte eine vorläufig noch abwartende Haltung empfohlen.

In unsere meuliche Mitteilung, daß in Hamburg 5000 Maler ausgesperrt seien, bedarf der Korrektur. Die Zahl der Aussperrten beträgt dort kaum 700. In Kiel wurden nur 144 Aussperrungen vorgenommen. Im ganzen rann die Aussperrung im Gau I (Norddeutschland) schon jetzt als ins Wasser gefallen angesehen werden.

Lohnbewegung in den Brotfabriken von Köln und Düsseldorf.

Die Brotfabrikanten haben es abgelehnt, über eine eingereichte Tarifvorlage mit den Organisationsvertretern zu verhandeln. Nicht die Höhe der Arbeiterforderungen war für diese Ablehnung maßgebend, sondern die im Brotfabrikantenverband organisierten Unternehmer weigern sich prinzipiell, die gewerkschaftliche Organisation anzuerkennen und mit dieser einen Tarifvertrag abzuschließen.

In Ostelbien machen wir das so!

Der Vorsitzende des Verbandes der Töpfer, Filiale Danzig, hatte am 8. Januar d. J. eine polizeiliche Vernehmung wegen Vergehens gegen den berühmten § 103 R.G.O. Ohne irgendwelche weitere Verhandlung erhielt er dann vor einigen Tagen folgenden Strafbefehl:

Auf den Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 28. November 1912 zu Danzig andere durch Drohung und Erpressung bestimmt zu haben, an Verabredungen und Vereinbarungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, teilzunehmen bzw. ihnen Folge zu leisten, Vergehen gegen § 103 R.G.O., wofür als Beweismittel bezeichnet ist: 1. eigene Angaben, 2. Zeugen: a) Kaufmann Berthold Aich, Köpferstr. 14, b) Töpfermeister Johann Salowski, Johannisstr. 33, c) Ofenheizer Max Salowski, ebenda, d) Ofenheizer Walter Müller, Stadtgebiet 43 - eine Gefängnisstrafe von 1 - einer - Woche festgelegt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Ausgefertigt Danzig, den 12. Februar 1913. Ein abgekürztes Gerichtsverfahren wie in diesem Falle ist wohl nicht möglich. Es lehnt sich in, wenn auch anderer, so doch ebenbürtiger Weise an die vor einigen Monaten im Ruhrgebiet beliebige Gerichtspraxis an. Beachtenswert ist besonders in dem Strafbefehl, daß eine volle Woche Gefängnis ausgeworfen wird und ein Ersatz durch Geldstrafe gar nicht vorgesehen ist. Einspruch gegen diese Art der Gerichtsbarkeit ist selbstverständlich erhoben worden.

Ed. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

wurde in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern ein heifer, erbitterter Kampf geführt. Der Ausschuß, dem die Magistratsvorlage überwiesen worden war, empfahl sie zur Annahme mit einigen 'Verbesserungen', durch die er sie schmuckhafter zu machen versucht hatte.

Wie die Biersteuer das Gastwirtsgewerbe schädigen muß und bei einer Abwälzung auf die Konsumenten zu einer weiteren Belastung der minderbemittelten Bevölkerung führen wird, das wurde von unserem Genossen Zubeil in einer sehr wirkungsvollen Rede dargelegt. Rücksichtslos kennzeichnete er die 'Mittelschandspolitik', die der Berliner Kommunalfreisinn mit dieser Biersteuer treibt.

Das beschämende Schauspiel wiederholte sich bei der Kinosteuer. Hier geißelte Genosse Adolf Hoffmann die 'Steuerkunst' der liberalen Stadtverwaltung, die nicht danach fragt, was sie zugrunde richtet. Sein Ausruf, die Kinosteuer vorläge gehöre an den Schandpfahl des Liberalismus, brachte ihm einen Ordnungsruf ein.

Die Verantwortungen werden wir tragen! sagte Herr Cassel, aber so ganz wohl schien ihm und den Seinen bei diesem stolzen Wort doch nicht zu Rute zu sein. Auf der überfüllten Tribüne, deren Besucher bis zu dem erst um 11 Uhr abends eintretenden Schluß der Sitzung ausshielten, kam es mehrfach zu stürmischen Mißfallenstundgebungen. Das war ein schwarzer Tag für den Berliner Kommunalliberalismus.

Letzte Nachrichten.

Attentat auf einen Stadtbahnzug.

Ein nichtswürdiger Bubenstreich wurde gestern Abend auf der Stadtbahn verübt. Als der um 8 Uhr 35 Min. auf Bahnhof Börse fällige Südringzug sich auf der Fahrt nach der Richtung Alexanderplatz befand, wurde von einem in entgegengesetzter Richtung fahrenden Stadtbahnzuge aus ein scharfer Schuß abgegeben. Die Kugel durchbohrte mit lautem Knall das Fenster eines Wagenabteils des Südringzuges, ohne indes glücklicherweise einen der Passagiere zu treffen.

Der Wahlreformentwurf des französischen Senats.

Paris, 6. März. (B. T. V.) Der heute verteilte Wahlreformentwurf des Senatsausschusses steht in vollständigem Widerspruch zu der von der Kammer angenommenen Vorlage. Er verwirft das Verhältniswahlsystem und verlangt, daß die Deputiertenwahlen auf Grund des Mehrheitsprinzips und der Listenwahl erfolgen. Jedes Departement soll mindestens drei Deputierte wählen. Die Deputierten sollen für 6 Jahre gewählt werden, doch soll sich die Kammer alle drei Jahre zur Hälfte erneuern, und zwar so, daß die auscheidenden Deputierten durch das Los bestimmt werden.

Vertagung des belgischen Generalstreiks.

Brüssel, 6. März. (B. T. V.) 30 Delegierte des Komitees für das allgemeine und gleiche Wahlrecht und einige sozialdemokratische Abgeordnete verhandelten heute im Rathaus zu Brüssel mit den Bürgermeistern der großen belgischen Städte, die im Laufe der vorigen Woche bei dem Ministerpräsidenten zugunsten eines Ausgleichs in der Wahlrechtsfrage vorstellig wurden und die morgen wiederum von ihm empfangen werden. Nach längerer Beratungen wurde folgende Resolution seitens des Nationalkomitees zur Vorbereitung des Generalstreiks mitgeteilt: Das Nationalkomitee nimmt Kenntnis von den Bemühungen der Bürgermeister der großen Städte und von der Erklärung, daß sie nichts vernachlässigen werden, um die Regierung dazu zu veranlassen, die Verfassungsrevision in Angriff zu nehmen und gibt, um den Bürgermeistern und der Regierung Gelegenheit zu geben, eine Verständigung in voller Freiheit zu finden, bekannt, daß die Proklamierung des Generalstreiks für den 14. April zurückgezogen ist.

Verstarbeiterstreik in Italien.

Triest, 6. März. Infolge einer Auseinandersetzung zwischen einem Ingenieur und einem Werfleiter der Werft San Marco des Stabilmittels technico legten gestern etwa 1000 Arbeiter der Werft die Arbeit nieder. Die Streitigkeiten sind bisher noch nicht geschlichtet.

Vom Eisenbahnzug überfahren.

Hamborn, 6. März. (B. T. V.) Auf der Strecke Hamborn-Neumühl wurden zwei unbekannte Männer von einem Zuge erfasst und auf der Stelle getötet. Da die Leichen fürchtbar verunstaltet sind, so konnten sie noch nicht rekonstruiert werden.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

127. Sitzung, Dienstag, den 6. März 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn, Dr. Solf.

Das Haus ehrt zunächst das Andenken des verstorbenen Abgeordneten v. Saphengst (L.) durch Erheben von den Plätzen. Nach dem vernichtenden Erledigung eines Kolonialnachtragsetzes in dritter Lesung wird das Staatsnotgesetz in zweiter Lesung angenommen nach den Beschlüssen der Kommission, die unter anderem das große Grundstücksvermögen des Militärfachinhalts gestrichen hat. Hierauf wird die zweite Lesung des

Etat des Reichskolonialamts

fortgesetzt.

Abg. Erzberger (Z.): In der Frage der Ansiedelung von Weissen in den Kolonien können wir dem Abg. Henke zustimmen. Nach dem vernichtenden Gutachten des Gouverneurs Dr. Schnee können wir denken, die noch immer große Hoffnungen in dieser Hinsicht gehegt haben, sagen: Es fiel ein „Schnee“ in der Frühlingnacht. Das Verhältnis zu den Eingeborenen darf nicht das des Feindes zum Feinde sein. Die Art der Arbeiteranwerbung bringt außerordentliche Mißstände mit sich, der Geburtenrückgang ist erschreckend, die Prostitution nimmt in ekelstrebender Weise zu. Als Feind der Eingeborenen, wenn man einmal davon spricht, ist die Schutztruppe zu bezeichnen. Von 1889 bis 1910 sind durch Strafexpeditionen und ihre Folgen 150 000 Menschen zugrunde gegangen. Das steht nicht im Widerspruch zu der Angabe des Staatssekretärs, daß 26 000 Menschen erschossen sind, denn auch die an Krankheit zugrunde Gegangenen, auch diejenigen, die durch die Maßnahmen der Schutztruppe verhungerten, sind zu den Opfern der Strafexpeditionen zu rechnen. Mit dem System der Schutztruppe, auf die fliehenden Schwarzen mit Maschinengewehren zu schießen, sie zu Hunderten zur Strecke zu bringen, muß endgültig gebrochen werden. Vor allem muß der Gouverneur der Schutztruppe unbedingt dem Gouverneur des Landes unterstehen, der doch schließlich allein die politische Verantwortlichkeit dafür zu tragen hat. Was soll man dazu sagen, wenn ein Schutztruppengouverneur seine Unteroffiziere zusammenruft und ihnen auseinandersetzt, welche Kämpfe er mit dem früheren Gouverneur auszufechten hatte (Hört! hört!). Mit einer Verringerung der Schutztruppe, die nach der Verübung des Landes möglich sein muß, würden auch erhebliche Ersparnisse verbunden sein. — Ferner frage ich den Staatssekretär, was er zur Vorbereitung der Aufhebung der Hausflaverei, die zum 1. Januar 1920 erfolgen muß, getan hat. Den Wünschen der Missionare sollte die Regierung in größtmöglicher Weise entgegenkommen. Man wünscht, daß in den Kolonien vornehmlich deutsche Missionare tätig sind. Sehr schön! Aber dann sollte man dafür, daß in Deutschland Missionslehren, Missionserziehungsanstalten vorhanden sind. (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum.) — Mit dem Bahnbau wird leider auch der Alkohol verbreitet; man sollte ihn von der Beförderung mit der Bahn ganz ausschließen. — Trotz mancher Wünsche betone ich zum Schluß, daß die Kolonien und zwar schwere Opfer auferlegen, daß das deutsche Volk es aber nicht zu bereuen haben wird, in die Kolonialpolitik eingetreten zu sein. (Bravo!)

Abg. Dr. Sauer (nall.): Die Statistik des Reichsamtes des Innern beweist, daß für 152 Millionen jährlich Einfuhr von hier nach drüben geht. Davon haben nicht nur einige Kapitalisten Vorteil, sondern Tausende von Arbeitern. Und zum Transport dieser Waren für 152 Millionen werden eine große Reihe Dampfer gebraucht, die auch wieder viele Angestellte und Arbeiter beschäftigen. Das sind alles Leute, die auf die deutsche Kolonialpolitik blicken und die Schutz für ihre Interessen verlangen. Das alles überleht Herr Henke, natürlich geflissentlich. Dazu kommt der Import aus den Kolonien. — Der Betrieb im Reichskolonialamt muß kaufmännisch eingerichtet werden, d. h. gewünschte Auskünfte müssen prompt erteilt werden. — Den Herrn Staatssekretär frage ich: Wo bleibt das Denmal für die südafrikanischen Gefallen? (Nachen bei den Sozialdemokraten). Ueber das Quantum an Arbeit, das man den Eingeborenen zumuten kann, können natürlich Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Mittelbahn muß bis an das belgische Kongoboden geführt werden; nur dann kann sie rentieren. Wir müssen das Land nicht gegen, sondern gemeinsam mit den Belgiern erschließen.

Staatssekretär Dr. Solf: Die Erledigung des Kolonialkriegedenkmals liegt mir sehr am Herzen. Es sind 60 000 Mark bisher zur Verfügung gestellt, in diesem Etat wieder 60 000 Mark, im ganzen soll es 320 000 Mark kosten. Gegenwärtig sind Verhand-

lungen in Berlin im Gange wegen der Platzfrage; dann soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden.

Abg. v. Bülow (L.): Für die Eisenbahnen geschieht bei und in den Kolonien nicht genug. England, Frankreich, Belgien geht mit Eisenbahnbauten viel rascher vor. Die Haupt Schwierigkeit der Entwicklung der Kolonien liegt in dem Mangel an Arbeitern. Mehr Mittel sollten für die Missionen in den Etat eingesetzt werden. In Neulamerica sollten wir sofort mit der Erschließung der Stromstrahlen, mit Hasen- und Eisenbahnbauten vorgehen. Unser Großkapital sollte dazu helfen.

Abg. Waldstein (Sp.): Der Gesichtspunkt der Siedlungskolonie ist in unserer Kolonialpolitik in den letzten Jahren erheblich zurückgetreten. Die Auswanderung aus Deutschland ist zurückgegangen, Deutschland exportiert nicht mehr Menschen, sondern vor allem Waren, und deshalb ist es wünschenswert, Rohstoffe aus eigenen Kolonien zu beziehen. Von diesem Gesichtspunkt aus bilden nach einem treffenden Worte Dernburgs die Eingeborenen das wichtigste Aktivum der Kolonien. — Die Schutztruppe muß unbedingt dem Gouverneur unterstellt sein. Die militärischen Ausgaben sollten auf ein Minimum reduziert werden, die wirtschaftliche Erschließung der Kolonien wird nicht durch sie, sondern durch Eisenbahnen gefördert. In Südwest und anderen Kolonien erhebt immer drohender ihr Haupt die Arbeiterfrage. Den Arbeitszwang verwerfen wir. Unser Kolonialprogramm stimmt ungefähr mit dem des Abg. Bernstein überein. Nicht Arbeitszwang, sondern Erziehung zur Arbeit (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Erziehung bei Erwachsenen!). Gerade die Sozialdemokratie, die auch dem letzten Menschen Teilnahme an der Kultur wünscht, möchte für eine vernünftige Kolonialpolitik eintreten. Bei uns bekämpfen Sie (zu den Sozialdemokraten) den Großgrundbesitz; aber den schwarzen Häuptlingen wollen Sie über riesige Landstrecken den absoluten Besitz lassen. (Abg. Ledebour (Soz.): Stammschutz.) Herr Henke will den Schwarzen ihre individuellen Eigenart lassen. Manchmal besteht sie darin, den andern aufzufressen. Ich will Herrn Henke nicht wünschen, daß er in diese Lage kommt. Sollte es aber der Fall sein, wird er auch dann noch ausrufen: „Pereat Henko, vivat principium“. (Röge Henke zugrunde gehen, wenn nur das Prinzip gerettet wird.) — Weiterkeit.) Neben verbreitet sich dann aber die Entwicklung der einzelnen Schutzgebiete, die ihm im allgemeinen zufriedenstellend erscheint. Der Resolution auf Förderung der Baumwollkultur stimmen wir zu. In der Kommission haben auch die sozialdemokratischen Vertreter der Tendenz dieser Resolution zugestimmt. Im Gegensatz dazu stand die Haltung des Abg. Henke, der männlichen Rassendebatte. Dabei hat gerade Bremen, das er vertritt, 3000 Mark Fonds perdu für die Zwecke der Baumwollkultur ausgegeben. Für uns dient die Kolonialpolitik dazu Kultur in den Kolonien zu verbreiten. Die Folgerung aus seinen Ausführungen: weg mit den Kolonien! hat Herr Henke selbst nicht gezogen. Wir sollten alles tun, um die Zustände in den Kolonien zu bessern, in dieser Richtung hat ja auch die Sozialdemokratie positiv mitgearbeitet.

Abg. v. Liebert (Sp.) betont die Notwendigkeit weiterer Bahnbauten in den afrikanischen Kolonien. Ein Zwang zur Arbeit darf auf die Eingeborenen nicht ausgeübt werden. Dr. Schnee, dessen Denkschrift solche Anerkennung findet, ist Keuling in Ostafrika; er kennt nur die Kleinsiedlungen, von denen ich auch nichts halte. Aber im übrigen haben sich alle früheren Gouverneure und auch Dr. Lindquist, den man jetzt ganz tollschweigend für die Besiedlungsmöglichkeit in Ostafrika ausgesprochen. — Bei einem Aufstand ist es die Hauptfrage, schnell und mit Nachdruck vorzugehen. Gewiß soll man von den Waffen nur im Notfall Gebrauch machen. — Für eine Verminderung der Schutztruppe kann wohl niemand die Verantwortung übernehmen; ich bedaure, daß Dernburg als Staatssekretär die leichtfertige Äußerung getan hat: wenn wir erst die große Bahn haben, werden wir die Schutztruppe verringern. — Sehr wichtig ist die Baumwollproduktion. Ich bin selbst an einer Gesellschaft beteiligt, und der Abg. Rothe hat mir das zum Vorwurf gemacht, als ob ich an einer „Gründung“ beteiligt sei. — Es dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, in Ostafrika die allgemeine deutsche Münze einzuführen. (Bravo! rechts).

Staatssekretär Dr. Solf: Meine Begeisterung für die koloniale Sache werde ich mir auch durch Reden, wie die des Herrn Henke, nicht rauben lassen. Seine Ausführungen mühten sich an der Konsequenz führen, daß man auch Nordamerika wieder den Indianern ausliefert. Sympathisch berührt hat mich in seiner Rede nur das Kapitel über die Behandlung der Eingeborenen. Es freut mich, die wohlthätigen Klänge der Humanität von dieser Seite zu hören. Aber auch hier ist er über's Ziel hinausgeschossen und hat sich zu dem Sage verhalten: — Es besteht zwischen den Farbigen und uns eine gewisse Interessensolidarität, deutsche und schwarze Arbeiter sind Brüder. Mit dieser Bedeutung, daß alle Menschen gleich und daß deshalb die Schwarzen genau dasselbe sind wie wir Europäer, kann

man mit dem besten Willen in unseren Kolonien nichts machen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir die Eingeborenen mit allergrößter Humanität behandeln müssen. Wir wollen die Eingeborenen nicht ausrotten, wir wollen sie erhalten, das ist die Anstandsspflicht, die wir mit der Hisung der deutschen Flagge in den Kolonien übernommen haben. Die Ausübung dieser Pflicht entspricht auch der Klugheit. Bei dem selbstverständlichen Wunsch der Kolonialatoren, Vorteile aus den Kolonien zu ziehen, dürfen wir nicht verkennen, daß die Kolonien Heimat von Menschen sind, denen wir unseren Schutz versprochen haben. Aus dieser Pflicht heraus erwachsen große Aufgaben für die Kolonialatoren. Kolonialisieren ist Missionieren in dem hohen Sinne der Erziehung zur Kultur. (Bravo!) Die Eingeborenen sind ungebildet, sie müssen unterrichtet werden, sie sind faul, sie müssen arbeiten lernen, sie sind schmutzig, sie müssen gewaschen werden (Weiterkeit), sie sind reit allen möglichen Krankheiten befallen, sie müssen geheilt werden, sie sind grausam, leicht- und abergläubisch, sie müssen erleuchtet und erzogen werden, kurz sie sind große Kinder, die der Erziehung und Leitung bedürfen. Daß die Schwarzen unsere Brüder sind, ist nur Theorie; würden wir Schwarze hier einführen, so würden auch die Sozialdemokraten nicht mit ihnen zusammenarbeiten wollen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Sehen Sie doch nach Australien; dort haben Ihre Freunde (zu den Sozialdemokraten) tausende von Eingeborenen nach Papua expatriert. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger fürchtet den Dualismus zwischen Militär- und Kommandogewalt in den Kolonien; aber er besteht gar nicht, auch die oberste militärische Gewalt liegt in den Händen des Gouverneurs. (Abg. Erzberger (Z.): Anunghoiser Staatssekretär! Weiterkeit.) Ich weiß, worauf Sie anspielen. Das sind aber nur Kleinigkeiten, das Prinzip ist gewahrt. Die Angabe, daß ein Schutztruppenmajor seine Unteroffiziere zusammenberufen und über seine Streitigkeiten mit dem Gouverneur mit ihnen gesprochen hat, ist so ungeheuerlich, daß ich sie abweisen muß, wenn nichts Näheres angegeben wird. — In bezug auf die Hausflaverei hat der Gouverneur eine Rundfrage über Umfang und Art bei allen Stationen veranlaßt. Wir werden alles tun, um die Flaverei mit Stumpf und Stiel auszurotten. — Der Zolam ist in Ostafrika mehr Modestade, begünstigt wird er von der Regierung sicherlich nicht. Auch daß die schlechtesten Jungen von den Regierungsschulen kommen, habe ich von den Pflanzern nicht gehört. Der Wohlgehuh wird nach Möglichkeit in den Kolonien eingeschränkt. (Bravo!) Der Ausfuhrzoll auf Paradiesvögel ist auf 20 Mark erhöht; ob das genügend ist, weiß ich noch nicht, denn die Mode zahlt die unsmäßigsten Preise. Jedemfalls darf keine Art dieser schönen Vögel ausgetrotet werden. Die Sterblichkeit der Arbeiter aus Neu Guinea in Samoa ist nicht amähernd so groß, wie Herr Henke meinte. In der Frage der Besiedlungspolitik kann ich Herrn v. Liebert nicht folgen. Zum Schluß bitte ich Sie um eins. Ich bringe meinem Gouverneur das größte Vertrauen entgegen. Ich bitte Sie, auch mir dasselbe Vertrauen entgegen zu bringen. (Bravo!)

Das Haus vertagt sich. Abg. Henke (persönlich): Der Herr Staatssekretär hat meine Worte: Schwarze und weiße Arbeiter wären Brüder, dahin ausgelegt, daß ich gesagt hätte: alle Menschen sind gleich. Wegen dieser Umschreibung meiner Worte muß ich Protest einlegen. (Hört! hört!) Ja, Herr Henke, zwischen Arbeitern hier und Arbeitern drüben besteht Interessengemeinschaft, genau wie zwischen Schiffahrtsdirektoren in Deutschland und Amerika. — Was die Sterblichkeit der neuguineanischen Arbeiter in Samoa anlangt, so habe ich keine Ziffern genannt, sondern mich auf den Bericht eines Gouverneurs berufen.

Abg. Erzberger (Z.): Der Vorfall mit dem Kommandeur, den der Herr Staatssekretär für unglücklich hielt, hat sich in Dar-es-Salam zugetragen; die Zeugen kann ich ihm nennen, er möge die kriegsgerichtliche Untersuchung einleiten.

Räthle Sitzung: Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der Beratung des Kolonialsetzes. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

148. Sitzung, Donnerstag, den 6. März 1913, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Crellienbach.

Der Eisenbahnetat.

(Vierter Tag.)

Abg. Hedenroth (L.): Ich habe von Eisenbahnarbeitern gehört, daß sie dankbar und zufrieden sind mit den Lohn-erhöhungen. Nur sollten noch die Arbeiterauschüsse und die Sonn-

Theater.

Kammerspiele: „Bürger Schippel“, Komödie von Karl Sternheim. (Die Buchausgabe erschien in Insel-Verlage.) Es gab einen für die Verhältnisse der Kammerspiele ungewöhnlich lebhaften Applaus, und die originelle von Reinhardt inszenierte Darstellung hatte ihn gewiß verdient. Von der Komödie läßt sich leider nicht daselbe sagen. In der „Hose“, oder wie der durch die Zensur fittlich geläuterte Titel später hieß, im „Niesen“ — der Groteske, mit der Sternheim vor ein paar Jahren in den Kammerspielen debütierte — hat er das parodistische Geschäft mit unvergleichlich frischerem Temperament und Witz betrieben. Dort gab's zwei wirklich droßig durchgeführte Karikaturen, den ästhetischen Literatenklub und den empfindsamen Feiseur, die um die Gunst derselben Eva-tochter konkurrieren. Hinter dem toßen Spiel der Uebertreibungen schaute ein gut Stück Lebenswahrheit vor; man konnte mit Verstand lachen.

Dem „Bürger Schippel“ fehlt solch ein sicherer und solider Untergrund, das Karikieren schlägt in phantastische Willkür um. Eine wahllos zwischen allerhand Intentionen herumirrender Verworrenheit, die Sternhelms zuletzt gespieltes Drama „Juan de Austria“ so unerträglich machte, treibt auch in dieser Komödie ihre Weisen. Es scheint nach manchen Szenen, und der Titel spricht gleichfalls dafür, als habe der Verfasser einen armen Teufel züchten wollen, der ursprünglich gegen die wohlverordneten Kleinbürger seines Heimatstädtchens etwas wie Klassenhaß empfand, aber, kaum daß er mit den Herrschaften ein wenig in Bekanntschaft kommt, sie in kindischem Ehrgeiz nachahmt. Daß das Quartett, durch das Verschleiden des Tenors verwaist, den hungrigen Schinder mit der schönen Stimme als Ersatzmann für das Sängerehepaar bezieht, verlegt ihn schon in Größenwahn. Schippel fällt sich als Bürger Schippel, er träumt davon, des reichen Goldschmieds Schwager zu werden. Und dieser ganz abrupte, ohne vorbereitende Motivierung nur verdracht, nicht komisch wirkende Einfall wird dann sofort noch übersteigert: Schippel schlägt die ihm bereits zugesagte Hand des Fränklers aus, als er von ihren früheren Abenteuern hört. Darüber kann kein Mann hinweg. Als Bürger muß man auf die Reinheit seines künftigen Stammbaums halten, philosphiert die neugeborene Herrschel in ihm. Die Satire malt die Verwandelungen des ehrgeizigen Burtschen in grellen, faustisch aufgetragenen Farben, daß die Figur zur Frage wird und jede Spur von typischer Bedeutung einbüßt. So wirkte auch die Schlusspointe: daß Schippel hibernisch mit dem neuen Bräutigam der Verschmähten, dem halbenhertzigen Beamten Arch, ein Duell ausführt, um dann als Sieger vom behabigen Goldschmied gefeiert zu werden, einzig durch die übermäßige Posenreiterei der Darsteller. Die Komik lag im Pantomimischen nicht in dem Text und der Erfindung. Bei spielte den rothaarigen, phantastisch aufgeregten Karriere-macher mit erstaunlich flotter Verbe, die auf Augenblicke die Unmöglichkeit der Gestalt brinabe vergessen ließ. Die drei bürgerlichen

Kleines feuilleton.

Ein stiller Opfer. Er war ein einfacher Arbeiter, ein Gerber. Niemandem in der Welt hatte er je etwas zu leide getan. Er schaffte von früh bis spät, um seine paar Kopfen zu verdienen. Die Aus-sperrung in Smorgon (Gouv. Wilna) warf ihn auf die Straße. Die vereinigten Unternehmer wollten die Arbeiter durch die Aussperrung müde machen. Zu diesem Zweck vereinigten sie sich mit der Polizei. Auch er wollte vereinigen — die Arbeiter. In anderen Ländern ist das ohne weiteres erlaubt, hier ist es — ein Verbrechen. Ja, ein aus der Schweiz heimgekehrter jüdischer Gerbergeselle erzählte — zum Staunen der ganzen Fabrik — der jüdischer Polizeidirektor sei gleichzeitig auch tätiges Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Natürlich wurde er — ein ehrlicher Burche — seitdem als Aufseher betrachtet. Wände aber überließ es laut, wenn sie an die Schweiz dachten, denn leibhaftig stand dann vor ihren Augen ihr Polizeipräsident als „tätiges“ Mitglied ihrer Partei, und es erlachte sie eine heillose Angst.

Und sollte es wirklich ein Verbrechen sein, die Arbeiter zu vereinigen — mit dem Tode dürfte es wohl nicht gefahnt werden? Er wurde aber zu Tode gepeinigt.

Er hieß Gotsowka. Nicht wahr — ein ganz unbekannter Name? Aber er war ein Mensch wie jeder, der diese Zeiten liebt, mit demselben warmen Herzschlag, denselben Freuden und Sorgen. Aus Smorgon brachten sie ihn per Etappe nach Wilna. Er wurde nicht mal verhört, wie dies in den meisten ähnlichen Fällen geschieht. Er „lah“. Gewiß hatte er sich noch in Anabeneralter an den Gedanken gewöhnt, diese russische Natursteuer einmal entrichten zu müssen, und fast leichten Herzens gab er sich in die dumyle Falle. Angebrochen, mit heilem Auge war ja trotz alledem so mancher seiner Bekannten daraus heimgekehrt. Er fand dort aber sein Erbe.

Sein durch harte Fron zerstörter Organismus konnte die Gefängnis „loft“ nicht vertragen, auch manches andere war ihm dort etwas zu „stark“. Die übrigen Gefangenen beklagten sich still und wehmüsig; er wurde krank. Er hat um einen Arzt, man gab ihm keinen. Er verlangte, ins Gefängnislazarett übergeführt zu werden, — im Karzer sei für ihn Platz vorhanden, wurde ihm geantwortet. Und als er sich nicht mehr erheben konnte, da kam der Arzt. Zu spät. Gotsowka war schon nicht mehr. Ein stiller Opfer einer großen Bewegung.

Die politischen Gefangenen des Wilnaer Gefängnisses (38 Mann), erbitert durch diesen Vorfall, erklärten am nächsten Tage einmütig einen einseitigen Hungerstreik und lehnten den Spaziergang ab. Unpraktisch — wird der Leser sagen. Wozu der Fasttag und der Verzicht auf das bishen folgende Lust? Gewiß. Aber begreiflich wird solch ein Protest als Folge einer großen Nervenspannung und einer nur zu natürlichen düsteren Stimmung.

Der Maler auf dem modernen Schlachtfeld. In Paris hat der Kunstmaler George Scott, der bei Ausbruch des Balkankrieges mit Pinzel, Palette und Skizzenbuch auf den Kriegsschauplatz geeilt war, die Früchte seiner Eindrücke ausgestellt. Aber die Erfahrungen, die der Maler in diesem Feldzuge gesammelt hat, waren ganz anders, als er sie sich erträumt hatte. „Als ich auszog — erzählt er —, war meine Phantasie von den konventionellen Bildern des Krieges erfüllt: ich dachte an die Tapferkeit, die dem Schicksal die Stirn bietet, ich sah unter dem Blau des Himmels weite Massen leuchtender Uniformen und sah auf den Schlachtfeldern einen Sturm von streitbaren Menschen, die für ihren Glauben an den Sieg ihr Leben einsetzen. Ach, wie ganz anders ist doch die Wirklichkeit und welch düsteres furchtbares Schauspiel der Krieg! Auf platten Boden zwischen Schmutz und Schlamm spielt sich ein Kampf von Maulwürfen ab, die sich auf Stunden und Tage in ihre Löcher eingraben. Wie viel Tote sah ich, die ihr Schicksal erlitten, während sie in der Haltung bonager Spannung in ihren Höhlen saßen, die sie so schlecht gegen die mörderischen Schrapnellts schützten. Furchtbar und abscheulich sind die Verwundungen dieser Wesen. Dem Naturtrieb gehorchend, verhalten diese Soldaten beim Krepierten der Artilleriegeschosse ihren Kopf, was sie in der Hand hielten, sollte der Abwehr dienen, selbst die Tornister schoben sie über den Kopf. Die Toten deckten sich mit Erde zu: sie begrüßten sich buchstäblich.“

Dann erzählt Scott von dem Schlachtfeld nach dem Kampfe, von den furchtbaren Eindrücken, die man hier empfängt und nicht mehr loswerden kann. „Überall liegen Leichen, Wägen ziehen einher, die Amputationen sind ein Werk, und mit dem entsetzlichen Verwesungsgeruch vermischt sich der Geruch des Nachhals. Vorüber ziehen die Wagen mit Verwundeten und Verstümmelten, die horr und gleichgültig da liegen. In Sawall, einem kleinen Dorfe am Schlachtfeld, hatten die requirierten Karren mehr Leichen geladen, als sie schleppen konnten; und man fand diese Reste von Menschen zu Karren wie Heu oder Getreide. Um das Feld schneller zu säubern, schleifte man die Leichen am Boden hinterher, mit Seilen wurden sie an den Händen, Füßen oder Köpfen an den Wagen gebunden, das Pferd zog an, die Seile spannten sich und im Staube hinterher zerzerte man die Leiden weiter. Die Vulgaren wurden ordnungsgemäß befristet, aber die Türken beorderte man so sum-marisch, daß die Hunde sie müheles wieder ausbitterten und ihren Fraß begannen, entsetzlich dicke, gemästete Hunde.“

Der Künstler, der bisher als Militärmaler bekannt war, bringt eine neue Erkenntnis aus diesen Tagen des Schreckens mit. „Rein für mich ist es mit dem geschnittenen, sauberen Soldaten vorbei, mit dem schönen Arme, mit dem schönen Schlachtenbilde und dem militärischen Genrebild. In lange hat die Kriegsmalerei diesen schönen Konventionen angehangen. Sie muß sich die grauenhafte Wirklichkeit erobern.“

lagrube ausgestaltet werden. Wir danken dem Minister für seine Abwehr der Sozialdemokratie, möge er nur auch weitere keine Arbeiterorganisation dulden, die das Streikrecht fordert. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. König (L.) wünscht Zusammenfassung des Beamtenrechts, Unkündbarkeit, Leertungszulagen usw. und polemisiert dann gegen den Abg. Leinert. Wollte ich vorlesen, was mir Eisenbahnarbeiter über den Abg. Leinert schreiben, so würde mich wohl der Präsident unterbrechen. Die Eisenbahnarbeiter vertrauen dem Minister und an ihrer Treue zu Kaiser und Reich (Hurra! bei den Sozialdemokraten) wird alle sozialdemokratische Agitation scheitern. (Weiß! im Zentrum.)

Minister v. Breitenbach äußert sich, im einzelnen unverständlich, dahin, daß den vorgebrachten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen werde. Dabei sagt er dem Abg. Varenhorst (Fr.) nach, daß er sich mit warmem Herzen für die Kademeister eingesetzt habe. Der Minister läßt die verschiedenen Fristverlängerungen für die Vorrichtung an. Die vom Abg. Delius besprochene Verlesung eines Funktionärs des Militärärzterbundes (Offizier „Kamerad Kloeden“? Anmerk. d. Ber.) erfolgte im dienstlichen Interesse, darum habe ich mich als Ressortchef nicht zu bestimmen.

Abg. Witzmann (nat.) ruft den Sozialdemokraten nach längeren Darlegungen über Beamtenwünsche und Ministerwohlwollen zu, daß sie trotz aller Versuche an die königstreuen Beamten nicht heranlangen werden. (Abg. Hoffmann: Wenn Sie so schreiben, wird's schon stimmen! — Weiterleit.) Der Redner schließt mit der Erklärung, daß die Elitetruppe der Eisenbahner pünktlich und vaterlandstreu bleiben werde. (Weiß! bei den Nationalliberalen.)

Ein Schlußantrag wird angenommen, es sind noch Dutzende Redner gemeldet. Sie bedauern jetzt zur Geschäftsordnung, die und die Beamtenwünsche — die sie alle nennen — darzubringen. (Abg. Hoffmann: Dazu machen Sie Schluß?) Abg. Sültemeyer (L.): Ja bedauern... (Abg. Hoffmann: daß Sie für den Schlußantrag gestimmt haben? (Weiterleit.)

Abg. Leinert (Soz.):

Wir haben nicht für den Schlußantrag gestimmt und ich kann deshalb den Schluß der Debatte aufrichtig bedauern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch ist es mir unmöglich gemacht, nachzuweisen, daß der Minister, der gestern meine Rede als sozialdemokratischen Erzech bezeichnet hat (Sehr richtig! rechts — Abg. Hoffmann: wer schimpft, hat unrecht!), meine Ausführungen vollständig falsch aufgefaßt hat. Der Minister meinte, daß ich mir die Lohnordnung auf unredliche Weise verschafft hätte. Ich habe sie aber der „Eisenbahner-Zeitung“ entnommen, und bedauere, den Nachweis dafür, daß ich mir sie nicht auf unredliche Weise verschafft habe, jetzt nicht führen zu können. (Vizepräsident Dr. Krause: der Minister hat Ihnen nicht vorgeworfen, daß Sie sich die Lohnordnung auf unredliche Weise verschafft hätten.) Aus seinen Worten habe ich das herausgehört, ich werde das Stenogramm nachprüfen und wir werden ja sehen, wer recht hat.

Abg. v. Kloeden (b. L. Fr.) bedauert, daß Abg. Delius den Angriff gegen ihn in seiner Abwesenheit vorgebracht habe.

Abg. Delius (Sp.): Ich habe den Abg. v. Kloeden vorher benachrichtigt, daß ich über sein Vorgehen sprechen werde, er hat aber den Saal verlassen. (Hört! hört! links. — Abg. Hoffmann: er wußte warum!) Ich habe meine Ausführungen über Herrn v. Kloeden der „Berliner Beamtenkorrespondenz“ entnommen, gegen die der Abg. v. Kloeden in seiner Weise Stellung genommen hat. (Hört! hört! links.)

Abg. Hammer (L.) wünscht Erhöhung der Verlustentschädigung für Kassensammler, Abg. Wagner (L.) höhere Uniformzuschüsse für Unterbeamte und Hilfsunterbeamte.

Abg. Dr. Klesch (Sp.): Die Leistungen der Abteilung B der Pensionskasse sind zu gering und die Selbstverwaltung ist keine wirkliche. Die Kasse macht riesige Ueberschüsse.

Minister v. Breitenbach: Die Pensionskasse ist eine Wohlfahrts-einrichtung ersten Ranges. Ihre Beanspruchung steigt andauernd, höhere Zuschüsse kann der Staat nicht leisten.

Abg. Kistenknecht fragt, ob sich die Haltung der Verwaltung in der Frage Holz und Eisenbahnen geändert habe, was der Ministerialdirektor Offenberg verneint.

Das Ordinarium wird bewilligt, es folgt das Extraordinarium, wobei eine große Anzahl lokaler Wünsche über Bahnhofsbauten usw. vorgebracht werden.

Der Eisenbahnetat wird bewilligt. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Staatsnotgesetz, Nachtragsetat, Zentralgenossenschaftskasse. Schluß 4 1/2 Uhr.

Zusatznotizen: der freierlich gerührte Goldschmied, der künstlerisch-kollekte Drudereibesitzer und der melancholisch-hagere fürstliche Beamte waren durch die Herren Diegelmann, Arnold und Wiensfeldt so lustig, wie die dürftig stizzierende Charakteristik der Komödie es nur irgend zuließ, vertreten. Am meisten Erfolg die Poffenkomik des Duells ein. Sie dürfte den schließlichen Erfolg entschieden haben.

Notizen.

— Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus sind von jetzt ab wieder die kleinen Preise eingeführt, die sich zwischen 0,40 bis 3.— M. bewegen.

— Das Rauchmuseum, das bislang in der Klosterstraße ein verstaubtes und vergessenes Dasein geführt hat, ist unter Leitung des kunsthistorikers Prof. Hans Radowski neu hergerichtet und geordnet worden.

— Professor Paul Ascheron ist im 79. Lebensjahre in Berlin gestorben. Er hat hier seit 1880 als Botaniker am Botanischen Garten und am Botanischen Museum gewirkt. Später übernahm er auch Vorlesungen an der Universität. Er hat u. a. zusammen mit P. Graebner eine Flora Brandenburgs und auch eine nordostdeutsche Schulfloren herausgegeben.

— Duca — Melbista — Verso — Thum. Wie wirkt wohl dieses Zeichen auf uns ein! Fast so geheimnisvoll wie der tibetische Votivpruch „O mani padme hum“, den Sven Hedin auf Tausenden Steinplatten im verbotenen Lande vorfand. Aber dies ist kein Votivpruch, sondern der Name eines italienischen Senators, der die Vertreibung von Frauen als Kanzlei- und Intendantenbeamte im Heer angeregt haben soll. So berichtet die Wiener „Neue Freie Presse“, trotzdem, wieder einmal eine Meldung zuerst zu haben. Solches Glück hatte sie ja seinerzeit auch mit dem „Grubenhund“, der in den Kohlenbergwerken gehalten wird, um durch Zeichen von Unruhe drohende Schlagwetterexplosionen zu melden. ... Und jetzt löst sich auch das Geheimnis des italienischen Senators: „Duca-Melbista-Bersotium“ — Du kamel, bist aber so dumm! Also kennzeichnet die informationslästernde „Neue Freie“ sich selbst.

— Ausnahme der Kindersterblichkeit in Frankreich. Die neuesten Statistiken, die von dem französischen Bureau für öffentliche Hygiene und Hygiene veröffentlicht werden, zeigen einen sehr beträchtlichen Rückgang der Kindersterblichkeit. Es betrug die Zahl der innerhalb des ersten Jahres gestorbenen Kinder pro 1000: im Jahre 1906 135,5, 1907 118,7, 1908 116,3, 1909 105,3, 1910 100,1. Es ist also innerhalb von fünf Jahren eine Verminderung von 25 Proz. festzustellen. Diese Resultate, die sich auf ganz Frankreich beziehen, haben ihre Ursache in den außerordentlichen Vorkehrungen, die man in Frankreich für die Pflege und Hygiene der Säuglinge in letzter Zeit getroffen hat.

— Eine drachlose Verbindung zwischen Paris und dem Tschadsee. Die Station für drachlose Telegraphie auf dem Pariser Eisselturm hat zwar schon öfters Nachrichten nach dem schwarzen Erdteil entsendet, ist mit Cabablanca und anderen Punkten in Marokko in Verbindung getreten, aber jetzt ist ein viel größerer Erfolg erreicht: Paris ist mit dem Tschadsee, mehr als 1500 Kilometer weiter südöstlich von Marokko in drachlose Verbindung getreten. Wie der Minister der französischen Kolonien mitteilte, meldete ein Telegramm aus Dar el Beidja des Sees, daß die Stundensignale des Eisselturmes auf der dortigen drachlosen Station aufgenommen seien.

Parlamentarisches.

Die Kolonialrats in der Budgetkommission.

Bei der Weiterberatung des Etats für Südwesafrika forderten unsere Genossen, daß den Eingeborenen wieder Land in dem Umfang gewährt wird, daß sie gemäß ihren früheren Lebensgewohnheiten existieren können. Der heutige Zustand, wo die Eingeborenen den Farmern nur als Ausbeutungsobjekte dienen müssen, sei unhaltbar. Die Hereros hätten früher große Viehbestände gehabt, heute kommen auf die 20 000 Köpfe Hereros nur 50 Stück Großvieh. Gouverneur Selig will den Eingeborenen die Haltung von Großvieh nur dann erlauben, wenn sie Garantien für ausreichenden Seuchenschutz bieten. Südwesafrika müsse wieder den Abschlag von Mastvieh nach Südafrika erhalten. Von unseren Genossen wurde hervorgehoben, daß die Fortdauer des heutigen Zustandes zur Katastrophe führen müsse, weil der Rassenhaß förmlich durch ihn genährt wird. Weiter forderten unsere Genossen, daß im nächsten Etat für Südwesafrika eine Verringerung der Schutztruppe vorgesehen wird. Darüber entspann sich eine sehr lebhaft Debatte, wobei auch die Frage einer Wehrverfassung für Südwesafrika erörtert wurde. Im Schutzgebiete sind 6000 meistens waffenfähige Männer vorhanden, die neben der Landespolizei ausreichenden Schutz gewähren können. Die Eingeborenen sind weit über das Land verstreut. — Genosse Ledebour betonte noch, es müsse endlich der Reichstag durch Annahme der Resolution seinen ersten Willen auf Verringerung der Truppe zum Ausdruck bringen; auf fortwährende Versprechungen könne sich das Parlament nicht mehr einlassen. (Während dieser Verhandlungen fiel in der Kommission allgemein auf, daß die drei völksparteilichen Kommissionsmitglieder fortgesetzt um die Herren von der Regierung herumhartwangelten und ihnen in den Ohren lagen. Die Volksparteiler gebärdeten sich überhaupt jezt als die eifrigsten und phantastischsten Kolonialpatrioten.) — Gouverneur Selig bekämpfte die Verminderung der Schutztruppe mit dem Hinweis, daß die Eingeborenen die geringste Gefahr bilden; eine große Gefahr liegt bei den Hereros und Bostern an der Grenze. Im Süden Afrikas sei man allgemein der Meinung, die große Abrechnung mit den Farbigen müsse einmal kommen. Nur eine stets bereite und genügend starke Schutztruppe biete Garantie für den Frieden. — Die Volksparteiler bekämpften ebenfalls den sozialdemokratischen Antrag. Noch vor Jahresfrist nahmen sie die entgegengesetzte Stellung ein. — Staatssekretär Selig erklärte, er werde recht gern in eine Regelung der Wehrverfassung in Südwesafrika eintreten, wenn der Reichstag darauf verzichte, die Kommandogewalt des Kaisers zu beschränken. — Genosse Kaste verwies auf Südwesafrika, wo in allerhöchster Zeit eine Wehrverfassung in Kraft tritt, die unseren Forderungen entspricht.

Die sozialdemokratische Resolution, die eine Verminderung der Schutztruppe fordert, wurde angenommen. Damit war der Etat für Südwesafrika erledigt.

Jugendgerichte.

Die Kommission nahm am Donnerstag zunächst § 3 Absatz 2 des Regierungsentwurfs an, wonach das Gericht auch schon nach erfolgter Erhebung der Anklage das Verfahren gegen Jugendliche einzustellen das Recht hat, sowie sich ergibt, daß Erziehungs- und Besserungsmassregeln einer Bestrafung vorzuziehen sind. Dieser Beschluß ist nicht anfechtbar. Danach wird ein neuer Absatz eingefügt, nach welchem die Mitteilung der Anklageschrift an den jugendlichen Angeklagten zu unterbleiben hat, wenn das Gericht die Einstellung des Verfahrens für angezeigt erachtet. Diese Einführung bezweckt ebenfalls, den Jugendlichen möglichst wenig mit dem Gericht in Berührung zu bringen. Ein völliges Durcheinander entstand darauf, als der § 4 des Regierungsentwurfs durch eine Mehrheit von links abgelehnt wurde, ohne daß ein Ersatz durch Vorschläge aus der Kommission gegeben war. Die Konsequenz dieser Abstimmung ist, daß auch der wichtige § 5 des Entwurfs, der sich mit den Pflichten der Vormundschaftsbehörde in bezug auf die erziehlche Beeinflussung schuldiger gewordenen Jugendlicher beschäftigt, gegenstandslos wurde. Die Situation wurde durch einen Antrag Selig errettet, der den Inhalt des § 4 der Regierungsvorlage, verbessert und vereinfacht, als Einleitungsabschnitt zum § 5 einzufügen vorschlägt. Der Antrag Selig lautet: „Hat die Vormundschaftsbehörde der Anordnung, daß nach § 5 Absatz 2 keine öffentliche Anklage zu erheben sei, ihre Zustimmung erteilt, oder erlangt sie auf andere Art Kenntnis von einer nach § 3 nicht zu verlegenden Straftat eines Jugendlichen, so hat sie selbständige Ermittlungen anzustellen.“ Dieser Antrag wurde einstimmig und danach § 5 in einer neuen Fassung, die die Freisinnigen vorschlugen, die sich aber inhaltlich mit derjenigen der Regierungsvorlage deckt, angenommen. Damit sind die Maßnahmen der Vormundschaftsbehörde genau geregelt, die von ihr anzuwenden sind, wenn schuldige Jugendliche der Erziehung überwiegen werden. Die Erziehungsmaßregeln sind: Vermahnung, Ueberantwortung an die Schulbehörde, Stellung unter Schulaufsicht, Ueberweisung in Fürsorgeerziehung (Familien- oder Anstaltsfürsorge). Zu letzterem Punkte hatten die Sozialdemokraten folgenden Antrag gestellt: „Die Anwendung von gefängnisartigen Erziehungsmaßnahmen wie Fesselung, Zucht hausarbeit, Willkamm, Verwendung von Unteroffizieren als Erzieher usw. in Fürsorgeerziehungsanstalten sind unzulässig.“ Trotz energischer Fürsprache durch die Genossen Göhre und Stadthagen wurde dieser Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen abgelehnt.

Nach Abschluß der Abstimmungen ist das Ergebnis dessen, was nunmehr als §§ 1—5 angenommen wurde, äußerst mager. Die Zukunft des Gesetzes erscheint recht gefährdet.

Winger- und Glasarbeiterfragen.

Die Petitionskommission des Reichstags beschäftigte sich am 5. und 6. März mit Eingaben aus den Kreisen der Weingutsbesitzer. Das vor drei Jahren in Kraft getretene Weingesez soll nach diesen Eingaben nach mehreren Seiten hin geändert werden. Besonders die Abgeordneten aus dem Weinbaugebiete der Mosel legten sich für eine Verringerung des Gesetzes ins Zeug. Einer dieser Herren tat den für das Gesetz bezüglichen Ausdruck: es sei ein Schutzgesetz für die Großweingutsbesitzer geworden und es führe zur Entfesselung der kleinen Winger. Trocken bemerkte dazu Herr Pfeiffer vom Zentrum, die Beseitigung der kleinen Winger läge im Auge der Herr. Ein Gesetz behaltend diese Beseitigung auch nicht. — Da die Interessen der verschiedenen Weinbaugebiete sich kreuzen, so ging man über alle Anträge auf Verringerung des Weingesezes zur Tagesordnung über.

Einig waren die Sachwalter der Weindauern aber, als es galt, sich vermehren Schutz auf Kosten der Weinkonsumenten zu schaffen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und zweier Fortschrittler wurde beschlossen, die Petition auf Erhöhung des Weingesezes der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Drei Eingaben des Verbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands forderten Erweiterung des Arbeiterschutzes. Die Besitzer der Glasfabriken in Bommahsch und Bunzlau (Schlesien) haben eine Gegenpetition eingereicht, die von ihren Glasmachern gutgeheißen sein soll. Der Antrag unserer Genossen auf Ueberweisung zur Berücksichtigung wurde leider durch Stimmengleichheit abgelehnt und Ueberweisung als Material beschloffen.

Das Petroleum-Monopol.

Die Kommission schenkte am Donnerstag einen Antrag des Zentrums ab, der für den Einkauf von Leuchtöl die öffentliche Ausschreibung und die Vergabe an den Mindestfordernden verlangte. Damit hätte man eine Stärkung der Standard Oil Company erzielt. Auch ein anderer Antrag des Zentrums, besondere Vergünstigungen nicht zu gewähren, wurde abgelehnt, weil dadurch der Geschäftsbetrieb stark erschwert worden wäre. Beschloffen wurde noch, daß Leuchtöl an Private nur in Mengen von nicht

unter 400 Litern abgegeben werden darf, ferner daß die Verkaufspreise bei allen Zanlanlagen die gleichen sein müßten. Die Geldgeschäfte der Betriebsgesellschaft sollen in der Regel durch die Reichsbank erledigt werden.

Die Reichstagswahl in Schwed.

Mit dem Mandat des Abgeordneten v. Galem befaßte sich die Wahlprüfungskommission des Reichstags am Donnerstag abermals fast die ganze Sitzung hindurch. Der Referent beantragte schließlich, in eine Prüfung der Wahl vom 12. Januar 1912 einzutreten. Dieser Antrag wurde mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Wäre er angenommen worden, so hätte die Kommission zu dem Schluß kommen müssen, daß nicht v. Galem, sondern von Sach-Jaworski der gewählte Abgeordnete ist. Dann wäre die Frage entstanden, ob der Pole durch Vermittlung des Reichsanstlers einfach hätte einberufen werden können. Der ganze Komplex von Fragen, der sich daraus ergeben mußte, ist durch die Beschlußfassung der Kommission gegenstandslos geworden. Die Kommission wird nunmehr in die Prüfung der Nachwahl vom 30. Dezember 1912 eintreten.

Aus der Partei.

Unterstützung des Arbeiter-Abstinentenbundes durch die Gemeinde.

Die Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. beschloß dem Arbeiter-Abstinentenbund, Zweigverein Frankfurt a. M., eine Unterstützung von 300 M. aus städtischen Mitteln zu gewähren. Gegen den Antrag sprach sich nur ein Nationalliberaler aus, der Führer der Wahlgewinnbewegung, der seine politische Gegnerschaft auch auf gemeinnützige Bestrebungen zu übertragen versuchte.

Der preussische Landtag, Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler.

Das im Auftrage des Parteivorstandes vom Landtagsabgeordneten Paul Hirsch herausgegebene Buch gelangt im Laufe der nächsten Woche in dritter, vollständig umgearbeiteter und ergänzter Auflage zur Ausgabe. Der Preis beträgt für das gut gebundene Exemplar 5 M. Die Organisationen erhalten das Werk bei Parteibezug vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer u. Co. G. m. b. H. Berlin zum Herstellungspreise.

Die Organisationen werden gebeten, ihre Bestellungen schnellstens aufzugeben.

Gemeindevahltag. In der schlesischen Gemeinde Penzig (Oberlausitz) wurde am Dienstag bei der Gemeindevorstandswahl in der dritten Wählerklasse ein weiterer sozialdemokratischer Kandidat gewählt. Damit zieht der siebente Sozialdemokrat in das Penziger Parlament ein.

Vier Jugendkonferenzen wurden in Thüringen abgehalten und zwar in Sora, Sottha, Zinnenau und Sonneberg. Sie dienten dem Austausch gemachter Erfahrungen. Vorträge wurden gehalten über den Jugendklub sowie über Wandern und Spiele. Vertreten waren auf den vier Konferenzen 82 Orte durch 212 Delegierte. Mit den Konferenzen war eine kleine Ausstellung von Gesellschafts- und Unterhaltungsspielen verbunden.

Aus Industrie und Handel.

Geschäftsbericht der Reichsbank.

Im Verwaltungsbericht der Reichsbank wird über das Jahr 1912 folgendes ausgeführt: „Der während des Jahres 1912 im großen und ganzen fortwährende wirtschaftliche Aufschwung stellte an die Reichsbank für Zahlungsmittel und Kredit hohe Ansprüche, und dies um so mehr, als infolge des Fehlens der nach der Parokfokrisis aus Deutschland zurückgezogenen ausländischen Guthaben der deutsche Geldmarkt auf seine eigene Kraft angewiesen war. Neben diesen auf geschäftlicher Grundlage beruhenden normalen Geldbedarf trat nach der kritischen Inspektion der politischen Gegensätze auf der Balkanhalbinsel und dem Ausbruch des Balkankrieges eine größere Geldnachfrage, die durch die aus Angst vor einem allgemeinen europäischen Kriege vorgenommenen Abhebungen und Aufstapelungen von Metallgeld erheblich gesteigert wurde. Die ungewöhnlich große Anspannung des Geldmarktes war international und kam in den Ausweisen und Zinsätzen aller maßgebenden Zentralnotenbanken zum Ausdruck. Die Reichsbank stand den verstärkten Anforderungen dank wesentlich höherer Goldvorräte und Devisenbestände noch besser gerüstet gegenüber als im Vorjahre; sie konnte den am 11. Juni von 5 auf 4 1/2 Proz. ermäßigten Zinssatz über den Herbsttermin hinaus beibehalten und erhöhte ihn erst am 24. Oktober auf 5 Proz. Der Say erfuhr angesichts der anhaltenden Anspannung des heimischen Geldmarktes und der hohen Devisenlücke am 14. November eine weitere Steigerung auf 6 Proz. Am Jahresabschluss wiesen Wechselanfrage und Notenumlauf die höchsten Ziffern seit Bestehen der Bank auf.“

Durch die größere Inanspruchnahme der Reichsbank stiegen ihre Gesamteinnahmen von 57,2 auf 69,8 Millionen, während die Gesamtausgaben sich nur von 29,7 auf 32,4 Millionen erhöhten. Der Reingewinn erfuhr dadurch eine Steigerung um fast 10 Millionen (von 27,5 auf 37,4 Millionen). Die Dividende der privaten Anteilseigner konnte infolgedessen von 3,86 auf 6,95 Prozent erhöht werden. Der Anteil des Reichs am Gewinn steigerte sich von 14,86 auf 21,77 Millionen. Auch der Reservefonds konnte mit 3,11 Millionen (im Vorjahr nur 2,12 Millionen) bedacht werden.

Die Gesamtumfänge der Reichsbank betragen 413,99 Milliarden Mark gegen 377,5 im Vorjahre. An Banknoten waren bei dem gesteigerten Kreditbedarf durchschnittlich 118,4 Millionen M. mehr im Umlauf als im Jahre 1911. Die Steuergrenze für nicht gedeckelte Noten ist 19 mal überschritten worden. Die Gesamtzahl der von der Reichsbank angekauften Wechsel stieg von 5,5 auf 5,7 Millionen Stück, ihr Wert von 12,87 auf 13,60 Millionen Mark. Auch darin treten die gesteigerten Kreditansprüche der Geschäftswelt deutlich zu Tage, daß sich der Prozentsatz der langfristigen Wechsel wesentlich erhöht hat. Der Durchschnitt des Wechselbestandes stieg von 1129 Millionen auf 1204 Millionen. Gold wurde im Werte von 103 Millionen angekauft. Der Bestand an Giroguthaben, offenen und verschlossenen Depositionen und der Umlauf bei den 23 Abrechnungstellen erfuhr ebenfalls eine beträchtliche Steigerung.

Jahresabschluss der Deutschen Bank.

In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats der Deutschen Bank wurde die Bilanz per 31. Dezember 1912 vorgelegt und genehmigt. Der auf den 27. März einberufenen Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 12 1/2 Proz. in Vorschlag gebracht, unter Erhöhung des Gewinnvortrages um 450 316 M. auf 3,02 Millionen. Die Gesamtumfänge beliefen sich auf 132 Milliarden Mark (gegen 120 Milliarden im Vorjahre). Das Jahresergebnis betrug brutto 86,340 Millionen (1911: 64,188 Mill.), wozu der vorjährige Gewinnvortrag von 2,560 Mill. tritt. Im einzelnen erbrachten:

	1912	1911
Bechsel und Zinsen	32 190 527	30 009 185
Sorten und Kupons	472 994	474 479
Effekten	2 054 104	2 294 880
Finanzgeschäfte	5 124 382	5 782 188
Provision	20 458 588	19 158 598
Dauernden Beteiligungen	6 099 160	6 500 293

Verglichen mit den Abschüssen der übrigen Berliner Großbanken zeigen die Einnahmen des größten deutschen Finanzinstituts einen nur geringen Rückgang der Effekten- und Finanzgeschäfte. Ob und wie weit das durch Inanspruchnahme früherer Rücklagen möglich wurde, ist allerdings nicht ersichtlich. Die Einnahmen aus Wechseln, Zinsen und Provisionen sind auch bei der Deutschen Bank erheblich gestiegen.

Nach Abzug der Unkosten (Gehälter, Gewinnanteile an Vorstand und Beamten, Steuern und sonstige Handlungsunkosten) im Betrage von 30,138 Millionen (1911: 26,726 Mill.) ergab sich ein Reingewinn von 84,348 Millionen (i. V. 83,467 Mill.). Die Dividende wird wiederum 12 1/2 Proz. betragen und erfordert auf das 200 Mill. Mark betragende Aktienkapital 25 Millionen. Außer den schon unter Unkosten verbuchten Abschreibungen überweist die Bank noch 2,5 Millionen an den Reservefonds. Die bilanzmäßigen Reserven erhöhen sich damit auf 112,5 Mill. Mark oder 56,25 Proz. des Aktienkapitals. Ueber die Höhe der stillen Reserven ist nichts bekannt.

Einen Einblick in die Bedeutung des Finanzinstituts gibt auch die Bilanzanstellung:

	1912	1911
Aktiva.		
Kasse, Sorten und Kupons	124 002 367	132 729 520
Wechsel	646 912 649	586 636 736
Deutsche Schatzanweisungen	61 097 100	41 055 785
Guthaben bei Banken und Bankiers	72 715 200	65 788 975
Report und Lombard-Vorschüsse	240 198 323	297 007 547
Effekten	52 815 091	52 768 236
	1 197 900 730	1 175 979 779
Vorschüsse auf Waren und Warenveräußerungen		
Debitoren (Forderungen) gedeckt	544 936 008	531 450 884
ungedeckt	125 261 179	111 277 060
Konfiskal-Voteiligungen	49 418 750	37 394 690
Dauernde Voteiligungen	78 597 977	66 047 442
Bankgebäude	81 500 000	26 790 000
Passiva.		
Depositen	686 804 953	640 787 770
Kreditoren (geschuldete Summen)	887 146 825	867 859 023
Nicht borgezeigte Schecks	15 055 117	18 293 356
Utzette (Wechselverbindlichkeiten)		
Zentrale	83 482 835	68 178 182
Fiskale	228 763 498	187 074 047
Aktienkapital	200 000 000	200 000 000
Reserven	110 000 000	107 781 263

Die Einschränkung der Börsenspekulation bei dem Publikum drückt sich in dem Rückgang der Report- und Lombard-

Vorschüsse aus. In Forderungen (Debitoren) hat die Bank 870 Millionen ausstehen. An Depositionsgeldern sind ihr 686 Millionen zur Verfügung gestellt. Selbst aufgenommen hat sie weiter 887 Millionen. Neben einem eigenen Kapital von 310 Millionen (Aktienkapital plus Reserven) vermag die Deutsche Bank noch Kapitalien von mehr als 2 Milliarden Mark.

Darmstädter Bank.

Die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) weist gegenüber 1911 kaum erhöhte Einnahmen auf. Der Bruttogewinn beträgt für 1912 24,066 Millionen (1911: 24,361 Millionen), der Reingewinn 11,155 Millionen (1911: 11,147 Millionen). Die Dividende wird wie im Vorjahre auf 6 1/2 Proz. bemessen. Sie zehet mit 10,4 Millionen auf 100 Millionen Aktienkapital fast völlig den Reingewinn auf. Erhöhung der Einnahmen aus Zinsen, Provisionen und Minderungen der Gewinne aus den Effektengeschäften und Finanzoperationen charakterisieren den Abschluß auch dieser Großbank.

Ludwig Poewe.

In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats der Ludw. Poewe u. Co. A.-G. Berlin legte die Direktion den Abschluß des vergangenen Geschäftsjahres vor, nach welchem bei erhöhten Abschreibungen der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 18 Prozent (wie im Vorjahre) vorgeschlagen werden soll.

Verfammlungen.

Der Geburtentüdgang — eine revolutionäre Waffe.

So lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Dr. Alfred Bernheim am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung des zweiten Wahlkreises hielt. Anknüpfend an die in letzter Zeit gepflogenen Erörterungen über das Problem des Geburtentüdganges sagte der Redner: In den offiziellen Äußerungen unserer Partei zu dieser Angelegenheit vermisse er eine klare Stellungnahme. Genosse Ströbel habe im Landtage gesagt, er bestände den Geburtentüdgang, wir seien nicht schuld daran, wir geben keine Ratsschläge zum Geburtentüdgang. Auch der „Vorwärts“ habe geschrieben, er sei weit entfernt, eine Beschleunigung

des Geburtentüdganges zu wünschen. Der die sozialen Verhältnisse und das Elend des Proletariats aus eigener Anschauung kennt, der müsse hierüber anders denken, sagte der Redner. Die sozialistische Theorie sei ja abgetan. Die Möglichkeit sei gegeben, noch viel mehr Menschen zu ernähren als existieren. Aber die wahnsinnige Art, wie in der kapitalistischen Gesellschaft die Güter verteilt werden, lasse den Familienzuwachs für weite Schichten des Volkes als ein Unglück erscheinen. Im Prinzip — erklärte der Redner — sei er für starke Familien. Aber wie die Verhältnisse heute liegen, bei dem Elend und Jammer in der Arbeiterbevölkerung, sage er: Bis hierher und nicht weiter! Wenn von gegenseitiger Seite gesagt werde, die Verringerung der Geburten sei eine vaterländische Gefahr, so mühten wir sagen: Sorgt dafür, daß die Arbeiter Brot genug haben für ihre Kinder, dann läßt sich über diese Frage reden. Wenn die Arbeiterklasse zu ihrem Ziele kommen wolle, so bedürfe sie der Organisation. Waffen im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse seien: die Geburtenbeschränkung, der Alkoholbottich, der Austritt aus der Landesherrschaft. Diese drei Waffen, praktisch gehandhabt, würden Erfolg bringen. Aber wir hätten noch eine Waffe, den Generalstreik. Die Erziehung der Arbeiter zum Generalstreik müsse uns besonders am Herzen liegen.

Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall. Der einzige Diskussionsredner, Genosse Schimmelpfennig, sprach im Sinne des Referats und empfahl die Durchführung des Zweifelhinderstems.

Verband der Schneider. Die Filiale Berlin I hielt Mittwoch abend eine allgemeine Mitgliederversammlung ab. Nach einem interessanten Lichtbildvortrag beschäftigte man sich mit dem Streit in der Herrenkonfektion. Friedrich Kunze gab dann einen Bericht über die letzte Bewegung in der Kostümbrauche. Nach dem neuen Tarif, der sich gegenwärtig im Druck befindet, müsse ab 1. März gekürzt werden. — Gegen eine Stimme nahm die Versammlung einen Antrag an, das Gehalt der Bevollmächtigten Kunze und Kölsch auf Grund der Beschlüsse des Kölner Verbandes, dem der Sekretäre des Hauptverbandes gleichzustellen. — Kunze machte noch einige geschäftliche Mitteilungen. Er wies darauf hin, daß jeder Kollege, der den Werkstattungen wiederholt unentschuldig fernbleibe und sich weigere das Lohnbuch zur Kontrolle vorzulegen, gegen das Statut verstoße. Es wurde beschlossen, gegen diese Kollegen von dem statutarischen Rechte Gebrauch zu machen.

Teure Zeiten erfordern sparsames Wirtschaften



MAGGI'S Suppen sind billig, nahrhaft und wohlschmeckend. 1 Würfel für 2-3 Teller 10 Pfg. — Mehr als 40 Sorten. Verlangen Sie aber bitte ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 7. März 1913.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Lohengrin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Kriadne auf Argos.
Deutsch. Der lebende Leichnam. Theater am Rollendorplatz. Extrazug nach Nizza.
Königsgraber Straße. Macbeth. Stefan Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Hohenzollern-Fahrten. Mammertspiele. Bürger Schippel. Peking. Rote Bern. Deutsches Opernhaus. Der Posten-Jahres.
Schiller-O. Uriei Acosta. Schiller-Charlottenburg. Der Andere.
Kurfürstend. Rigolotto. Trianon. Wenn Frauen reisen. Komödienhaus. Schachschach. Groß-Berlin. Nord Sticcola. Vertiner. Filmzauber. Montis Operetten. Der liebe Augustin.
Theater des Westens. Die beiden Husaren.
Deutsches Schauspielhaus. Barunung. Der Stärkere. Debet und Kredit.
Kleines. Professor Bernhardt. Residenz. Die Frau Präsidentin. Thalia. Puppen.
Lützen. Und hätte der Liebe nicht... Rose. Mein Leopold.
Metropol. Gefährten.
Herrnfeld. Die Schonzeit-Jäger.
Reichshallen. Meher's Hosen. Casino. Arthur's Hütchen. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Die schöne Galathee. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Pariser Luft.
Lustspielhaus. Majalita. Walhalla. Parole: Walhalla! Folies Caprice. Des Löwen Er-wachen. Floß Seitenprünge.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Die Fere.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Uebalzett: Mirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Theater des Westens. Die beiden Husaren. Sonnt. nachm. 3/4 Uhr: Frauenfresser.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Uriei Acosta.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 30 Stunden.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 30 Stunden.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Andere.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: 3 Strindberg-Gesatter.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater), Karl Norden 1141.
8 Uhr: Der liebe Augustin.
Sonntag, s. l. R.: Der Zigeunerprimas.
Residenz-Theater. 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madams la Presidente).
Schwank 3 Akt. a. Deunnequin u. Seber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Theater am Rollendorplatz
7 1/2 Uhr: Zum 1. Male:
Extrazug nach Nizza.
Morgen nachm. 3 Uhr: Maria Stuart.
Luisen-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Und hätte der Liebe nicht...
Sonabend/nachm. 4 Uhr: Premiere:
Hänsel und Gretel. (Kindernorft.)
Sonabend, abends 8 Uhr:
Im wunderschönen Monat Mai.
Metropol-Theater.
Wegen Vorbereitung geschlossen!
Sonabend, 8. März, abends 7 1/2 Uhr:
Zum erstmalig:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von J. Freund und G. Klontowski. Musik v. Jean Albert.
In Szene gel. vom Direktor H. Schulz.
Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Mein Leopold.
Bolschak in 3 Akten von J. Arronge.
Sonabend, 4 Uhr: Frau Holle.
8 Uhr: Der Weg zum Himmel.
Casino-Theater
Lützinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Arturs Flitterwochen.
Der neue Schwant-Schlager.
Vorher: Erna Koschel ufm.
Sonntag 4 Uhr: Der Heimatlose.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Malchens Verlobung.
Burleske von Meyzel.
Anfang 8 Uhr.

Herrnfeld Theater
Neuer großer Erfolg der Novitäten!
Die Schonzeit-Jäger.
Ein Wald-Idyll in 2 Akten von Anton u. Donat Herrnfeld.
Liebesprobe.
Plauderei von Ernst Klein.
Am 8. Uhr: Borberl. 11-2 (Theaterstoffe).
Walhalla-Theater.
Reinbergweg 19/20. Rosenhof. Lor.
Heute 8 1/2 Uhr:
„Parole: Walhalla!“
Große Jahres-Steuere.
Die Abonnenten unserer Zeitung zahlen gegen Vorzeigung der Abonnement-Quittung für alle Plätze halbe Staffelpreise.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
„Hohenzollern“-Fahrten.
Zirkus Albert Schumann.
Heute Freitag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr:
Neu! Neu!
Chinesische Gaukler.
10 Lio-Hoi-Tschen's 10
Pri. Dora Schumann.
Hohe Schule.
Ohne Konkurrenz!
7 Luftvoltageure 7
Hegelmann-Truppe
Auftraten des Direktors Alb. Schumann
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtb. Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Nur noch einige Tage!
Zirkus Barum
Boxhagen
Täglich, abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Abende
Sonntag, den 9. März:
Nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr:
Große Vorstellungen.
Nachm. zahlen Kinder u. 10 Jahren halbe, abends jedoch volle Preise.
Täglich wechselndes Programm.
Vorführung Raubtierdressuren
der gelamten all. ab. Attraktionen.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr:
Die neuen gr. März-Attraktionen.
Karl-Eugen-Troupe.
Gymnastik in höchst Vollend.
Klown Pepino
mit seinem Tierkirkus.
Geschw. Fiochi
in ihrem wundervoll. Reitakt.
Red & Best, Manögekomiker.
Prolongiert! Der mysteriöse Deckenläufer.
Zum Schluss:
Die große Prunk-Pantomime „Sevilla“.

Passage-Panoptikum
Mac-Frog, der unersättliche
Froschschlucker
belustigend, große Fisch- und Fröschemahlzeit.
Das Vertilgen u. Zurückbringen lebender Frösche und Fische.
Die acht heiligen Feuerfresser
in ihren fantastischen Märtyrer-Produktionen.
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 22. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert.
Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters aus Mailand. Dirigent: Maestro Loreto Tesone.
Musik des 1. Garde-Regiments, Dirig. Oberm. Baars.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Letzte Woche!
Heute Freitag, den 7. März 1913:
Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 38.
Freitag, den 7. März 1913:
Zum Benefiz für Elisebeth Peters
In Saus und Braus.
Poffe mit Gesang in 3 Akten von Jacobson und Oahn.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice.
Heute Freitag, den 7. März:
Premiere
Des Löwen Erwachen
Hunter Tell
Floh's Seitenprünge
Anfang 8 1/2 Uhr.

Theater Königstadt-Casino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Tägl. abds. 7 1/2, Sonnt. 7 1/2 Uhr:
O. diese Chauffeur!
Lustspiel von Rich. Heiler — u. das groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.
Für den Inhalt der Zierate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30 König-Str. am Bahnhof Alexander-Platz Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse

G. m. b. H.

Versand-Abteilung: Leipziger Str. 132/37

Preiswerte Lebensmittel

Soweit vorhanden. Insetiertes Obst, Gemüse, Wild und Fische können nicht zugesandt werden.

Ochsenfleisch

Pa. Schmorfleisch Pfund 90 Pf. 1.00
 Fehlrippe Pf. 80 Pf. Brust Pf. 75 Pf.
 Kamm u. Querrippe Pfund 70 Pf.
 Pökeltzunge Pf. 1.25, Brust 95 Pf.
 Talg Pfund 50 Pf., ausgelassen Pfund 60 Pf.
 Gulasch Pf. 70, Gehacktes 60 Pf.

Kalbfleisch

Keule und Rücken im Ganzen 1.05
 Brust, Kamm u. Bug Pfund 80 Pf.
 Brustspitze Pfund 1.00

Schweinefleisch

Schinken im Ganz. Pfund 90 Pf., Kotelettes 1.05
 Kamm und Schuft Pfund 95 Pf.
 Filet Pfund 1.30, Bauch Pfund 80 Pf.
 Rückenfett Pfund 70, Liesen 75 Pf.
 Kassel. Rippespeer Pf. 90 bis 1.05
 Hasen gestreift Stück 3.50 bis 4.00
 Renntier: Keule 1.00 Rücken 0.80 Blatt 0.70 Ragout 0.30

Kakao und Schokolade

Deutscher Kakao Pf. 60 Pf. 1.00
 Deutscher Kakao in Pack. Pfund 1.40, 1.70
 Block-Schokolade Pfund 80 Pf.
 Haushalt-Schokolade Pfund 95 Pf.
 Vanille-Schokolade Pfund 1.20, 1.30

Tee

Souchong-Melange Paket ca. 1.30
 Souchong-Melange Paket ca. 65 Pf.
 Souchong-Melange
 I II III IV V
 1.90 2.30 2.80 3.40 4.20
 Kongo-Melange Pf. 2.60, 4.20
 Ceylon-Melange Pfund 3.40
 Pecco-Melange Pfund 4.80
 Darjeeling-Melange Pfund 6.40

Freitag und Sonnabend aus der eigenen Konditorei

Napfkuchen

hausbackene Art, mit oder ohne Rosinen
 Stück 45, 90 Pf., 1.80

Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen, Pfund 12 Pf.
 Seelachs ohne Kopf, in ganzen Fischen Pfund 14 Pf.
 Schellfische Pfund 12, 22, 25 Pf.
 Rotzungen Pf. 15, Goldbarse 22 Pf.
 Seezungen Pf. 80, Schollen 18 Pf.
 Tafellachs in ganzen Fischen, Pfund 65, 88 Pf.
 Tafelzander Pf. 68, Grüne Heringe Pf. 6
 Lebende Plötzen Pfund 43 Pf.
 Leb. Karpfen Schupp. Pfund 75, 90 Pf., Spiegel 1.00
 Leb. stärkere Aale Pfund 1.15
 Lebende Hechte Pfund 1.15

Geflügel

Junge Gänse Pfund 1.25
 Suppenhühner Stück 1.75 bis 2.75
 Junge Hähne Stück 1.95, 2.50
 Poulets Stück 1.70, Schneehühner 1.10
 Puthennen Pfund 1.10, -hähne 1.00
 Suppentauben Stück 55 Pf.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 13 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Gedeicht Markt 4, Bahnhofstraße. (Zeter des Vorwärts) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntag geöffnet!

Betten, Stand 9, Blumenstraße 70, im Keller. 19058*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Valetts aus feinsten Stoffen 30-40 Mark, Herren 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Federbetten, Stand 10,00, 15,00, 25,00, feinste Federbetten, Winterpaletts, Böden (spottbillig), Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Hermannsdorf 6. Handtuchhaus. Günstigste Badetanzüge. Gebrochene Herrenpaletts, Herrenkleider allerbilligster Bettenverkauf. Bödenverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Tischdecken, Steppdecken. Goldschmuck. Taschentücher. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntag.

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Schlegel. Gebunden 3 Mk. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Moderne Kauslergardine, (spottbillig) Inventurpreise: zwei Schal und ein Lambrequin: 3,85, 4,50 bis 10,50. Schalgardinen: 2 Schal 1,50, 2,50 usw. Vorzügegardinen 1,68, 1,95. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). Abkommen noch 10 Prozent Rabatt. 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außerordentlich billig! Vorwärts! 5 Prozent Rabatt! (Zeter des Vorwärts) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntag geöffnet!

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Zigarrengeschäft, gutgehend, mit Zahlstelle des Metallarbeiter-Vereins, des, anderer Unternehmung halber sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen Vorwärts-Expedition Sponbau, Dreierstraße.

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Teilzahlung. Möbel für Studie und Küche von 15,- Anzahlung an. Einzelne Möbelstücke von 5,- Anzahlung an. Kleinste Anzahlung. Kunden, welche in anderen Geschäften ihr Konto beglichen haben, bekommen bei mir alles ohne Anzahlung. Auch Teppiche, Gardinen, Läufer, Bilder, Uhren usw. Lenningsplatz Blumenstraße 2. 2198*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Teilzahlung. Möbel für Studie und Küche von 15,- Anzahlung an. Einzelne Möbelstücke von 5,- Anzahlung an. Kleinste Anzahlung. Kunden, welche in anderen Geschäften ihr Konto beglichen haben, bekommen bei mir alles ohne Anzahlung. Auch Teppiche, Gardinen, Läufer, Bilder, Uhren usw. Lenningsplatz Blumenstraße 2. 2198*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Wandtafel, dreifach, komplett 7,50, Wandtafel 6,00, Wandtafel 2,50, Wandtafel 1,50, Rahmen billig. - Der Geschäft - Große Frankfurterstraße 92 - Radenstraße 6 (Wedding) - Schönhauser Allee 121 (Oleumstraße) - Neuföhren, Berlin-Strasse 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, Ihren Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurverkauf zu machen! (absolut billige Ausnahmepreise!) Abkommen noch zehn Prozent Rabatt. Große Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Rathausufer). 1258*

Teilzahlung. Möbel für Studie und Küche von 15,- Anzahlung an. Einzelne Möbelstücke

Siebzig Opfer der Torpedobootskatastrophe.

Der furchtbare Unglücksfall, durch den das Torpedoboot „S 178“ in den Grund gebohrt wurde, hat noch zwei Opfer mehr gefordert, als gestern angenommen wurde...

von Sturzwellen wieder fortgerissen.

Von den Vermissten wurde bisher bloß die Leiche des Sturzwelens wieder fortgerissen.

Die Wastspitze des gesunkenen Torpedobootes ragt aus dem Wasser hervor. Am Rettungswerk beim Untergang des „S 178“ beteiligte sich auch der Stutter „Oldenburg“.

Die amtliche Schilderung des Zusammenstoßes

lautet folgendermaßen:

Die 11. Halbflottille gehört zu der sogenannten Reserveflottille der Torpedodivision der Marineleitung der Nordsee. Die Besatzungen dieser elf Boote bestehen aus Mannschaften im dritten Dienstjahre.

nur halbe Fahrt

und mühten, weil die schneller fahrenden Kreuzer noch vor dem Ankerplatz von rückwärts aufkommen, der Vorwärts entsprechend nach Osten ausweichen, um den großen Schiffen zum Anfernmachen Raum zu geben.

am Bug des großen Kreuzers „Nord“ vorbeizufahren versuchte,

entstand infolge der durch den hohen Seegang verringerten Manövrierfähigkeit des Bootes Kollisionsgefahr. Die kritische Situation wurde auf „Nord“ sofort gemerkt.

sank sehr schnell.

da wahrscheinlich Turbinenraum und Kesselraum aufgerissen und vollgelaufen waren. Sämtliche in der Nähe befindlichen Schiffe und das Torpedoboot „S 177“ leisteten sofort tatkräftige Hilfe, die jedoch wegen des dunklen unsichrigen Sturmwetters und des hohen Seeganges nur einen geringen Erfolg gezeitigt hat.

Angeht die Darstellung ist denn doch die Frage aufzuwerfen, ob es bei dem „sehr schweren Wetter“, das die vorausfahrende Torpedobootsflottille zu halber Fahrt zwang, nicht besser gewesen wäre, auch die nachfolgenden großen Schiffe langsamer fahren zu lassen, um dadurch jede Kollision mit den Torpedobooten auszuschließen.

Da das nicht geschah, gerieten die beiden in Frage kommenden Fahrzeuge in dunkler Nacht und bei schwerer See in so gefährdende Nähe, daß eine Katastrophemöglichkeit zum mindesten recht nahe lag.

Im „Berl. Tagebl.“ bemerkt Kapitänleutnant a. D. Perjus noch:

Weiter bedarf die Kommandoführung an Bord des Torpedoboots der Klärung. Warum waren nur zwei recht junge Oberleutnants an Bord? Warum nicht der eigentliche Kommandant? Er soll einer Meldung zufolge nicht aus Krankheitsrücksichten ausgeschifft gewesen sein.

unberechtigten Tadel ausdrücken. Jeder, der die Seefahrt kennt, besonders die in stürmischer Märznacht in der Nordsee, weiß, daß ein Foch zuweilen gerade den trifft, der es am wenigsten verdient.

Jagow und die Jugend.

Der Kampf der Berliner Polizei gegen die Jugendbewegung.

Dieses Thema rief — was nach den Vorgängen vom letzten Freitag selbstverständlich war — Tausende zu der Protestversammlung, die von der Berliner Parteileitung nach dem „Marinehaus“ einberufen worden war.

Genosse Kurt Rosenfeld als Referent, häufig von stürmischen Beifallssturmgebungen unterbrochen, führte unter anderem aus:

Die preussische Arbeiterkraft sei es von jeher gewöhnt, von der Polizei schikaniert und geschnitten zu werden. Man habe sich gewissermaßen daran gewöhnt gehabt und sich gegenüber den polizeilichen Rundgebungen etwa so verhalten, wie der Mond gegenüber dem Hund, der ihn anbellt.

Zwölf Jugendversammlungen waren es, mit dem höchst revolutionären Thema: Die wahren und die falschen Freunde der arbeitenden Jugend. Trotz dieses harmlosen Themas hätten die einschreitenden Polizeikräfte übereinstimmend erklärt, das Thema sei politisch und sie müßten einschreiten, wenn über das Thema geredet würde.

Das hindere aber die Polizei nicht, in jener Weise einzugreifen und unschuldige junge Leute zur Wache zu schleppen. Augenblicklich lebten wir in einer Zeit, wo das Bürgerliche die Erinnerungen von 1813 feiere.

Uebrigens handele es sich bei den Vorgängen vom Freitag doch nur um die letzte Episode im Polizeikampfe gegen die moderne Berliner Jugendbewegung. Seit Jahren schon führten Herr v. Jagow und seine Untergebenen den Kampf gegen die Arbeiter-Jugendbewegung.

Wäre die Polizei nun, was sie wolle, möge sie die Form zerbrechen, in der die moderne Arbeiter-Jugendbewegung zum Ausdruck komme; den Geist, der darin stehe, den könne sie nicht zerbrechen. Und wenn die Polizei einen Bau, den die Arbeiterjugend errichtet habe, in Brand stecke, dann werde immer wieder neu, wie der Vogel Phönix aus der Asche, der Geist emporsteigen und das Werk fortsetzen.

Wäre die Polizei nun, was sie wolle, möge sie die Form zerbrechen, in der die moderne Arbeiter-Jugendbewegung zum Ausdruck komme; den Geist, der darin stehe, den könne sie nicht zerbrechen. Und wenn die Polizei einen Bau, den die Arbeiterjugend errichtet habe, in Brand stecke, dann werde immer wieder neu, wie der Vogel Phönix aus der Asche, der Geist emporsteigen und das Werk fortsetzen.

Wäre die Polizei nun, was sie wolle, möge sie die Form zerbrechen, in der die moderne Arbeiter-Jugendbewegung zum Ausdruck komme; den Geist, der darin stehe, den könne sie nicht zerbrechen. Und wenn die Polizei einen Bau, den die Arbeiterjugend errichtet habe, in Brand stecke, dann werde immer wieder neu, wie der Vogel Phönix aus der Asche, der Geist emporsteigen und das Werk fortsetzen.

an. Aber die Klassenbewußte Arbeiterkraft müsse auf dem Posten sein und dürfe nicht bloß zusehen. Habe man doch auch auf der Gegenseite nichts anderes vor, als die Jugend den Idealen der Klasse, der sie angehört, absperrig zu machen.

Es folgte eine kurze Diskussion. Frau Liehner-Sachs, aus der Friedensbewegung bekannt, die auch erklärte, sich Genossin nennen zu können, tritt mit warmen Worten für die Kulturziele der Jugend des vierten Standes ein.

Zum Schluß ergriff Genosse Eugen Ernst, der Einberufer und Leiter, das Wort: Wenn man Jahrzehnte in der Bewegung stehe, dann läßt man über manches. Als er aber am Sonnabend gehört habe, was geschehen sei, da habe er sich gesagt, das sei das Tollste, was ihm vorgekommen.

Es war eine imposante und eindrucksvolle Protestkundgebung, die die Kompromisse hell aufleuchtete. Wieder ein Erfolg des Herrn v. Jagow!

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 6. März 1913, nachmittags 5 Uhr. Vorherrschend: Die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einer Ansprache, in der er der schweren Katastrophe gedenkt, die in der Nacht zu gestern die deutsche Marine durch den Untergang des Torpedobootes S 178 und den Verlust beinahe der gesamten Mannschaft betroffen hat.

Zur Beratung gelangen zunächst die Ausschussvorschlüsse betreffs der Einführung einer Biersteuer und einer Steuer für Kinematographentheater, Kneipen, Varietés, Kabarettis, Zirkusse, Spezialitätentheater und gewisse Tanzlokale.

Stadtb. Beil. (Sog.): Sie sind heute auf dem besten Wege, den 6. März 1913 in die Finanzgeschichte Berlins als einen schwarzen Tag einzutragen. (Großer Lärm bei der Redebeit.) Rufe auf der dicht gefüllten Zuschauertribüne: (Sehe gut!) Witten im Jubel, und Trubeljahr wollen Sie heute dreie Schichten der Berliner Bevölkerung, nicht die reichen, sondern diejenigen belassen, welche schon an und für sich mit der Not des Lebens zu kämpfen haben.

Stadtb. Beil. (Sog.): Sie sind heute auf dem besten Wege, den 6. März 1913 in die Finanzgeschichte Berlins als einen schwarzen Tag einzutragen. (Großer Lärm bei der Redebeit.) Rufe auf der dicht gefüllten Zuschauertribüne: (Sehe gut!) Witten im Jubel, und Trubeljahr wollen Sie heute dreie Schichten der Berliner Bevölkerung, nicht die reichen, sondern diejenigen belassen, welche schon an und für sich mit der Not des Lebens zu kämpfen haben.

Stadtb. Beil. (Sog.): Sie sind heute auf dem besten Wege, den 6. März 1913 in die Finanzgeschichte Berlins als einen schwarzen Tag einzutragen. (Großer Lärm bei der Redebeit.) Rufe auf der dicht gefüllten Zuschauertribüne: (Sehe gut!) Witten im Jubel, und Trubeljahr wollen Sie heute dreie Schichten der Berliner Bevölkerung, nicht die reichen, sondern diejenigen belassen, welche schon an und für sich mit der Not des Lebens zu kämpfen haben.

Stadtb. Beil. (Sog.): Sie sind heute auf dem besten Wege, den 6. März 1913 in die Finanzgeschichte Berlins als einen schwarzen Tag einzutragen. (Großer Lärm bei der Redebeit.) Rufe auf der dicht gefüllten Zuschauertribüne: (Sehe gut!) Witten im Jubel, und Trubeljahr wollen Sie heute dreie Schichten der Berliner Bevölkerung, nicht die reichen, sondern diejenigen belassen, welche schon an und für sich mit der Not des Lebens zu kämpfen haben.

Heute mit 21 gegen 7 Stimmen abgelehnt, in Charlottenburg hat sich der Kammerer ganz entschieden gegen sie ausgesprochen, weil ihr Kuppertrag gleich Null sei und in seinem Verhältnis zu den Belastigungen stehe, die sie drücken und haben hervorzuziehen. Der neue Kammerer Berlins ist schon in seinem ersten Amtsjahre mit dieser zweifelhaften Vorlage seinen Ruhm und sein Finanzgenie aufs Spiel. In Rindens hat der Oberbürgermeister erklärt, die schändliche Biersteuer müsse wieder aufgehoben werden; also hat man dort überall weit mehr Verständnis als in der Millionenstadt Berlin. Die neue Biersteuer ist eine Sondersteuer; bei der Verschwiegenheit des Gewerbes ist eine gleichmäßige Belastung zu schaffen unmöglich. Der Brauereizugschlag ist bis zum heutigen Tage zu Unrecht erhoben worden. Man dürfe, heißt es, den Brauereien mit der Aufhebung nicht ein Geschenk machen; aber nach dem Inkrafttreten der neuen Steuern werden Schulden, Pagenhöfen und die anderen kapitalkräftigen Brauereien einen riesengroßen Teil derselben zurückerhalten, weil sie schon jetzt bis zu 75 Proz. ihrer Produktion ausführen; sie werden dann noch tiefer in die Provinz einzudringen versuchen und ihren Absatz aufs äußerste steigern. Durch eine solche Politik vernichten sie also nicht nur den Mittelstand in Berlin, sondern auch in der Provinz. Dabei steht noch heute nicht fest, ob die Brauereien und die richtigen Produktionsziffern angegeben haben, auf die eine solche Gesetzgebung sich stützen kann. Die Differenz zwischen den Zahlen der Brauereien und denen des Kammerers ist zu groß und bisher nicht aufzuklären gewesen. Ihre ganze neue Gesetzgebung schwebt also in der Luft; niemand weiß, was die neue Steuer einbringen wird. Die Brauereien sollen sich erheben lassen, die 30 Pf. selbst zu tragen und sogar die geschädigten mittleren und kleineren Brauereien schadlos zu halten. Haben die Brauereien schon jemals den Gastwirten gegenüber solche Großmut bewiesen? (Lebhafter Ruf: „Nein! Nie!“ auf der Tribüne.) Die Folge der Berliner Biersteuer wird sein, daß auch Schöneberg, Charlottenburg usw. dazu gezwungen werden, weil sonst ihr eigenes Braugewerbe in die Luft geht. Es besteht kaum noch Hoffnung, das Gewerbe der oberrheinischen Bierbrauerei wieder aufblühen zu sehen, weil die Geschmacksrichtung der Bevölkerung sich gewandelt hat; um so ungerechter ist die Aufhebung der 10 Pf. Steuer. Zum 1. Oktober 1913 erhält das Gastwirtsgerwerbe noch eine weitere Auflage; da müssen die Gläser mit dem neuen Etikett versehen sein. Vielleicht überlegen Sie sich in letzter Stunde doch noch, ob Sie dieser Steuerordnung zustimmen wollen; wenn Sie noch einen Funken von Herz haben, werden Sie sich bei der namentlichen Abstimmung doch vielleicht noch bestimmen. Aber ich befürchte, Sie werden Ihre Ohren verstopfen, weil Sie die Gegenstände nicht hören wollen, und die Bitte der Interessenten wird vergeblich sein. Heute verleihe ich Ihnen patriotischen Taumel von vor 14 Tagen; er sollte Ihre Wähler mitreißen und das Obium dieser Vorlage verdecken. Herr Cassel hat sich den Titel „Ungekronter König von Berlin“ schon durch den Vorstoß im Ausschuss reichlich verdient. Können Sie die Vorlage nicht heute ablehnen, dann weisen Sie sie an einem Ausschuss zurück, aber an einem, dem nicht Cassel vorsitzt. (Der Vorsitzende erklärt die Namensnennung für unangehörig.)

Stadtv. Cassel (A. L.): Keine Wähler wissen ganz genau, daß mir Ruhe und Sachlichkeit behilflich; ich habe dafür auch Zeugnisse aus den Reihen der Genossen des Vorredners. Die Redensart von dem „ungekrönten König von Berlin“ ist so geschmacklos, daß ich darauf nicht eingehe. Wir werden unsere Meinung von der Biersteuer nicht ändern. Die Ausschussberatung hat uns unser Ziel, keine Steuer zu schaffen, die auf die Gastwirte oder auf die Konsumenten abgewälzt werden könnte, erreichen lassen. Die Schädigungs-differenzen über Export und Import haben nicht die ihnen vom Vorredner beigelegte Bedeutung. Bei dem Satz von 30 Pf. wird nach der Erklärung der Brauereien eine Abwälzung auf die Gastwirte nicht notwendig sein. Der Satz von 10 Pf. für den Hektoliter oberrheinisches Bier ist äußerst mäßig. Im ganzen werden die Berliner Brauereien nicht mehr zu zahlen haben als bisher. Vor einer neuen Steuerbelastung der schwächsten Schultern ist gar keine Rede. (Lebhafter Widerspruch auf der Tribüne.) Für die neue Steuer werden wir die Zustimmung aller unserer Wähler haben. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Dr. Ruhlmann (Fr. Fr.): Unseren Wünschen, eine Befreiung der Konsumenten zu vermeiden und die Kontrollvorschriften zu erleichtern, hat der Ausschuss entsprochen. Das Aufkommen aus der Steuer wird nämlich 1 1/2 Millionen nicht erreichen, aber das mag einstweilen auf sich beruhen. Herr Jubel und Herr War Schulz haben gestern nichts getan, um die Versammlung im Friedrichsbain über den Irrtum aufzuklären, in dem sie sich befunden hat. (Anruhe auf der Tribüne; der Vorsitzende erklärt, bei Wiederholung von Zurufen von der Tribüne werde er gezwungen sein, die Tribüne räumen zu lassen. Auf bei den Sozialdemokraten: Kröcher!) Dieser Irrtum liegt darin, daß es sich gar nicht um eine neue Steuer handelt.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.) hält auch für geraten, die Debatte in aller Ruhe zu führen. Die Abwälzung auf die Gastwirte werde bei einem Satz von 30 Pf. nicht nötig sein, so hätten die Brauereien positiv verfahren. Die Erregung der Gastwirte komme noch aus der Zeit, wo der Satz von 50 Pf. vorgeschlagen war und die Brauereien mit der Erhöhung des Hektoliterpreises um 1 R. gedroht hätten. Das fällt jetzt weg und bei Annahme seines Antrags werde überhaupt nicht mehr in Berlin zu zahlen sein, als was bisher der Brauereizugschlag brachte.

Stadtv. War Schulz (A. L.) polemisiert gegen die Argumentation, daß diese Steuer notwendig sei, um die 100 Proz. nicht zu überschreiten, da eine Lebensbreitende dieses Satzes die steuerkräftigen Bürger Berlins zur Abwanderung veranlasse. Das sei eine ganz haltlose Vermutung. Daß die Abwälzbarkeit ausgeschlossen werde, sei aber tatsächlich der Leitfaden der Ausschussberatung gewesen, und in diesem Punkte habe Cassel geradezu den Ton angegeben. Aus der Belastung mit ganzen 5 Pf. für den Hektoliter werde eine ernste Schädigung aus der mittleren und kleinen Brauereien nicht eintreten; das müsse er ausdrücklich konstatieren, weil man draußen drauf und dran sei, die Sache für die nächsten Landtagswahlen auszuschlachten. Das Gastwirtsgerwerbe werde nicht ruiniert werden; weit mehr als diese Belastung schädigten Landtagswahlen auszuschlachten. Auch das Gastwirtsgerwerbe werde er mit einigen Fraktionsgenossen gegen die Steuer. Das Rührtrauen gegen die ewige Beunruhigung mit neuen Steuerprojekten sei im Gastwirtsgerwerbe berechtigt; da müsse die Stadt um so peinlicher Gerechtigkeit üben. Zum Schluß appelliert Redner an das liberale Gewissen der Mehrheit, die ihr Programm mit dieser Sondersteuer verleihe.

Kammerer Böh: Es handelt sich hier keineswegs um eine Sondergewerbesteuer. Auch der Magistrat wollte das Bier nicht höher besteuern als bisher. Die Ausschüsse bedeuten eine Entlastung der Brauereien um Hunderttausende, und bei 30 und 10 Pf. gibt es überhaupt nichts mehr abzuwälzen. Der gestern Abend „los-gelassene“ Protest (Hoch Hurra bei den Sozialdemokraten) ist unbegründet. In Köln hat vor drei oder vier Jahren die Kinossteuer 80 000 R. eingebracht; jetzt bringt sie 20 000 R. Der Rückgang der Schankstätten ist weniger auf die Gesetzgebung, als auf die berechtigende Agitation der Sozialdemokraten gegen den Alkoholgenuss zurückzuführen.

Stadtv. Wille (Soz.): Es wird hier ganz vergessen, daß es auch um Berlin und außerhalb Berlins Brauereien gibt. Es wird jetzt behauptet, eine Abwälzung finde nicht statt, weil die Brauereien es geschmären haben — ich habe die Eidesformel nicht gelesen. Wie oft sind gegebene Versprechen nicht gehalten worden! Auch bei den Herren Brauereidirektoren! Die Herren Brauereidirektoren haben doch auch über die Dividenden zu wachen, und wenn dann doch eine Erhöhung des Bierpreises eintritt, was können Sie dagegen machen? Nichts, gar nichts! Die Steuer wird ein Schutzwoll für die beiden größten Großbrauereien Berlins; die um Berlin liegenden Brauereien müssen dann auch 30 Pf. aufschlagen, weil sie sonst nicht mehr konkurrieren können, und auf diesem Wege wird man sehr bequem noch einige Konkurrenz los. Die kleinen Brauereien haben zum billigsten Preise geliefert, sie müssen mit dem Preis hinausgehen. Den Großbrauereien aber

ist diese Steuer gewiß ganz anzuwenden, denn das wird und muß binnen kurzem preissteigernd wirken.

Stadtv. Jubel: Wenn der in der zweiten Abteilung gewählte Herr Cassel mit seinen paar wüßendenden Wählern im Einverständnis ist, so will das nicht viel sagen. Da ist in der Kommission eine bindende Erklärung oder etwas Schriftliches gegeben worden, daß die Brauer nicht abwälzen werden? Also die Erklärungen, die unsere Unterhändler Dr. Döhrenfurth und Böser abgegeben haben, sind völlig unverständlich. Daß 75 Proz. aller Gastwirte von den Brauereien abhängig sind, ist richtig, aber daraus kann der Kammerer doch gerade sehen, in welcher Notlage sich ein großer Teil der Gastwirte befindet.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Zu § 1 wendet sich

Stadtv. Rommelen (Fr. Fr.): gegen den Antrag Goldschmidt und erklärt, daß die Brauereien natürlich keine schriftliche bindende Erklärung abgeben würden, daß diese aber auch gar nicht nötig sei, weil sie keinen Grund zur Erhöhung hätten. Bei 30 Pf. machten die Brauereien gegenüber dem bestehenden Zustand noch ein sehr gutes Geschäft.

Stadtv. Cassel erklärt dasselbe und dankt außerdem dem Kollegen Schulz für die lokale Beurteilung des Standpunktes der Ausschussmehrheit.

Es wird zur namentlichen Abstimmung über den Ausschussantrag geschritten. Derselbe ergibt die Annahme mit 61 gegen 59 Stimmen, also gerade mit der absoluten Mehrheit.

Gegen die 30 und 10 Pf. stimmen: Sozialdemokraten: Dr. Arons, Basner, Dr. Bernheim, Böhm, Börner, Brückner, Bruns, Dr. Colon, Drecher, Dupont, Ewald, Fischer, Fröhlich, Glode, Grunwald, Heilmann, Hinz, Hoffmann, Kerlin, Koblentz, Leid, Dr. Liebmann, Manasse, Mann, Mars, Mehl, Meiner, Pflanzlich, Ritter, Dr. Rosenfeld, Saffenbach, Schneider, Gottfr. Schulz, Stadtv. Wille, Talsdorf, Bengels, Dr. Wehl, Wille, Wolbersky, Burm, Jubel, Juch.

Neue Linke: Feuerstein, Friede, Goldschmidt, Hömssen, Imberg, Dr. Jaar, Dr. Knauer, Lofmann, Dr. Paul, Riemer, Rosenow, War Schulz, Wittkowski.

Alte Linke: Huff, Dr. Lepp, Schmidt.

Freie Fraktion: Menzel.

In der weiteren Beratung des § 1 spricht sich Stadtv. Jubel entschieden für die Steuerfreiheit des Hausstrunks aus. In Potsdam sei die Biersteuerordnung von der Regierung genehmigt worden. Obwohl der Hausstrunk steuerfrei gelassen worden sei. Im Interesse der Brauereiarbeiter solle man diese Änderung des § 1 beschließen.

§ 1 Ziffer 2 wird nach Ablehnung des Antrages Jubel angenommen.

Zu § 2 erklärt Abg. Jubel, auf weitere Ausführungen zu verzichten.

Stadtv. Rommelen beantragt jetzt en bloc Annahme der Biersteuervorlage.

Stadtv. Jubel: Ich will nicht widersprechen, mache aber die Versammlung und den Kammerer darauf aufmerksam, daß der Oberpräsident ihnen das Ding vor die Füße werfen wird. (Lärm.)

Vorheber: Sie haben das doch nicht gegen den Kammerer persönlich gemeint?

Stadtv. Jubel: Nein, das habe ich nicht. (Große Heiterkeit.) Die Biersteuervorlage wird darauf angenommen.

Der Kinos- usw. Steuer sollen auch Pantomimen und Kunstlaufvorführungen auf Eisbahnen in geschlossenen Räumen unterliegen. Die Steuer soll als Karten- oder als Verkaufssteuer zur Erhebung gelangen. Die Höhe sind gegen die Vorlage vom Ausschuss etwas ermäßigt. Es werden Anträge auf weitere Ermäßigung eingebracht.

Stadtv. Ruhlmann bedauert die vom Ausschuss zugesandten Ermäßigungen. Die großen Kinos fürchteten die Abwanderung des Publikums in die kleineren und hätten schließlich die billigeren Plätze in teurerer Verwendung; trotzdem sei eine Verminderung des Besuchs nirgends eingetreten.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Es raht der See und will kein Opfer haben. (Heiterkeit; Rufe: Ladevogl!) Wenn man die Quittungsumlage für die Einführung neuer Steuern sieht, kann man wirklich dieses Wort zitiieren. Die 100 Proz., das ist die kommunale Steuerlast, die jetzt die unglaublichsten Purzelbäume schlägt, ohne Rücksicht darauf, was dabei vernichtet wird, und das nennen Sie dann Mittelkandapaliti! 230 Kinos sind in Berlin vorhanden; von diesen standen über 30 schon vor der Weite und machten die Bude zu, als die Steuer drohte. Seitdem sind diesen schon 20 gefolgt und haben ihre Porten geschlossen, doch nicht aus Übermut, sondern weil sie schon vorher sich nicht halten konnten. Die bloße Anführung der Steuer hat also schon über 50 von 230 umgebracht. Warten Sie nur ab, was nach dem 1. April sich ergeben wird; die Hauswirte werden ihr blaues Wunder sehen. (Zurufe.) An diesen 100 Kinos hängen doch hunderte von Angestellten, will man denn das übersehen? Von der Kinossteuer gilt es, daß eine neue unerhörte Steuer, direkt gegen die Unbemittelten gerichtet, eingeführt werden soll. Eine ganze Reihe Leute haben mit diesen Kinos ihre Stellung, ihre Existenz gefunden. (Zurufe: Und der Hauswirt kriegt keine Rente!) Die Hauswirte mögen sich bei denen bedanken, die diese Steuer gemacht haben. Die kleinen Kinos sind die große Mehrheit, der großen Kinos sind nur ganz wenige. Die täglichen Speise eines Kinos mit 180 Plätzen belaufen sich trotz sehr geringer, der Aufrechterhaltung dringender bedürftiger Entlohnungen auf 65 R., die Einnahme in der Woche auf täglich nur 35 R.; die Unterbilanz wird eingebracht durch die Erhöhung des Preises auf 30 Pf. am Sonntag. Diese einzige Rettung machen Sie ihnen durch die Steuer unmöglich; es gibt dann an Sonntagen keine steuerfreien Plätze mehr. Der Satz von 30 Pf. muß auf 40 Pf. erhöht werden; erst bei diesem Satz darf die Steuerpflicht beginnen. Für das Programm sollen nur 10 Pf. frei bleiben, während mindestens 20 Pf. frei bleiben müssen, weil das Programm, wenn es Liedertexte enthält, 25 und 30 Pf. kostet und für 10 Pf. unmöglich abgegeben werden kann. Im Ausschuss wurde mitgeteilt, das Berliner Polizeipräsidium beschätze täglich 10 000 Meter Film, während die Weltproduktion nur 8000 beträgt; auf solcher Höhe steht die Kenntnis der Herren, die hier mitzuentcheiden haben! In Frage kommen höchstens 6000 Meter pro Tag. Genau so verhält es sich mit den phantastischen Zahlen über die erzielten Einnahmen. Tatsächlich brauen häufig die Hauswirte selbst ihre Räumlichkeiten zu Kinos um und vermieten sie dann an Unternehmer, die Kautions stellen müssen. Geht der Unternehmer pleite, so hat der Hauswirt die Kautions und sucht einen anderen Mieter. In Kinos-unternehmertreue nennt man diese Herren bereits „Kinomarder“. Ebenso phantastisch war die Angabe, daß ein großes Kino eine tägliche Einnahme von 5000 R. habe. Diese Einnahme ist nur an einem einzigen Tage unter ganz außerordentlichen Umständen erzielt worden und hat sich nie wiederholt. Lieber einer Reihe von Kinos schwebt tatsächlich der Pleitegeier. Nun zieht man sich hinter Sitte und Moral zurück; in den Kinos würden Apand-fachen, Ehebruch usw. vorgeführt, und da sei eine ordentliche Steuer an Platz. Jetzt heißt es, die Kinos dienten ja gar nicht der höheren Kunst. Dieser dienen die Theater, also auch das Residenz-theater, wo bekanntlich nicht Ehebruch dargestellt und die gute Sitte nicht verlegt wird! Weil man die königlichen Theater nicht kriegen kann, müssen die Kinos heran, und zwar gerade die kleinen — denn an der ganzen Steuer hat der Kammerer kein Interesse mehr, wenn nur die großen heran müssen. Eine ganz sonderbare Moral hat ein Ausschusskollege entfaltet: er sei für die Steuer, weil sie nur unedle Vergnügen traffe. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Solche „unedlen“ Vergnügen sollte man doch mit allen Mitteln verhindern, aber nicht Geld davon ziehen. Wenn Sie das wollen, dann erheben Sie Schauffgeld in der Friedrichstraße. (Stürmische Heiterkeit.) Manche Herren könnten da weit eher Vergnügen finden und zur Lustbarkeitssteuer herangezogen werden. (Wiederholte Heiterkeit.) Die Steuer ist nach der Kinosseite sicher nicht mehr „entwidelungsfähig“. Die Kinos sollen unmoralisch, entzittlichend wirken. Das mag sein. Die kleinen

Besitzer haben die Filmlieferanten bestürmt, ihnen für ihre Theater bessere Sachen zu liefern; aber sie kriegen sie nicht. Die Theaterdirektoren haben sich mit einer Denkschrift gegen die Kinos gewandt, die in jeder Zeile nach Konkurrenzhaß und Konkurrenzneid riecht. Sie verlangen Einführung der Bedürfnisfrage; warum denn für die Theater nicht auch? (Zwischenruf des Stadtv. Fr.) Sie sind doch noch sehr weit zurück. (Heiterkeit.) Man verlange in Ausschüsse auch, die Kinder sollten noch mehr als bisher ausgeschlossen werden; das verlangt auch der deutsche Bühnenverein, er schämt sich nicht, solche Forderung aufzustellen; was würde er sagen, wenn man die Kinder von den Theatern ausschließen wollte? Er verlange aber weiter ein Malatgesetz, er regt auch eine hohe staatliche Filmsteuer an! Das ist doch wohl das Schamloseste, was Konkurrenzneid leisten kann. Wenn die Jugend wirklich zur Unmoral erzogen wird, so ist das doch bloß ein schlechtes Kompliment für unsere Polizeigenur. Dieselben unmoralischen und entzittlichenden Films werden in den großen Kinos des Westens vorgeführt, denn die kleinen Kinobesitzer können ja nicht Films zuerst ausführen, weil sich die Preise nach der Priorität der Vorführungen richten; also alles, was entzittlichend und verrohend wirkt, hat zuerst im Westen gewirkt, aber vielleicht war dort auch gar nichts mehr zu verrufen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Die Verleiher halten die Preise fest, gleichviel, ob es sich um einen Kinos mit 1000 oder mit 140 Plätzen handelt. Sie haben ihren Trutz aufgelöst, weil er ihnen nicht weit genug ging und die neue Konvention der Filmfabrikanten und -verleiher hält die Zügel so straff, daß die kleinen Kinos einfach stranguliert werden. Und dazu will eine liberale Stadtverwaltung ihre Hand bieten! Die Armen der Armen, bei denen es nicht mehr zu Sonntagskleidern zulange, gehen ins Kino für 20 Pf. Sie werden ja auch nächsten Montag in den Riantopp kommen; machen Sie es doch diesen Armen nicht unmöglich, einen solchen hochwürdigen Anblick zu genießen! Die kleinen Kinos haben schon besonders gelitten durch die Polizeiverordnungen der letzten Zeit. Durch diese Verbote hat die Polizei den Kinobesitzern schon einen ungeheuren Schaden zugefügt, und nun kommen Sie noch mit dieser Steuer. Bei den Alten befindet sich ein Schreiben des Polizeipräsidenten über die Lage der kleinen Kinobesitzer; danach sei deren Lage eine so präfabrierte, daß das Polizeipräsidium selbst darüber bestürzt gewesen sei. Soll etwa inzwischen die Lage besser geworden sein? Sie können nicht aus bloßer Hürrenstimmung diese Hunderte von Existenzen brotlos machen wollen. Die Kinderverbote usw. sind ja erst nach 1910 gekommen. Es gibt auch Vororte, die noch keine Kinossteuer haben. Sie berufen sich aber auf die Vororte nur, wenn es Ihnen in den Kram paßt; wenn sie vorangehen auf dem sozialen Wege, dann gibt's das nicht. Das neue Steuergesetz ist so unglaublich schlecht gearbeitet, wie es der jüngste Arbeitersekretär in der entlegensten Provinz nicht geliefert hätte. Der Kammerer rüde schon in der ersten Sitzung des Ausschusses mit einem ganzen Bündel Abänderungsanträge an und mußte erst aufmerksam gemacht werden, daß er das nicht dürfe; dann fanden sich ja hilfsbereite Regierungskommissare; nicht wahr, Herr Vay? nicht wahr, Herr Böser? Es ist ja dann gebessert worden; aber trotzdem ist diese Vorlage jämmerlich. Der Kammerer hat auch eingesehen, daß es mit dem bloßen Begriff „Haus-Theater“ nicht geht; es wurde das Biertrinken hinzugefügt; aber das Reitpolstheater, der Wintergarten, das Apollotheater können sich da leicht helfen, indem sie größere Banken machen und größere Räume schaffen; dann fällt der Kammerer vielleicht auch mit Biertrinken herunter. Unsere Parkhalle in der Zimmerstraße ist umgewandelt in den „Clou“. Da gibt es jeden Abend meist zwei Konzerte, von denen das eine auch Feilänge und Tänze auführt — das ist doch Varieté! Reulich erst haben wir dem „Clou“ 20 000 R. gegeben, damit er auskommen kann. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Das ist die Steuerpolitik, die Sie anstreben. Auch der „Eispalast“ soll gefügt werden. Alle diese Dinge führen auf Wege, die steuerrechtlich bloß Prozesse nach sich ziehen müssen. Eine solche schlechte Aufwärmung der alten Vorlage hätte man und ersparen sollen. Kollege Vay kommt noch im letzten Augenblick mit einem Arm voll Anträge. (Stadtv. Fr.: Verbesserungen!) Ja, das ist ja eben der Zweck dafür, daß Sie die Vorlage wenigstens in den Ausschuss zurückverweisen müssen. Der Ausschuss hat im Galopp gearbeitet; mit der Ferkelstippe wurden wir angegriffen. Jetzt will Herr Vay auch im Jirkus nur noch die Galerie freilassen und schon von 80 Pf. an 10 Pf. erheben; daran sieht man das warme Herz des Kollegen Vay für das arme Volk. Ich lege Ihnen nochmals nahe, die Steuer erst bei 40 Pf. beginnen zu lassen und die Vorlage im eigenen Interesse erst zum 1. Oktober 1913 in Kraft zu setzen. Im Sommer schließen die Kinos zwei Monate lang ganz oder sie lawieren sich nur so durch. Wollen Sie im übrigen mit dieser Vorlage auch die Sommerlokale, den Prater, Schweizergarten und Eisfelder usw. treffen, dann machen Sie in unerhörter und unglaublicher Weise den Arbeitern die letzten Luftlöcher unzugänglich. Die Vorlage ist in jeder Beziehung volksfeindlich; wird sie angenommen, so gehört sie an den Schandpfahl des Liberalismus! (Beifall und Handklatzchen bei den Sozialdemokraten.) Der Vorsitzende ruft den Redner wegen der letzten Aeußerung zur Ordnung.)

Stadtv. Schulz (A. L.): Wenn es heißt, man wolle die „unedlen“ Vergnügen besteuern, so sieht das gerade so aus, als wenn die Steuer zittlich zu wirken imstande wäre. Diese Steuer bedeutet nichts weiter als eine teilweise Verhinderung des Vergnügens des armen Mannes. Es ist tatsächlich ein Unrecht, die Steuer schon bei 30 Pf. einsetzen zu lassen. Es wird kein Jahr ins Land gehen und Sie werden diese Steuerordnung gründlich ändern müssen.

In der weiteren Debatte beteiligten sich die Stadtverordneten Vay, der seine Anträge empfiehlt, Cassel, der für sich und Dove ebenfalls einen Antrag einbringt, die Kinossteuer erst bei 40 Pf. beginnen zu lassen, der Kammerer Böh und Rommelen, die sich auf das Bestimmteste dagegen aussprechen.

In namentlicher Abstimmung wird die Kinos- usw. Steuer mit 63 gegen 51 Stimmen angenommen. Hier stimmt auch Stadtv. Wille mit der Mehrheit, während Friede, Imberg, Dr. Jaar, Dr. Paul von der Reuen Linken mit „ja“ stimmen und Dr. Knauer, Riemer, Rosenow und Wittkowski fehlen.

Wenn Steuerzins wird der Antrag der Sozialdemokraten, die Kinossteuer erst bei 40 Pf. eintreten zu lassen, von Hoffmann kurz begründet.

In namentlicher Abstimmung wird aber mit 59 gegen 56 Stimmen beschlossen, die Steuer schon bei 30 Pf. beginnen zu lassen.

Auch der Antrag Hoffmann, für die Programme die untere Grenze bei 20 Pf. statt bei 10 Pf. zu ziehen, wird abgelehnt; dagegen geht der Antrag Vay, entgegen dem Ausschussantrag, die Kinossteuer von 10 Pf. statt bei 1,10 R. schon bei 30 Pf. einzuführen, mit 56 gegen 54 Stimmen durch.

Schließlich wird auch der Antrag Hoffmann, die Steuer erst zum 1. Oktober 1913 in Kraft zu setzen, abgelehnt; es verbleibt beim 1. April.

In der Gesamtstimmung wird die ganze Steuervorlage mit 64 gegen 47 Stimmen genehmigt.

Schluss: 11 Uhr. Es folgt noch eine geheime Sitzung.

Soziales.

Sie ganz gemeines Frauenzimmer.

Vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts klagte ein Fräulein gegen den Stumpfhalterfabrikanten Kronschon auf Zahlung von 58,83 R. Restgeld. Die Klägerin war bei dem Beklagten mit einem Gehalt von monatlich 70 R. beschäftigt. Die Klägerin kauft betrug 14 Tage, doch durfte die Abfindung nur am 1. und 15. eines jeden Monats ausgesprochen werden. Wie die Klägerin in der Verhandlung angab, war sie mehrere Jahre im Betriebe des Herrn Kronschon tätig. Während dieser Zeit habe sie außer ihrem

Lohn täglich Mittagessen erhalten. Am 20. Januar sei sie mit Frau Antonia in einen Streit geraten; sie habe Frau A. zuerst in höflicher Weise gebeten, ihr eine Arbeit zu zeigen. Nach einem Wortwechsel habe die Frau A. dann gesagt, sie wäre ein ganz gemeines, verfluchtes Frauenzimmer. Sie sei dann geschlagen und gestochen worden, sie habe schließlich eine Schere ergriffen, um sich event. damit zu wehren. Am folgenden Tage habe sich der Streit wiederholt. Auch habe sich der Beklagte eingemengt, der sie ebenfalls gestochen habe. Da man ihr das Mittagessen vorenthielt, habe sie außerhalb des Hauses essen wollen. Der Beklagte habe darauf gesagt, sie solle sofort sein Haus verlassen. Sie solle machen, daß sie hinauskomme, sonst würde er sie des Hausfriedensbruchs bezichtigen. Er habe ihr dann noch mehrere Male das Haus verboten, worauf sie gegangen wäre. Sie fordere nun den Lohn für die vereinbarte Abdingungsfrist im Betrage von 58,88 M.

Der Beklagte beantragte Abweisung der Klage. Er habe die Klägerin nicht entlassen, sondern nur zu ihr gesagt, sie solle machen, daß sie zum Mittagessen komme; wenn sie nicht wiederkomme, würde er ihr die Zeit vom Lohn abziehen. Die Frau des Beklagten gab an, sie habe zu der Klägerin nur gesagt, sie solle sich beim Anfertigen einer Schleife nicht so dumm anstellen, denn so dumm wäre sie nicht. Klägerin habe dann eine Schere ergriffen und gesagt, sie wolle ihr die an den Kopf schlagen, wenn sie nicht wegginge. Das Mittagessen wäre der Klägerin nur aus Gutmütigkeit gegeben worden. Auch sei diese nicht entlassen worden, sondern einfach von der Arbeit ferngehalten. Eine als Zeugin vernommene Hausbewohnerin sagte aus, sie habe am traglichen Tage eine Herrenstimme in erregtem Tone rufen hören: „Haus, nun aber raus!“ Gleich darauf sei die Klägerin ganz verwirrt und weinend auf den Hof gekommen. Sie habe diese dann mit in ihre Wohnung genommen, damit sie sich beruhigen konnte. Beklagter bestreitet diese Angabe, ebenso dessen Frau und das Dienstmädchen.

Das Gericht gelangte zu der Überzeugung, daß die Klägerin entlassen worden sei. Zur sofortigen Entlassung habe jedoch kein Grund vorgelegen und wurde der Beklagte zur Zahlung von 58,88 M. verurteilt.

Ein Kommunal-Wahlkuriosum.

Für die Breslauer Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung im November 1910 hatte der Magistrat durch Los bestimmt, daß von den drei Hausbesitzern, die zur Vervollständigung der Hausbesitzermandate nötig waren, je einer im 11., im 14. und im 18. Wahlbezirk zu wählen sei. Das geschah unter Berücksichtigung des § 22 der Städteordnung, der im zweiten Absatz bestimmt:

„Ist die Zahl der Hausbesitzer, welche zu wählen sind, nicht durch die Zahl der Wahlbezirke teilbar, so wird die Verteilung auf die einzelnen Wahlbezirke durch das Los bestimmt.“

Es wurde nun in keinem der drei genannten Bezirke ein Hausbesitzer gewählt. Dagegen waren die im 10. und 20. Bezirk Gewählten Hausbesitzer. Die Stadtverordnetenversammlung war der Meinung, daß deshalb nur eines der Mandate aus den erstgenannten drei Bezirken für ungültig zu erklären sei, weil jetzt nur noch einer von den erforderlichen drei Hausbesitzern fehle. Man erklärte die Wahl des im 11. Bezirk gewählten Schneidemeisters Luidert für ungültig, weil er von den drei gewählten Nichthausbesitzern absolut die geringste Stimmenzahl erreicht hatte.

Der Bezirksauswahlschub hob den Beschluß auf und erklärte Luiderts Wahl für gültig, indem er meinte, für die Frage, wer von den Dreien als ungültig anzusehen müsse, sei entscheidend, wer in seinem Wahlbezirk relativ die wenigsten Stimmen erhalten habe. Das sei aber Luidert nicht, denn er habe 60 Proz. oder in seinem Bezirk abgegebenen Stimmen erhalten, während einer der anderen beiden Nichthausbesitzer es nur auf 59 Proz. gebracht habe, nämlich Müller.

Das Oberverwaltungsgericht hob am 3. März das Urteil auf und erklärte Luiderts Wahl für ungültig. — Gründe: Die Sache liege ja hier eigentlich. Tatsächlich seien ja zwei Hausbesitzer gewählt worden, aber nicht in den Bezirken, wo Hausbesitzer gewählt werden sollten. Eigentlich wäre ja nur noch ein Hausbesitzer zu wählen gewesen. Aber weder der Modus der Stadtverordnetenversammlung, noch der des Bezirksauswahlschubes seien gangbar. Da es an besonderen Bestimmungen für Fälle der vorliegenden Art fehle, so müsse man sich an dem gemäß § 22 Absatz 2 der Städteordnung geschaffenen Zustand halten. Es hätten von Rechts wegen alle drei Wahlen in den Bezirken, wo infolge Losbestimmung gemäß § 22 Hausbesitzer gewählt werden sollten, aber nicht gewählt wurden, für ungültig erklärt werden müssen. Sie seien gleichwertig. Da aber zwei davon rechtskräftig für gültig erklärt worden seien, und nur eins, das Luiderts, für ungültig, so müsse es dabei sein Bewenden behalten, Seine Wahl, um die es sich in dem Streitverfahren handele, sei jedenfalls ungültig.

Gerichts-Zeitung.

Der Blumenverkauf auf dem Arbeiterfeste als Kollekte.

Auf einem Feste der freiorganisierten Arbeiter in Gemelingen hatte Busch mit Unterstützung einer Anzahl Frauen und Mädchen rote Nelken verkauft. Der Erlös in Höhe von 76 M. floß dem Wahlfonds zu. Für sich und seine Helferinnen hatte Busch vom Landratsamt sogenannte Sonntagscheine für den Blumenverkauf nachgekauft und erhalten. Gleichwohl wurde er dann angeklagt, weil er ohne behördliche Genehmigung eine Kollekte veranstaltet habe. Er sollte den § 119 des alten hannoverschen Polizeistrafgesetzbuchs übertreten haben, welcher bestimmt: Wer ohne Erlaubnis eine Sammlung von Geld oder sonstigen Beiträgen oder Unterschriften dazu unternimmt oder die Erlaubnis überschreitet, verwirkt eine Geldbuße bis zu 30 M.

Die Strafkammer in Verden als Berufungsinstanz verurteilte auch den Angeklagten auf Grund der zitierten Bestimmung zu einer Geldstrafe. Sie nahm an, daß diese Bestimmung des alten hannoverschen Polizeistrafgesetzbuchs noch rechtskräftig sei. Es handele sich hier auch nicht um einen einfachen Blumenverkauf, sondern um eine Sammlung. Angeklagter habe nicht nur für sich die roten Nelken vertrieben, sondern zugunsten der Parteikasse. Auch seien von vornherein die Arbeiter und Arbeiterinnen, die zum Feste gingen, durch das sozialdemokratische Organ, die „Vremser Bürgerzeitung“, zum Kaufen der roten Nelken animiert worden. Es habe niemand unter 10 Pf. geben sollen, einzelne hätten sogar 50 Pf. gegeben, während der Einkaufspreis sich nur auf wenige Pfennige pro Stück belaufen habe. Somit habe es sich um eine Sammlung zugunsten der Parteikasse gehandelt, an die der Erlös abgeführt worden sei. Die Erteilung der Sonntagsverkaufscheine könne dem nicht entgegenstehen. Diese seien zum Verkauf erteilt worden. Von der Ansicht einer Sammlung sei das Landratsamt nicht unterrichtet worden. Angeklagter, der bei der Sammlung den Ton angab, sei als Unternehmer einer nicht genehmigten Sammlung im Sinne des § 119 des hannoverschen Polizeistrafgesetzbuchs zu verurteilen.

Der Angeklagte legte Revision ein. Das Kammergericht verwarf aber dieser Tage die Revision als unbegründet. Der § 119 des hannoverschen Strafbuchgesetzes sei noch gültig. Der Angeklagte, der mit Recht als der Unternehmer des Blumenvertriebes angesehen worden sei, hätte nach diesem Paragraphen eine Genehmigung zu einer Sammlung haben müssen, denn ohne Rechtsirrtum habe das

Landgericht festgestellt, daß es sich um eine Sammlung handelte. Die Genehmigung zu einer Sammlung habe er aber nicht gehabt, sondern auf seinen Antrag sei nur die Genehmigung zu einem Blumenverkauf erteilt worden. Die erteilten Sonntagscheine könnten ihn deshalb nicht befreien von einer Bestrafung wegen Übertretung des § 119 des hannoverschen Polizeistrafgesetzbuchs.

Warum klagte man den Verkäufer roter Nelken an, nicht aber die „patriotischen“ Margaretenfrauen?

Schiebung.

Ein gefährlicher Silberversteigerer, durch den beinahe eine junge Dame schwerverletzt worden wäre, lag einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung, Schleichens in der Nähe bewohnter Gebäude und unbefugten Waffentragens zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Belgardt das Schöffengericht Berlin-Schöneberg beschäftigte.

Angeklagt war der frühere Schankwirt Richard Verndt. Der Angeklagte betrieb bis zum 1. Januar d. J. in der Barbarossastr. 27 zu Schöneberg eine Schankwirtschaft, die er an diesem Tage verkauft hatte. Bei dem Abschluß der Verkaufsverhandlung war es anscheinend hoch hergegangen, denn der Angeklagte befand sich gegen Mitternacht in einem ziemlich stark angetrunkenen Zustande. In diesem Zustande, der durch die hinzukommende Silberversteigerung noch verstärkt wurde, ließ sich der Angeklagte zu einem recht törichtem Streich hinreißen. Er ging, als das Profil Neujahrstrafen begann, auf die Straße hinaus und gab hier aus einer Browningpistole vier Schüsse ab. Die Kugeln riefen Schrecken, da sie gegen das harte Granitpflaster abgefeuert waren, und rieten um ein Haar das größte Unheil an. Eine Angel durchschlug die Scheiben einer im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung und schlug in die Decke ein, während die zweite Kugel, nachdem sie vom Pflaster abgeprallt war, die 16jährige Tochter Annemarie des Amtsgerichtsrats Vossau in das Bein traf. Das junge Mädchen wurde sofort in die elterliche Wohnung gebracht, wo der hiesige Arzt, Nebstinsolator Wagner sesshaft, die Kugel die Weimustel durchgeschlagen hatte.

Vor Bericht behauptete der Angeklagte, daß er sinnlos betrunken gewesen sei. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß er sich nur in einem leicht angetrunkenen Zustande befunden hätte, der, wie der Vorsitzende äußerte, in der Silberversteigerung beinahe allgemein als „Normalzustand“ anzusehen sei. — Der Anwalt hielt eine empfindliche Bestrafung für geboten, schon mit Rücksicht darauf, daß in der Zeit zwischen Verhaftung und Neujahr besondere Warnungen vor derartigen Unfug von den Polizeibehörden erlassen werden. Der Antrag des Anwalts lautete deshalb auf 1 Monat Gefängnis, 3 Wochen Haft und 20 M. Geldstrafe. Das Gericht ließ mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte, der wiederholt unter Tränen versicherte, daß er selbst nicht wisse, wie er dazu gekommen, nicht erheblich vorbestraft sei, Milde walten und nahm von der Verhängung einer Freiheitsstrafe Abstand. Das Urteil lautete auf 320 M. Geldstrafe; außerdem wurde dem Angeklagten auf Antrag des Nebenklägers eine Buße von 120 M. auferlegt.

Versammlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die ordentliche Generalversammlung der Verbandsdelegierten fand am Mittwochabend im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße, statt. Der Bericht der Bezirksverwaltung für das Jahr 1912 lag gedruckt vor in einer Broschüre von 200 Seiten nebst einem Anhang von farbigen Tafeln, auf denen das Wachstum und einzelne Einrichtungen des Verbandes veranschaulicht werden. Ueber 50 000 Mitglieder in Groß-Berlin, mit Stolz verländelt der Bericht diese Errungenschaft gleich auf dem Titelbild. 50 042 Mitglieder am Schluß des Berichtsjahres gegenüber 46 905 Mitglieder am Schluß des Jahres 1911 und 39 400 zu Ende des Jahres 1910. Von den 50 042 Mitgliedern gehören der Section I (der Handelsarbeiter) 12 850 an, der Section II (Transportarbeiter) 28 812, der Section III (Straßenbahner) 2818, der Section IV (Tramwayfahrer und Kraftwagenfahrer) 5430, der Section V (Industriearbeiter) 7023 Mitglieder an. Im Jahre 1912 sind 17 944 Personen dem Verbands neu beigetreten, von anderen Verbänden sind 895 übergetreten und 692 sind zugereist u. a. Ausgeschlossen sind dagegen 15 494, die Mehrzahl davon gestrichen wegen rückständiger Beiträge.

Von der Verwaltungstätigkeit gibt die folgende Aufstellung ein Bild. Es fanden 54 Sitzungen der Bezirksverwaltungen, 47 Sitzungen der Rechtskommission, 7 Sitzungen der erweiterten Verwaltung, 5 Funktionärversammlungen und 6 ordentliche Generalversammlungen statt, ferner zwecks Agitation, Führung von Lohnbewegungen und Branchenversammlungen, 4838 Betriebsbesprechungen und Versammlungen, 729 Sitzungen der Branchenleitungen und Vertrauensmänner, 881 persönliche Verhandlungen mit Unternehmern und 212 verschiedene Kommissions-sitzungen. — 5336 Auskünfte wurden im Bureau erteilt und 1474 Schriftstücke für Mitglieder angefertigt. 648 Anträge auf Rechts-schutz lagen vor, von denen 140 abgelehnt wurden.

Krankentrenterung erhielten 8357 Mitglieder (gegenüber 6962 im Vorjahre) für eine Zeit von 27 022 Wochen und 5 Tagen. Arbeitslosenunterstützung erhielten 6619 Mitglieder (gegenüber 5262 im Vorjahre) für eine Zeit von 22 212 Wochen und 1 Tag. (Die Unterstützungssummen sind im Hosenbericht angegeben.)

Im Arbeitsnachweis wurden im Berichtsjahr verzeichnet 20 361 Arbeitslose, 34 793 gemeldete Stellen, 29 461 besetzte Stellen. Gegenüber dem Vorjahre steigerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 137, die Zahl der gemeldeten Stellen um 2044 und die Zahl der besetzten Stellen um 2466.

Ueber die Lohnbewegungen sind im Bericht sehr ausführliche Tabellen veröffentlicht. Angriffsbewegungen ohne Streik wurden in 93 Fällen mit 294 Betrieben und 16 040 Beteiligten geführt, Angriffsbewegungen mit Streik in 13 Fällen mit 119 Betrieben und 1361 Beteiligten, Abwehrbewegungen machten in 34 Fällen mit 42 Betrieben und 1137 Beteiligten den Streik notwendig, in einem Falle mit 4 Beteiligten ließ sich der Streik vermeiden. In der großen Mehrzahl der Lohnbewegungen war ein ganzer oder teilweiser Erfolg zu verzeichnen; manche Verkürzung der Arbeitszeit, manche Erhöhung des Lohnes wurde errungen.

Die Entwidlung und die Kämpfe der fünf Sectionen des Verbandes mit ihren zahlreichen Branchen finden im Bericht eingehende Würdigung. Ueberall herrscht eine frische Agitation und eifriges Vorwärtstreben. Mit Gemutigung wird auf die wachsende Anerkennung und das Ansehen hingewiesen, deren sich der Verband erfreut im Gegensatz zu der früheren Geringschätzung, mit der die Organisation der Arbeiter in dienenden Stellungen und der ungelerten und Hilfsarbeiter betrachtet wurde. Ein Beispiel der anerkannten Bedeutung des Verbandes zeigt die Bewegung der Kohlenarbeiter im Jahre 1912 und die Bewegung der Bau- und Arbeiterführer. In beiden Fällen kam es zu Verhandlungen mit den Unternehmern und zu Tarifabschlüssen, was bei den Kohlenarbeitern im Jahre 1910, als die Moabiter Krawalle heraufbeschoren wurden, rundweg abgelehnt worden war.

Auch die Bildungsarbeit wird im Verbands eifrig gepflegt. Aus der Bibliothek wurden im Berichtsjahre (während 9 Monaten) 17 619 Bände entliehen. In vielen Versammlungen sind belehrende Vorträge statt. Auf Gelegenheiten zur Weiterbildung werden die Mitglieder stets aufmerksam gemacht.

Die Kassenverhältnisse des Verbandes sind sehr befriedigend. Die Beiträge für alle Gruppen und Branchen sind im Berichtsjahre gleichmäßig geregelt worden. Für den Bau eines Verbandshauses besteht ein Baufonds, zu dem regelmäßige Beiträge zu leisten sind.

Der Hosenbericht des Jahres 1912 zeigt in Einnahme und Ausgabe die Bilanz von 1 383 224,74 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für örtliche Streikausgaben 6797,88 M., für Unterstützungen bei Mäzregelungen 1568,10 M., als Streikunterstützung an andere Gewerkschaften 9125 M., für örtlichen Rechts-schutz 278,95 M., Arbeitslosenunterstützung zu Weimachten 4321,50

M., Reise- und Ertragsunterstützung 633,85 M., Beerdigungs-beihilfe 8416,55 M., Arbeitsnachweis und Bibliothek 48 555,06 M. Die Abrechnung mit der Hauptkasse bilanziert mit 861 723,82 M. und zeigt unter den Ausgaben für Unterstützungen an Arbeitslose 172 963,50 M., an Kranke 215 931,20 M., an Streikende 32 707,77 M., an Gemahregelte 15 719,70 M., in Sieberfällen 23 137,50 M., in besonderen Fällen 6339 M., für Rechtschutz 13 055,20 M.; an die Hauptkasse wurden 358 843,96 M. abgeliefert. — Der Bezirks-fassenbestand erreichte am 1. Januar 1913 die Summe von 166 788,35 M.

In der Diskussion über den Bericht wurde an der Tätigkeit der Verwaltung keinerlei absprechende Kritik geübt. Nur einige Wünsche in bezug auf den Arbeitsnachweis und um größere Berücksichtigung einzelner Gruppen wie der Privathausleute wurden geäußert.

Die Versammlung nahm dann die Revision der Bezirksverwaltung vor. Hierzu bemerkte der Vorsitzende, daß die große Verwaltungsbürokratie die Wahl eines zweiten Bevollmächtigten notwendig mache. Dazu wurde Dr. Mann, der bisherige Leiter der Section der Straßenbahner, vorgeschlagen und gewählt. Zum ersten Bevollmächtigten wurde August Werner einstimmig wiedergewählt. Die weiteren Wahlen ergaben als Resultat: Als Sekretäre Knüttel und Priedenoh, Kassierer Steinke, Leiter der Section I Woppler, Section II Uthke. Der Posten des Leiters der Section III ist später zu besetzen, wenn die Section darüber beraten hat, wen sie an Stelle von Dr. Mann wünscht. Für Section IV wurde A. Becker, für Section V Promie gewählt. Dazu wurden noch die Beisitzer und Vertreter der Sectionen gewählt. Die Bezirksverwaltung besteht aus 23 Mitgliedern. Die Revisionskommission, aus 5 Mitgliedern bestehend, wurde wiedergewählt. Ferner wählte die Versammlung eine Beschränkungskommission, aus 9 Mitgliedern bestehend, für den Arbeitsnachweis. Eine Ersatzwahl für den Hauptvorstand, die vorzunehmen war, fiel auf Schürkel.

Ein- und zweifache Versammlung der Steinseher, Kammer und Steinhauer fand am 3. März in den Sophienhöfen statt. Die Versammlung beschäftigte sich mit den Beschlüssen der Vertriebsmännerkonferenz vom 23. Februar. Dem Bericht von derselben gab der Vorsitzende Kritik, zur Ergänzung sprachen Leng und Kaulahn. Mit Beifall nahmen die Versammelten die Beschlüsse der Konferenz entgegen, welche besagen: 1. Mitglieder in der Arbeitslosenunterstützung nicht bezugsberechtigt (ausgespart) sind und am 15. März d. J. von der Bezugsberechtigung an fünf Wochen zurückgerechnet werden sind, erhalten eine einmalige Unterstützung von 10 M. 2. Wiedereintretende zahlen bis auf weiteres nur 50 Pf. als Eintrittsgeld. 3. Die Mäzregelungsunterstützung wird um 5 M. erhöht (aus Salomitteln). Gauleiter Schenke bemängelte, daß der Arbeitsnachweis so wenig in Anspruch genommen wird. Er wies darauf hin, daß durch die Nichtbenutzung desselben eine ganz entstellte Statistik hervorgehen muß. Es wird nun bei den nächsten Tarifverhandlungen besonders mit Zahlenmaterial aufgewartet werden müssen, woraus sich ergibt, daß jeder einzelne den Nachweis zu passieren hat. Die Versammlung faßte darauf folgenden Beschluß: Wer arbeitslos ist und den Nachweis nicht passiert und sich entziehen läßt, erhält keine Arbeitslosenunterstützung. § 8 des Ertragsnachweis: Die Kontrolle über Arbeitslosigkeit wird durch die Haupt- resp. Nebenstellen des paritätischen Arbeitsnachweises geführt. Es wurden hierauf folgende Wahlen vorgenommen: Als aktives Mitglied zum Arbeits-nachweisbureau P. Rorkward. Als Ersatzleute zur Ober-schließungskommission: R. Rorkward und G. Rork. Als Schriftführer für die Branche der Steinseher M. Clemens.

Aus aller Welt.

Riesenfeuersbrunst in Ägypten.

Aus Cairo wird gemeldet: Eine Riesenfeuersbrunst, die in einem der benachbarten Dörfer ausbrach, hat große Verheerungen angerichtet. Das Feuer verbreitete sich so rasch unter den leicht baulichen Gebäuden, daß alle Bemühungen, dem Brande Einhalt zu tun, vergeblich waren. 5000 Personen sind obdachlos. 12 Menschen fanden den Tod in den Flammen.

Schwere Automobilfälle.

Ein Automobil, in dem der Chauffeur mit zwei Kollegen von Anheim nach Wehl an der holländisch-deutschen Grenze abgefahren war, war seit 24 Stunden spurlos verschwunden. Jetzt wurde in dem Kanal unweit des Dorfes Wehl das Auto gefunden und etwas später auch die Leichen der drei Chauffeure. Da für ein Verdrehen jeder Anhalt fehlt, muß das Automobil im Dunkeln in den Kanal gefahren sein, wobei die drei Insassen im Wasser den Tod fanden.

Auf einer Automobilsfahrt durch Süddeutschland sind am Donnerstag zwei Kaufleute aus Bad Herzberg in Gießen bei Großgerau verunglückt. Das Auto stieß gegen einen Baum und stürzte um. Die Insassen wurden herausgeschleudert, wobei der Kaufmann Otto Daehne einen Beinbruch und innere Verletzungen erlitt, so daß er in das Krankenhaus nach Großgerau gebracht werden mußte. Der zweite Insasse kam mit leichteren Verletzungen davon.

Kleine Notizen.

Gabarie eines französischen Panzerschiffes. Die aus Toulon gemeldet wird, stieß das französische Panzerschiff „Justice“ bei der Ausfahrt aus der Reede auf Brandstrücker der vor 1 1/2 Jahren verunglückten „Liberte“ und beschädigte hierdurch eine seiner Schrauben. Die „Justice“ wird zur Ausbesserung ins Arsenal gebracht werden.

Schneeüberflutungen in Rußland. Infolge mehrwöchiger Schneestürme sind die Leistungsdrahte der elektrischen Straßenbahnen in Astrachan gerissen. Der Schneesturm hat auch sonst große Verheerungen angerichtet und viel Schaden verursacht. Die Landstraßen um Astrachan herum sind unpassierbar. Auf mehreren Strecken mußte der Eisenbahnverkehr infolge des hohen Schnees eingestellt werden.

Der Seekraut über Nord gepfält. Aus Kristiania wird gemeldet: Der mit Kohlen von Sibirien in Harstad eingeflossene schwedische Dampfer „Lapland“ hatte in der Nordsee schwere Wetter zu bestehen. Der Steuermann und drei Matrosen wurden über Bord gepfält und ertranken.

Fünfundfünfzig Fischer sind, wie aus Astrachan gemeldet wird, auf einer Eiszolle ins Meer getrieben worden.

Großer Frost in Tripolis. Nach Meldungen aus Tripolis herrscht in Benghasi seit einigen Tagen ein in der dortigen Gegend noch nie dagewesenes Frostwetter. Mehrere Personen sind der Kälte zum Opfer gefallen.

Schwerer Baunfall. Auf einem Neubau in Dinslaken stürzte am Donnerstag eine drei Meter hohe Mauer ein, wobei drei Arbeiter verschüttet wurden. Ein Handlanger konnte nur noch als Leiche unter dem Schutt herbeigezogen werden, während die beiden anderen mit lebensgefährlichen Verletzungen davongekommen sind, an denen sie schwer darniederliegen. Sie wurden ins Krankenhaus transportiert.

Brandunglück. Auf der Hölterheide (Rheinproving) entstand in einem von vier Familien bewohnten Hause ein verhängnisvoller Brand. Das Feuer übergriffte die Hausbewohner im Schlaf. Das ganze Gebäude wurde eingeschert. Ein etwa zwanzig-jähriger Arbeiter kam in den Flammen zu, während sechs Kinder und zwei Erwachsene zum großen Teil lebensgefährliche Verletzungen davontrugen. Nur wenige dürften mit dem Leben davonkommen.

Silberhochzeit zeigt an
Emil Rückhard nebst Frau
geb. Bernerd. 70th

Todes-Anzeigen

Deutscher Buchhändler-Verband
(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Kollege, der
Einkaufsleiter

Willi Tschenshy

(freiwillig aus dem Leben schied.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 8. März, nachmittags
1/2 4 Uhr, auf dem Neuföhner
Gemeindefriedhof, Mariendorfer
Weg, statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.**
Bezirk 17.

Am Dienstag verschied plötzlich
unser Mitglied, der Bildhauer

Max Scholz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in der
Hermannstraße aus statt.

257/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Banarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege

Heinrich Rose

im Alter von 77 Jahren am
3. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 7. März, nachmittags
3/4 4 Uhr, von der Leichenhalle der
Auferstehungsgemeinde (Weihen-
see, Lichtberger Str.) aus statt.

Der Vorstand.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschlands.**
Zahlstelle Groß-Berlin.

Am Montag, den 3. März,
verstarb unser Mitglied

Friedrich Blaube.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 7. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Gemeindefriedhofes in Vorfig-
walde aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Am 4. März, morgens 1/2 9 Uhr,
verstarb nach kurzem, aber
schwerem Leiden mein lieber
Mann und guter Vater, der
Gastwirt

Hans Wiemer

Direktstraße, alte Geumestraße
im 49. Lebensjahre. 27815

Um hilfesuchend bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 3/4 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Georgen-
Kirchhofes, Landsberger Allee,
aus statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters

Bruno Anderskewitz

sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, sowie den Genossen des
6. Wahlkreises, Bezirk 785a, unseren
herzlichsten Dank.

76th

Edwe Minna Anderskewitz
nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau

Marie Renk

sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den Genossinnen und
Genossen der 15. Abteilung, sowie
dem Gesangsverein und den Kollegen
von der Firma Cobau meinen herz-
lichsten Dank.

49th

Heinrich Renk.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, nicht am
Moritzplatz

10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Stoffe

Deutsch-englische Neuheiten
für Herren und Damen.
Einzelverkauf zu
billigsten Engrospreisen.
Tuchagentur, Yorekstr. 75 pt.

Trinkt
WERFT WERMUTH Frucht Trunk
schmackhaft — magenstärkend
Kein Branntwein — Kein Likör

Josefelli

JUNO
Qualitäts 23 Cigarette

KON-
LINON

Komplette Wohnungs-Einrichtungen von 230 M. an

moderne Schlafzimmer	210
Herrenzimmer	300
Wohnzimmer	235
Küchen schon	45
Kleiderschränke	19
Garnituren	100
Schlafsofas	75
Betten	21
Tische	6,50
Stühle v. 2	

**Brautleuten
Extra-Rabatt!**

Grossartige Ausstellungen
parterre (ca. 800 q Meter)
und im Fabrik-Gebäude.
Besichtigung ohne Kautzwang.

Otto Piehl
bedeutendstes
Möbel-Magazin
in Berlin N
Brunnenstr. 120
Kein Kreditkauf!

Teilzahlungen
erhöhen nicht
die Preise!

**Wegen
gänzlicher
Aufgabe
Total-
Aus-
verkauf**

der Charlottenburger Filiale
Nehringstr. 34.
In allen Geschäften dieselben billigen Preise

Lewinsohn

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt	2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Strausberger Platz	3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstr. 34 Ecke Magasinstr.
---	---	--

Herrentiefel jetzt nur 4,95
Damen-Lackschuhe jetzt nur 5,75
Damenstiefel jetzt nur 4,65
Herrentiefel jetzt nur 5,75
Braune Halbschuhe jetzt nur 3,95
Damenstiefel braun jetzt nur 5,75

Drei Tropfen

Kaol

geben schmutzigstem Metall Dauerglanz.
In großen Dosen a 30 Pf. überall zu haben.
Fabrik Chemische Werke Luhszynski & Co. Aktiengesellschaft
Berlin-Lichtenberg.

Hygienische Haar-Pflege

Thermal-Shampoo
flüssig

95%
natürliche Thermal-Mineralien

enthaltend, welche nach Angaben des Geheimrats Professor
Dr. Stahl Schmidt aus den seit Jahrtausenden als heilkräftig bekannten
Aachener Thermal-Quellen
gewonnen werden. Thermal-Shampoo gesundet kranke Kopfhaut
und kranke Haare. Nur auf einer gesunden Kopfhaut gedeihen
die Haare und bleiben gesund. Preis pro Flasche 30 Pf. — Zu haben
in allen Drogeriehandlungen. Engros: Werrmann & Co., Berlin-
Friedenau. Telefon: Umland 3700. 26/14

Möbel-Angebot.

Solltes Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie ein-
zelne Möbel gegen mäßige Jinsparung bei kleiner Anzahlung u. geringen
monatlichen Zahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 70, Postamt 88.
Rein Abzahlungsgeschäft.

Kaffeler 90 Pf.
Ohren, Schnauzen . . . 35 Pf.
Rippen, frisch 30 Pf.
Blutwurst 55 Pf.

offeriert
Anton Fehlau Nachflg.
Landsberger Str. 98a.
Tel.: Königl. 6240.

Vorjährlige

feinste Anzüge, Paletots,
schicke Ulster, Gehrockanzüge,
Smokings, Fracks a. Selde 30-70 M.

Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntags von 12-2 geöffnet.

Tuchstoffe

Anzugstoffe, Hosenstoffe, Reste
Neuheiten
sehr billig. Molkenmarkt 12-18
Tuchlager Carl Engel.

Naturschutzpark - Lose
Ziehung 18. u. 19. März
Lose Mk. 3.30.

Coburger Geld-Lose
Ziehung 8.-12. April
Lose Mk. 3.30.

Porto und Liste pro Lotterie
30 Pf., Ausland 60 Pf. extra,
versendet auch unter Nachn.
die allbekanntesten
Glückskollekte
Oppenheimer - Kaufmann
Gr. Bockenheimerstr. 21
Frankfurt a. M.
Prospekte aller Lotterien
gratis und franko.

Blendol

putzt einzig in seiner Art so
dass man Zeit u Mühe spart!

La Glas u. Blechflaschen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch **Mann**
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorzüglich geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Berlin. **Arbeitskleidung - Berufskleidung.**
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 158 - Neukölln: Bergstr. 66.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Ein Beitrag zur Irrenpflege.

In einer Verleumdungsfrage gegen den Genossen Wachs als verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ wehrte sich der Führer Tönnies gegen den Vorwurf, er habe einen geisteschwachen jungen Mann, der ihm von der Irrenanstalt Dalldorf in Pflege gegeben war, schlecht behandelt und in unverantwortlicher Weise ausgebeutet.

Zu der Verhandlung, die Mittwoch vor dem Schöffengericht geführt wurde, erbot sich Wachs, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Es waren gegen 20 Zeugen geladen. Von ihnen wurde aber nur ein Teil vernommen. Die Zeugenaussagen ergaben in der Hauptsache folgendes: Der geisteschwache Pflegling, der übrigens einen rechtspuppeligen Arm hat, wurde schon morgens um 1/7 Uhr bei der Arbeit gesehen.

Der Kläger Tönnies behauptete, von schlechter Behandlung oder gar Mißhandlung des jungen Mannes durch seine Söhne habe er nie etwas erfahren. Das habe er jetzt zum erstenmal — Frau Tönnies verführte als Zeugin, das Frühstück für den jungen Mann habe stets bereit gestanden. Es habe nur an ihm gelegen, wenn er nicht von der Arbeit herausgenommen sei, um es sich zu nehmen.

Dr. von Fleuten, ein Arzt der Dalldorfer Anstalt, der als Zeuge und Sachverständiger vernommen wurde, sagte, der hier in Rede stehende Pflegling habe schon früher in anderen Pflegestellen unbegründete Klagen über seine Pfleger in der Nachbarschaft verbreitet. Das hänge mit seiner geistigen Krankheit zusammen.

Dr. von Fleuten, ein Arzt der Dalldorfer Anstalt, der als Zeuge und Sachverständiger vernommen wurde, sagte, der hier in Rede stehende Pflegling habe schon früher in anderen Pflegestellen unbegründete Klagen über seine Pfleger in der Nachbarschaft verbreitet. Das hänge mit seiner geistigen Krankheit zusammen. Als der Pflegling seitens der Anstaltsleitung Herrn Tönnies übergeben wurde, sei diesem gesagt worden, er dürfe ihn etwas beschäftigen. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld griff das Wort „etwas beschäftigen“ auf und fragte den Sachverständigen, ob denn die volle Beschäftigung des geisteskranken Krüppels als Stallmann vereinbart sei mit den Bedingungen, welche die Anstalt den Pflegern auferlege.

Nachdem das Gericht die Beweisaufnahme als geschlossen erklärt hatte, nahm der Vorsitzende die vor der Verhandlung erfolglos gebliebenen Vergleichsversuche wieder auf. Genosse Wachs hatte schon von Anfang an erklärt, daß er bereit sei, die Behauptungen, durch die sich der Kläger Tönnies persönlich beleidigt fühle, zurückzunehmen; er lehnte aber das Verlangen des klägerischen Anwalts, die Ehrenerklärung auch auf die Familie des Klägers auszuweiten, entschieden ab.

„Wir haben im März 1912 drei Artikel veröffentlicht, in welchen gegen Herrn Bernhard Tönnies, Soldiner Str. 12, verschiedene ihm beleidigende Wortwürfe betreffend die Behandlung des Pfleglings Paul Donnerstag enthalten sind. Ich habe mich davon überzeugt, daß die gegen Herrn Tönnies erhobenen Beschuldigungen unbegründet sind und nehme dieselben zurück.“

Bedauerlich ist, daß das Gericht den Beweis der Wahrheit über das von uns kritisierte System nicht in dem vollen von Genossen

Wachs angebotenen Umfang erhoben hat. Immerhin hat auch die beschränkt zugelassene Beweisaufnahme bewiesen, daß unsere gegen das System der Irrenpflege erhobene Kritik vollberechtigt war. Nicht von Herrn Tönnies, sondern ob dem System ein Verschulden zur Last fällt, ist erheblich. Nach dieser Richtung ist unter anderem voll erwiesen, daß die Dalldorfer Anstaltsverwaltung keinerlei Vorschriften über die Art der Arbeit macht, nicht gegen Arbeitszwang den armen Kranken schützt und ebensowenig gegen übermäßige Arbeit. Der Prozeß hat hoffentlich die Wirkung, daß die Abstellung dieser Schäden der Verwaltung bald in die Wege geleitet wird.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkiste.

Es ist bei der Lokalkommission angefragt worden, ob die Lokalitäten des Völkervereins in der Kurfürstentrasse 116 auch von der Arbeiterschaft benutz werden. Die Anfrager stützen sich auf die Abhaltung eines Kostümfestes in den genannten Räumen, das von Frau Bloch, Käthe Kollwitz, Gertrud David arrangiert und von einer Anzahl Personen, die mit der Arbeiterbewegung Fühlung suchen, besucht war.

Hierzu haben wir zu erklären: Die Benutzung des genannten Lokals durch die Arbeiterschaft ist durch den exklusiven Charakter desselben, der auch schon durch die Erhebung eines Eintrittsgeldes von 5 M. zu dem erwähnten Kostümfest in die Erscheinung getreten ist, nicht gegeben.

Von Parteimitgliedern muß verlangt werden, auch bei festlichen Veranstaltungen nur diejenigen Lokale zu berücksichtigen, die der Arbeiterschaft auch sonst zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen zur Verfügung stehen.

Die Lokalkommission.

Kreis Niederbarnim.

Sonntag, den 9. März, vormittags 11 Uhr, im Café Bellevue in Rummelsburg, Hauptstr. 2: Kreis-Generalsversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Die bevorstehenden Landtagswahlen. Referent: Genosse Otto Braun.
2. Stellungnahme zur Aufstellung der Kandidaten.
3. Ergänzungswahlen für den Kreisbildungsausschuß.
4. Die Reorganisation der Wahlvereine. Referent: Genosse E. Lehmann.

Zur Teilnahme verpflichtet sind: Der Kreisvorstand, je ein Vertreter der Bezirksleitungen und die gewählten Delegierten. Parteigenossen haben gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches als Gäste Zutritt.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Am Sonntag, den 9. März, findet im Lokale der Witwe Behdorn, altes Schützenhaus, abends 6 Uhr ein Lichtbildvortrag über: „Die Entdeckung des Menschengehirns“ von H. Pinggung statt. Eintritt 30 Pf. Nach dem Vortrag gefelliges Beisammensein.

Mühlenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 9. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokal „Gasthof zur Sonne“ (Jah. A. Bärig): Öffentliche Versammlung, Tagesordnung: 1. Junterherrlichkeit. Referent: Genosse Puhl-Berlin. 2. Diskussion. Die Wohnverhältnisse der Dirlschalen Planensfelde, Schildow, Schönfließ und Summt sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Reinickendorf-Ost. Vom Landtagswahlkursus findet der zweite Vortragsabend heute, Freitag, abends pünktlich 8 Uhr, im „Seebad“, Reibenzstr. 49, statt. Auch die Genossen, die am ersten Abend verhindert waren, sind zur Teilnahme verpflichtet.

Sein Stiftungsfest feiert der Wahlverein am Sonnabend, in Uhlis (früher Ramlows) „Kastanienwäldchen“, Schönholz 14. Rezitationen und gelungene Darbietungen werden das Programm verschönen. Eintrittskarten sind noch bei den Bezirksführern erhältlich.

Alt-Mienick. Am Sonnabend, den 8. März, veranstaltet der Wahlverein in Haberechts Gesellschaftshaus einen Wilhelm-Büch-Abend mit Lichtbildern und nachfolgendem Langkränzchen. Einlasskarten à 20 Pf. sind bei den Funktionären zu haben.

Die für Sonntag, den 2. März, angekündigte Gemeindevorstanderversammlung findet nunmehr am Sonntag, den 9. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bohn, Grünauer Str. 55, statt. Referent Genosse Thurow, Neutölln.

Röpenitz. Die Fortsetzung des Kursus des Genossen Grunwald muß heute abend ausfallen. Der nächste Vortrag findet am Dienstag, den 11. März, im Kaiserhof statt.

Berliner Nachrichten.

Die städtischen Wasserwerke und die Wasserabsperrung.

Aus dem Rathaus wird geschrieben: Verschiedene Zeitungen haben in längeren Ausführungen gegen die von den städtischen Wasserwerken vorgenommene Absperrung des Wassers in dem Hause Graunser Straße 8 Stellung genommen.

Wir können diese Ausführungen im Interesse der Wasserwerke nicht unwidersprochen lassen, weil dadurch falsche Anschauungen in den Kreisen der Bürgerchaft verbreitet werden, und den Wasserwerken das an sich schon schwierige Geschäft der Verteilung richtiger Kosten noch mehr erschwert wird.

Zunächst sei festgestellt, daß die fragliche Leitung von der Wasserwerksverwaltung sofort wieder geöffnet worden ist, als ein Beauftragter des Eigentümers durch Vorlage der Luitungen die Erfüllung der Vertragsbedingungen der Wasserwerke nachgewiesen hatte.

Die Lieferung des Wassers beruht in Berlin auf vertraglicher Vereinbarung zwischen den Wasserwerken und Entnehmern. Die Wasserwerke haben auch kein Monopol, da mehr als ein Viertel des gesamten Wasserbedarfs von Berlin aus eigenen Brunnenanlagen der Eigentümer entnommen wird. Umgekehrt haben aber auch die Wasserwerke weder nach der vom Magistrat aufgestellten Geschäftsordnung das Recht noch nach den Gesetzen irgend eine Verpflichtung, Wasser an Entnehmer zu liefern, die es nicht bezahlen oder sich sonst als ganz besonders hartnäckige Schuldner erweisen, denen auf keine andere Weise beizukommen ist. Aber auch wirtschaftlich kann diese selbstverständlich nur in alleräußersten Fälle angewandte Maßnahme der Absperrung nicht als unbillig angesehen werden, da der Hauseigentümer das Wassergeld von seinen Mietern im voraus zugleich mit der Miete einzahlt.

Die Wasserwerksverwaltung geht bei der Verteilung der Rückstände durch Gewährung von Stundung und dergleichen im allgemeinen so schonend vor, wie die Verhältnisse nur irgend zulassen. Die Wasserwerke suchen ferner durch Einforderung von Sicherheiten Ausfälle wenn irgend möglich zu vermeiden und bei ganz hartnäckigen Eigentümern wird neuerdings Vorauszahlung auf ein Jahr gefordert. Ist aber die Sicherheit oder der Vorkauf verdrängt und wird trotz allen Mahnens der Fonds nicht aufgeführt, so muß auch hier schließlich Absperrung Platz greifen. Es bleibt Sache derjenigen, die an der wirt-

schaftlichen Erhaltung des Grundstücks ein Interesse haben, in erster Linie also Hypothekengläubiger, für den Eigentümer einzutreten, um die Aufhebung der Wasserperre herbeizuführen. Selbstverständlich wird bei der Absperrung auf die betroffenen Mieter Rücksicht genommen. Es wird ihnen vorher von der Mahnahme Mitteilung gemacht, damit sie sich für einige Zeit mit Vorrat versehen können. In der Regel werden die Forderungen der Wasserwerke sofort nach erfolgtem Absperrn der Leitung erfüllt.

Der vorliegende Fall, daß ein Haus neun Tage lang ohne Wasser bleibt, ist eine Einzelercheinung, die nur dadurch möglich geworden ist, daß der Eigentümer das Haus vollständig im Stich gelassen hat und Schritte zur Einleitung einer Zwangsverwaltung nicht erfolgt sind. In diesem Fall wären aber alle Weiterungen vermieden worden, wenn die Mieter, die doch das Wasser entnommen haben, die rüchstündigen, für sie durchaus erschwinglichen Forderungen der Wasserwerke gemeinsam bezahlt und den Betrag dem Eigentümer, wozu sie berechtigt gewesen wären, bei der nächsten Mietzahlung abgezogen hätten. Daß aber aus der Absperrung keine öffentliche Gefahr entsteht, wie es in den genannten Artikeln heißt, dafür sorgt die Polizei, die von jeder Absperrung Nachricht erhält. Die Polizei hat die abgesperrten Häuser unter ständiger Aufsicht und kann erforderlichenfalls alle im öffentlichen, insbesondere gesundheitlichen Interesse erforderlichen Maßnahmen treffen, wie sich auch die Wasserwerke selbstverständlich nie dem entgegen würden, die Anforderungen der öffentlichen Gesundheit allen anderen Interessen voranzustellen. Im übrigen wird die Verwaltung der städtischen Wasserwerke darauf bedacht sein, in Zukunft schärfere Maßregeln gegen säumige Zahler zu ergreifen.

Die Verteilung der Wasserwerksverwaltung, die im vorstehenden versucht wird, ist eine recht lendenlähme. Es ist der Verwaltung nicht gelungen, ihre Maßnahme, Hunderten von Personen auf 9 Tage das Wasser zu entziehen, zu rechtfertigen. Es muß der Verwaltung möglich sein, andere Mittel zu finden, zu ihrem Gelde zu kommen, als die Wasserentziehung ist. Der Vorschlag, die Mieter hätten sich zusammenzutun und das Wassergeld erlegen sollen, ist einer ersten Diskussion nicht wert, und der Hinweis, daß der Polizei von der Abicht der Wasserwerksverwaltung Kenntnis gegeben sei, besagt gar nichts.

Unserer Meinung nach hat die Verwaltung der Wasserwerke geradezu unverantwortlich gehandelt, als sie das Wasser für eine so lange Zeit sperre. Dadurch wurde die Gefahr des Ausbruchs einer Epidemie direkt heraufbeschworen. Und das in einer Zeit, wo auf allen Gebieten unter Anwendung erheblicher Mittel Vorbeuge zur Verhütung von Epidemien getroffen wird. Die Weiterleitung des Wassers, auch wenn es nicht bezahlt worden wäre, ist immer noch billiger und vorteilhafter, als wenn erst eine Seuche hereingebrochen ist. Die Maßnahmen der Wasserwerksverwaltung aber laufen direkt auf die Schaffung von Seuchenherden hinaus.

In der Säuglingsfürsorge VII, Wörther Straße 45, beginnt in den nächsten Tagen ein unentgeltlicher Kursus über Pflege und Erziehung des Kindes. Näheres ist bei der Schwester der Fürsorgestelle an allen Wochentagen von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr nachmittags zu erfahren.

Das Automobilverbrechen von Hennigsdorf

Die vorgestern verhafteten Arbeiter Friedrich Dorenburg und Wilhelm Epienow aus Radowitz sind durch die weiteren Ermittlungen und Nachforschungen so schwer belastet worden, daß sie für das Verbrechen wohl in Frage kommen können. Sie befinden sich noch in Haft und werden auch nicht eher entlassen, bis völlige Aufklärung in dieser Angelegenheit geschaffen worden ist. Beide sind alte Wilderer und Gelegenheitsdiebe. Wahrscheinlich kommen sie auch für die Telephonabsperrung in Frage, die in der letzten Zeit wiederholt in der dortigen Gegend verübt wurden. Hierauf läßt auch eine Jange und sonstiges Werkzeug schließen, das man bei einer Durchsuchung der Wohnung Dorenburgs vorfand. Als Wilderer waren beide in dem Orte bekannt, doch wagte keiner der Behörde diese Vermutung mitzuteilen, weil man sie fürchtete. Epienow und Dorenburg sind beide schon diesbezüglich wiederholt bestraft.

Die Aufregung, die in Hennigsdorf und Umgegend immer noch herrscht, wurde Mittwoch abend durch einen ebenfalls auf der Chaussee verübten Revolveranschlag noch gesteigert. Der 30 Jahre alte Kolonialwarenhandlcr Behrends aus der Chausseestraße zu Hennigsdorf und sein Bruder fuhrten Mittwoch mit dem Zweirat nach Spanbau, um dort einer Testamentseröffnung beizuwohnen. Auf dem Heimwege nach 8 Uhr abends rabelte der Kolonialwarenhandlcr in kurzer Entfernung hinter seinem Bruder her. Unmittelbar vor dem Dorfe wurde er plötzlich in der Dunkelheit vom Rade gestoßen. Als er sich aufriffte und auf den Angreifer zuging, schoß dieser auf ihn und traf ihn in den Hals. Die Kugel, ein Geschöß ganz kleinen Kalibers, blieb im Fleisch stecken und richtete keinen großen Schaden an. Behrends schwang sich wieder auf sein Rad und jagte seinem Bruder nach. Der Angreifer schoß noch einmal hinter ihm her, traf ihn aber nicht mehr. Der Angefallene machte sofort Anzeige bei der Ortspolizei. Der Wachtmeister suchte gleich die Chaussee ab und fand am Tatort einen Hut, den der Attentäter auf der Flucht zurückgelassen. Es ergab sich, daß er dem 24 Jahre alten Gelegenheitsarbeiter Späz aus Hennigsdorf gehört. Späz wurde noch im Laufe der Nacht in seiner Wohnung verhaftet. Was ihn zu dem Anschlag getrieben hat, weiß man noch nicht bestimmt. Wahrscheinlich hat er vermutet, daß Behrends von der Testamentseröffnung Geld mitbringe, und die Absicht gehabt, ihn dessen zu berauben.

Die in Heiligensee von einem Bierkutscher gemachte Anzeige von einem neuen Anschlag zwischen Schulzendorf und Heiligensee ließ es für nötig erscheinen, eigens einen Kriminalkommissar vom Berliner Polizeipräsidium dorthin zu entsenden. Dieser hat jetzt festgestellt, daß die Angaben des Kutschers frei erfunden sind. Schon am „Tatort“ verwickelte sich der Kutscher in Widersprüche. Bei der Anzeige behauptete er, daß das Drahtseil, das er mitbrachte, an einer Birke und einem anderen Baume befestigt gewesen sei. Als sich aber an der von ihm näher bezeichneten Stelle ergab, daß der Draht nicht ausreichte, um von einem Baum zum anderen gezogen zu werden, kam er mit der Behauptung heraus, daß er an den beiden Brückengeländern angebunden gewesen sei. Obwohl man ihm diese Widersprüche entgegenhielt, blieb er bei seiner Behauptung, daß er das Drahtseil losgelöst habe. Durch Zeugenvernehmungen und eingehende Ermittlungen wurde aber jetzt einwandfrei festgestellt, daß die Angaben des Kutschers nicht stimmen. Wegen dieses wird deshalb Anzeige wegen großen Unfugs erstattet werden.

Eine öffentliche unpolitische Versammlung für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen findet heute, Freitag, abends 1/9 Uhr, in Reilers Festalen, Kopenstr. 29, statt. Tagesordnung:

„Die wahren und falschen Freunde der arbeitenden Jugend“. Referent: Max Peters. Freie Aussprache. Da sowohl zahlreiche christliche und sogenannt nationale Vereine die Arbeiterjugend in ihre Reize zu locken suchen und Jungendlichen Land und Pfadfindervereine mit ihrem abgeschmackten kriegerischen Alimbin den Sinn für alles Eble und Schöne zu erlöfen drohen, gilt es, auf dem Posten zu sein und alles einzusetzen für die freie Jugendbewegung. Sorge daher jeder für einen Massenbesuch der heutigen Versammlung.

Selbstmord eines Bankiers.

In seiner Wohnung in der Großbeerenstr. 16 hat am Mittwochmorgen der Bankier J. Koffke, der Inhaber des Bankgeschäfts J. L. Koffke, Selbstmord durch Erschießen versucht. Ueber den Grund zur Tat erfahren wir folgende Einzelheiten: Koffke, der die seit dem Jahre 1894 bestehende Firma leitete, betrieb in der Großbeerenstraße ein kleineres Bankgeschäft, das nur einen geringen Kundenkreis, größtenteils aus Rentiers und Kaufleuten bestehend, besaß. Die Firma erfreute sich eines guten Rufes, der Inhaber selbst galt als ein durchaus solider, vertrauenswürdigster Mann. Er arbeitete mit mehreren Großbanken, die ihm einen feinen Geschäftskredit einräumten. Die Firma prosperierte bis zum Anfang des türkisch-italienischen Krieges, dann aber geriet sie in Schwierigkeiten, da sich Koffke in türkischen Werten stark engagiert hatte. Er geriet in Zahlungsschwierigkeiten, die er jedoch sorgfältig zu verbergen wußte, um den Kredit bei den Großbanken nicht einzubüßen. Um seinen Verbindlichkeiten gerecht zu werden, griff der Bankier die Depots seiner Kunden an, um sich für einige Zeit über Wasser zu halten. Kamentlich als die Friedensverhandlungen im türkisch-bulgarischen Kriege in London begannen, schloß er wieder Hoffnung und engagierte sich wieder in türkischen Werten. Als der Balkankrieg dann wieder begann, brach die Katastrophe über das Bankgeschäft herein. Koffke suchte sich dadurch zu retten, daß er das gesamte Vermögen seiner Frau und das Erbeil seiner Kinder von den Großeltern in das Geschäft einlegte und zudem von seinen Verwandten größere Mittel in Anspruch nahm. Aber auch diese Opfer vermochten den Zusammenbruch nicht aufzuhalten. Koffke äußerte wiederholt zu seiner Gattin, daß der Balkankrieg ihn vollständig ruiniere und ihn zum Selbstmord treibe. Infolgedessen überwachte Frau K. ihren Gatten sorgfältig. Um die Vermögensdifferenzen des Februars zu regulieren, besuchte der Bankier noch einmal von seinen Verwandten Geld aufzutreiben, jedoch ohne Erfolg. Mittwochmorgen erschien im Bureau einer der Kunden, ein in Berlin lebender Rentier Sch. und wollte aus seinem Depot die Summe von 4000 M. abheben. Der Geschäftsführer konnte jedoch die Auszahlung nicht vornehmen, da er in der Kasse nur wenige hundert Mark Geld hatte. Infolgedessen begab sich der Rentier Sch. in die Wohnung des Bankiers, um mißtrauisch geworden, die Vorzeigung der anvertrauten Effekten zu verlangen. Hier erfuhr er zu seinem größten Schrecken, daß der Bankier nicht mehr im Besitz der Wertpapiere sei. Koffke erklärte auch offen, daß er keine Hoffnung mehr habe, die veruntreuten Summen zurückzahlen zu können. Daraufhin erstattete der Geschädigte bei der Kriminalpolizei eine Anzeige. Koffke, der diesen Schritt des Betroffenen wohl vorausgesehen hatte, schloß sich in seinem Arbeitszimmer ein und idete sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Die Verhältnisse in der Firma sind durch falsche Buchungen Koffkes derartig verwirrt, daß im Augenblick kaum die Höhe der Unterzahlungen zu beziffern ist. Sie dürfte jedoch nach oberflächlicher Schätzung die Summe von 200 000 M. übersteigen. Die Geschädigten wurden gestern vormittag von dem Geschäftsführer des Bankhauses aufgefordert, um sich über die weiteren Schritte zu äußern.

Ein Säurespreiter treibt gegenwärtig in der Gegend des Rosenhahner Lozes sein Unwesen. Der Wursche hält sich hauptsächlich an den Straßenbahnhaltestellen auf und zwar zu den verkehrreichen Morgen- und Mittagshunden, wenn die zahlreichen Angestellten nach den Geschäften fahren. In dem dann an den Haltestellen herrschenden Gedränge mißt sich der Unhold unter die Fahrlustigen, tut so, als ob er ebenfalls den Wagen besteigen wolle und versteht es dann, unbemerkt den Fahrgästen eine ägende Flüssigkeit auf die Kleidung zu spritzen, die, da es sich um Nitritol handelt, vollständig vernichtet wird. Bisher sind bereits acht Anzeigen über derartige Attentate bei der Polizei eingelaufen. Erst gestern mittag wurde einem Kaufmann L. aus der Königgräber Straße, der in der Lothringer Straße einen Straßenbahnwagen der Linie 1 bestiegen hatte, durch ein derartiges Attentat der Mantel und das Jackett beschädigt.

Ueber einen Doppelselbstmord wird aus der Kopenstraße berichtet. Dort wohnte im Quergebäude des Hauses Nr. 95, ganz zurückgezogen, der 56 Jahre alte Photograph H. mit seiner 57 Jahre alten Ehefrau. Die Leute hatten eine ganz kleine Wohnung inne und lebten auch scheinbar in sehr ärmlichen Verhältnissen. Da die Hausbewohner das Ehepaar bereits seit 14 Tagen nicht gesehen hatten, schöpften sie Verdacht und teilten dies der Pförtnerin mit, die daraufhin die Polizei benachrichtigte. Als ein Schlosser die Tür geöffnet hatte, fand man das Ehepaar tot auf. Im Bette liegend hatte es aus einer Lasse ein starkes Gift getrunken, das den sofortigen Tod herbeiführte. Nach dem Befunde sind die Eheleute schon seit 14 Tagen tot. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Strassenbahnunfälle. Gestern mittag gegen 12 Uhr wollte ein Fräulein Heida Henke am Kurfürstendamm nahe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche einen Straßenbahnwagen an der Haltestelle besteigen, wurde jedoch von einem Müllwagen der Firma Anauer umgefahren und überfahren. Die Verletzte, die einen Bruch des rechten Ober- und Unterschenkels, sowie einen doppelten Armbruch davongetragen hatte, wurde nach dem Kreiskrankenhaus in Groß-Lichterfelde übergeführt. — In der Velle-Allianzstraße an der Ecke der Zeltower Straße wollte der achtjährige Schüler Hans Kaufmann unmittelbar vor dem Motorwagen 1857 der Linie 73 (Richtung Mariendorf) die Gleise überqueren, kam jedoch zu Fall und geriet unter den Vorderperron. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagen angehoben und das Kind, das mit dem rechten Arm unter den Schuttrahmen gekommen war, hervorgezogen. Der kleine K. erlitt einen Bruch des rechten Oberarms sowie mehrere Quetschwunden und wurde nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Der Sängerkor „Vorwärts-Südost“ (Gau Berlin) Chorleiter Herr Otto Kowalski, veranstaltet am Sonntag, den 9. März, in Kellers Festsaal, Kopenstraße 29, einen Wiederabend. Mitwirkende sind: Frä. Lily Elise Pieschel (Soubrette), Herr Armin Liebermann (Violon-Cello) Eintritt 60 Pf. Eröffnung 8 Uhr. Anfang 8 Uhr. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. Nachdem Ball ohne Nachzahlung.

Zeugen gesucht. Am 20. Februar, abends gegen 7 Uhr, wurde der Sattler Hermann Rönisch in der Frankfurter Allee, in der Nähe der Königsberger Straße, von einem Postwagen angefahren. Zeugen dieses Vorfalls werden gebeten, ihre Adresse anzugeben an Herrn Emil Rönisch, O. 112, Gabelsbergerstr. 4 II. — Von einem Müllwagen angefahren wurde am 10. Februar, mittags 1 Uhr, ein Arbeiter am Chamissoplatz. Zeugen werden um Abgabe ihrer Adresse an R. Riethmüller, Kloodenstr. 6, Hof II, gebeten.

Ueber Alkoholismus und Alkoholkapital spricht Reichstagsabgeordneter Georg Davidsohn heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf-Palensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zu Beginn der Sitzung am Mittwoch widmete der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Koch dem verstorbenen Oberbürgermeister Schusterz und den bei Helgoland verunglückten Angehörigen der Marine einen

Nachruf. Unter den geschäftlichen Mitteilungen, von denen der Stadtverordnetenvorsteher Johann der Versammlung Kenntnis gab, ist ein Schreiben der Regierung hervorzuheben, worin erklärt wird, daß die gegen den Wunsch der Wilmerdorfer Arbeiterschaft beschlossene Landkrankenliste genehmigt worden ist. Wilmerdorf hat es hiermit glücklich dahin gebracht, in Groß-Berlin die einzige Gemeinde zu sein, die in der Sozialversicherung eine Einrichtung geschaffen hat, deren Mitglieder kein Bestimmungsrecht haben. Selbst die Kreise Teltow und Niederbarnim haben bekanntlich von der Errichtung einer Landkrankenliste nichts wissen wollen.

Der Haus- und Grundbesitzerverein Wilmerdorf am Kurfürstendamm hatte in einer Petition um Errichtung eines Instituts zur Vergabe von ersten und zweiten Hypotheken bis zur Winderhöhe von 80 Proz. des Grundstückswertes ersucht. Stadtverordneter Schröder bemerkte hierzu, daß auch die Sozialdemokratie den Wucherpraktiken im Grundstückswesen entgegenzutreten wolle, daß andererseits aber auch von den Hausbesitzern bestimmte Sicherungen zu verlangen seien. Vor allem dürften nur gesundheitlich einwandfreie Wohnungen städtische Hypotheken erhalten, wie denn überhaupt die vorliegende Frage am besten in Gemeinschaft mit der Einrichtung einer energischen Wohnungsinspektion geregelt werde. Die Angelegenheit wurde einem Ausschuss überwiesen.

Als nunmehr die Magistratsvorlage betreffend Einstellung eines Betrages von 6000 M. in den Voranschlag für 1913 als Zuschuß für das Säuglingsheim des Vaterländischen Frauenvereins zur Beratung kam, schloß Stadtv. Schröder sich dem Verlangen an, die Summe sofort, ohne daß die Sache erst an den Finanzausschuss verwiesen werde, zu bewilligen. Es sei zwar die Pflicht der städtischen Körperschaften, die Wohlfahrtspflege selbst in die Hand zu nehmen und sie nicht privaten Vereinen zu überlassen; aber da nun einmal die Stadtverordnetenversammlung in Uebereinstimmung mit dem Magistrat auf die berühmte freie Liebestätigkeit schwäre, dürfe man nicht die Funktion einer für den unbemittelten Teil der Bevölkerung notwendigen Einrichtung zeitlich in Frage stellen. Es wurde aber dennoch gegen eine erhebliche Rinderheit beschlossen, die Position dem Finanzausschuss zu überweisen.

Die hierauf folgende zweite Lesung des Etats ging verhältnismäßig schnell vonstatten. Die allgemeinen Angelegenheiten der Stadt waren in der ersten Lesung erörtert worden und der Streit um Einzelpositionen hatte die Ausschüsse mehr oder weniger gründlich beschäftigt. Einzige bei der Krankenhausfrage kam es zu einer eingehenden Auseinandersetzung. Vor einigen Wochen war ein Dienstmädchen, das im Hause ihrer Herrschaft heimlich ein totes Kind zur Welt gebracht hatte, mit dem Verlangen von einem Krankenhause zum anderen gebracht worden, ohne daß es irgendwo Aufnahme finden konnte. Schließlich kam die Unglückliche wieder bei der Herrschaft an. Dieser Fall gab hinsichtlich zu wohlbedachten Fragen Anlaß. Selbstverständlich war man am Magistratsrat die Auffassung, daß in bureaukratischer Ordnung alles korrekt zugehe und der städtische Krankentransport ausgezeichnet funktioniere. Einige Vertreter der großen Fraktion sprangen dem Magistrat mit einem Appell an den Sozialpatriotismus zur Seite; es diene nicht den Wilmerdorfer Interessen, wenn ein Einzelfall aufgeschoben und gegen die Gemeinde ausgebeutet werde. Stadtv. Schröder hob diesen Einwendungen gegenüber hervor, daß es trotz aller amtlichen Korrektheit an irgend etwas fehlen müsse; vor allen Dingen sei es bei dem nun einmal bestehenden Mangel eines städtischen Krankenhauses die Pflicht der vom Magistrat eingesetzten Behörde, den Krankentransport zu dirigieren; überlasse man die Erledigung nach einem freien Willen den ohnehin aufgeregten Angehörigen eines etwa plötzlich Verunglückten, so träten sehr oft Klämme, die Stadt beschämende Folgen ein. Auch die Stadtv. Raß und Wüchtmann gingen dem Magistrat in der Krankenhausfrage energisch zu Leibe und befürworteten einen auf Errichtung einer Notbarade abzielenden Antrag. Ein Mitglied der Krankenhausdeputation, der Arzt Prof. Weber, teilte der Stadtverordnetenversammlung die Neuigkeit mit, daß der Plan, das städtische Krankenhaus im Grunewald zu errichten, nicht verwirklicht werden könne; das Gebäude werde im Weichbild der Stadt zu stehen kommen. In der Voradenfrage war Prof. Weber der Meinung, daß durch eine provisorische Station, in der nicht alle Hilfsmittel zur Verfügung ständen, dem Kranken oft mehr Schaden als Nutzen zugefügt werde. Nachdem Stadtverordneter Dr. Leidig noch einige Aeußerungen getadelt hatte, mit denen sein Parteigenosse Stadtverordneter Stadthagen in Charlottenburg den Wilmerdorfer Anzuträglichen entgegengetreten war, überwiegen man den fortschrittlichen Antrag einem Ausschuss von 13 Mitgliedern. Die übrigen Sätze des Etats wurden ohne Debatte erledigt.

Dem Finanzausschuss wurde eine Magistratsvorlage überwiesen, die die Genehmigung der Baupläne und die Bewilligung der Mittel für die Errichtung einer Leichenhalle mit Krematorium und einer Leichenhalle empfahl.

Eine weitere Magistratsvorlage verlangte, daß auf dem städtischen Friedhof nach Berliner Muster die Ruhezeit von 30 auf 20 Jahre für die Leichen Erhöht werden und von 20 auf 12 Jahre für die Leichen von Kindern herabgesetzt werde. Stadtv. Holschein wandte sich gegen die Vorlage mit dem Einwand, daß man das Gefühl der Winderbemittelten schonen müsse. Diese Fürsprache veranlaßte den Stadtv. Schröder darauf hinzuweisen, daß die von ihm vor kurzem geringe Insulte, die Leiden Armer vom Keller aus zu Grabe tragen zu lassen, ohne Zweifel das Empfinden der Bevölkerung ärger verletze hätte, als die jetzt zur Beratung stehende Vorlage, mit der man sich im großen ganzen einverstanden erklären könne. Ueberdies wäre den Verstorbenen weit mehr um Verrückung ihrer Rechtslosigkeit im Leben als um die Wahrung der Pietät im Grabe zu tun. Auch diese Vorlage ging an einen Sonderausschuss.

Zum Schluß überwiegen die Versammlung eine Magistratsvorlage, wonach Pflegekinder auch dann als hilflosbedürftig angesehen werden sollen, wenn sie ein Vermögen bis zu 300 M. besitzen, dem Finanzausschuss.

Aus einer Anzahl Resolutionen, die gelegentlich der Etatsberatung Annahme fanden, heben wir eine hervor, die auf Erweiterung des orthopädischen Turnunterrichts in den städtischen Schulen abzielt.

Zur Landtagswahl. Am heutigen Freitag, nachmittags von 3 bis 8 Uhr, haben die Wähler des 30. Bezirks nochmals zur Wahl zu schreiten, da auch der zum Wahlmann gewählte Ingenieur Ehl die Wahl abgelehnt hat. Wir ersuchen die im Bezirk wohnenden Parteigenossen, sich die Mühe nicht verdrießen zu lassen und nochmals im Restaurant Groß, Kaiserplatz 14, für unseren Kandidaten Restaurateur Stramm, Durlacher Str. 7, die Stimme abzugeben. Wer bei der Wahl helfen kann, muß im Lokal von Stramm möglichst zeitig anwesend sein.

Sichtenberg.

Der neue Etat für 1913 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 24 207 200 M. gegen 17 298 854 M. nach dem vorjährigen Anlaß. Beträchtliche Summen sind für die Erweiterung der städtischen Werke vorgesehen. Ein am Blodammweg neu zu errichtendes Gaswerk soll allein 3-4 Millionen Mark kosten. Das Anknüpfen der Abflusssysteme erklärt sich jedoch in der Hauptsache aus der Vereinigung Sichtenbergs mit Mummelsburg. Der jetzige Etat ist der erste, der beide Gemeinden zusammenfaßt. Bisher bestanden noch gesonderte Etats. Die ordentliche Verwaltung beansprucht 224 848 M. mehr, die persönlichen Ausgaben erfordern allein 66 114 M. mehr, insgesamt für 1913 813 890 M. Der Etat der Hochbauverwaltung erhöht sich von 42 237 auf 77 300 M., der der Tiefbauverwaltung ermäßigt sich von 161 460 M. auf 135 900 M. Beim Etat des Fleißbeschauamtes ist eine Erhöhung um 12 599 M. auf 54 279 M. vorgesehen. Die Fleißbeschau soll 7000 M., die Zeichnungsbüro 12 500 M. mehr erfordern als im Vorjahre. Der Zuschuß bei der Verwaltung der

Gebäude und Grundstücke erhöht sich um 20 076 M. auf 60 000 M. Mit einem Mehr von 401 930 M. steigt der Zuschuß bei der Kapital- und Schuldverwaltung auf 1 246 000 M. Die Verzinsung und Tilgung der Anleihen erfordern 3 038 684 M., 578 810 M. mehr als wie im Vorjahre nötig waren. Obwohl allein an Lehrergehältern 128 615 M. mehr aufgewandt werden müssen, ergibt sich beim Etat der Volksschulen, bei einer Gesamtausgabe von 1 519 800 M., gegen das Vorjahr eine Ersparnis in Höhe von 31 750 M. Sie erklärt sich durch den Fortfall von 158 515 M. für Zins- und Tilgungsbeträge aus Anleihen für Mummelsburger Schulgrundstücke und durch Uebernahme von rund 35 000 M. Unterhaltungskosten auf den Etat der Grundstücke und Gebäude. Die Gesamtleistung an Zinsen und Amortisation für Anleihen zu Schulzwecken beträgt für 1913 356 692 M. Beim Realgymnasium erfordern die Gehälter 100 457 M., gegen das Vorjahr 15 237 M. mehr. Das Jahr-Realgymnasium beansprucht 140 550 M. — 39 750 M. mehr als im Vorjahre. Bei einem Mehr von 7457 M. erreichen die Gehälter die Summe von 130 772 M. Mit einer Mehrausgabe in Höhe von 113 200 M. schließt der Etat des Cecilian-Bezirks; für das Pestalozzi-Bezirk sind 20 055 M. mehr, insgesamt 121 100 M. aufzuwenden. Die Anabermittelschule erfährt mit 68 200 M., 18 240 M. mehr als im Jahre vorher. Dagegen werden für die gewerbliche Fortbildungsschule nur 4 665 M. mehr vorgesehen, 38 200 M. insgesamt, obwohl für Besoldungen 6 500 M. mehr verlangt werden. Die geplante Mädchenmittelschule paradiert auch schon im Etat; es werden dafür 9000 M. verlangt. Auch der Jugendpflege ist ein besonderer Etatstitel gewidmet; die Ausgaben sollen 4500 M. betragen, 3000 M. davon sind als „persönliche Ausgaben“ eingestellt. Die Staatsbeiträge betragen 2000 M. Das andere kommt auf die Rechnung der Allgemeinheit. — Nennlich dürftig ist der Armenetat ausgestattet, er litt unter dem Sparsieker. Der Zuschuß erhöht sich gegen das Vorjahr nur um 7625 M. auf 285 700 M. Die Gesamtausgabe beträgt nach dem Voranschlag 385 100 M. Die sonstige Wohlfahrtspflege soll noch 37 000 M. kosten dürfen, danach würde der Zuschuß sich gegen das Vorjahr um 393 M. erhöhen. Die Friedhofsverwaltung arbeitet mit steigenden Ueberflüssen; im vorigen Jahre waren es nur 15 088 M., im laufenden Jahre soll das Sterben 17 900 M. Ueberflüssig für den Stadtsäckel abwerfen. Das Kapitel der Steuerverwaltung schließt mit einem Ueberflüssig in Höhe von 5 144 800 M., das sind 692 890 M. mehr als im Vorjahre. Den Ausgleichsfonds müssen zu diesem Zwecke aber 70 000 M. entnommen werden. Von dem Ueberflüssig entfallen sodann 1 825 165 M. auf die städtischen Werke, die mit dieser Summe 733 464 M. mehr abstoßen, als im Jahre vorher. An Umsatzsteuer sind 21 000 M., an Wertwachstumssteuer 57 975 M. weniger vorgesehen. Immer noch nicht hat man sich dazu verstehen können, auf die Gemeindesteuer von den fingierten Sägen von 4 M. zu verzichten. 26 000 M. sollen die Armen dieser Steuergruppe aufbringen. Insgesamt soll die Einkommensteuer 1 820 000 M., 140 000 M. mehr als im Vorjahre erbringen. Der Ertrag der Gemeindesteuer bleibt demnach um rund 1/2 Mill. M. hinter den Ueberflüssig aus den städtischen Werken zurück. Im Kapitel der Außerordentlichen Verwaltung sind 300 000 M. für den Rathaus-erweiterungsbaue und 150 000 M. für die Errichtung einer Stadthalle vorgesehen, ferner 1/2 Millionen Mark zum Zwecke der Verstärkung der Betriebsmittel des Grundstücksverwaltungsamtes. Für Straßbauarbeiten im vorigen Jahre 607 400 M. vorgesehen, diesmal 0 M. Dem Etat merkt man es an: er sollte mit 100 Prozent balanciert werden.

Mariendorf.

Mit der Beratung des Etats beschäftigt sich die letzte Gemeindevertreterversammlung. Der Gesamtetat balanciert im Ordinarium in Einnahmen und Ausgaben mit 1 343 900 M. gegen 1 170 544 M. im Vorjahre. An direkten Steuern sind veranschlagt 820 000 M. (773 880 M.), indirekte Steuern 172 470 M. Das Extraordinarium balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 1 443 000 M. Da der bisherige Steuerzuschlag von 110 Proz. nicht überschritten werden soll, ist der ganze Etat mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt.

Genosse Weber beantragte, zunächst in eine Generaldebatte über den Gesamtetat einzutreten. — Gemeindevorsteher Sauer befürwortete die Verweisung an eine Kommission; dieselbe werde zu prüfen haben, ob es möglich sei, den Etat so zu gestalten, daß eine Entlastung des Haus- und Grundbesitzes möglich werde. Beide Anträge wurden abgelehnt und es erfolgte sofort die Spezialdebatte. Beim Kapitel I, Allgemeine Verwaltung, wendete Genosse Reichardt sich dagegen, daß die Kirchensteuer durch die Gemeinde eingezogen werden sollen. Gleichfalls ersuchte er, die Kosten für Anschaffung von Polizeibanden zu streichen. Er schloß sich hierbei auf ein Gutachten des Polizeileutnants Wolf laut Bericht des „Berliner Tageblatt“ vom 1. März 1913. Sodann sprach sich Redner für den Pensionsfonds für die Arbeiter aus. Genosse Weber beantragte bei der Position Druckmaschinen, nur solche Firmen zu berücksichtigen, welche der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe angehören. Die Anträge unserer Genossen wurden von der bürgerlichen Mehrheit natürlich abgelehnt; speziell sind es die Herren Sauer und Direktor Pohmer, welche von Tarifgemeinschaften und Verbänden nichts hören wollen. Das Kapitel I, Allgemeine Verwaltung, erfordert an Ausgaben insgesamt 268 543 M. gegen 212 087 M. im Jahre 1912. Kapitel II behandelt das Reform-Realgymnasium nebst Realschule. In Einnahmen dafür sind angelegt 16 131 M. gegen 18 546 M. im Jahre 1912. Demgegenüber ist eine Ausgabe von insgesamt 73 040 M. angelegt gegen 80 088 M. im Jahre 1912. Genosse Weber fragte an, ob die 10 Proz. der vorgesehenen Freistellen voll ausgenutzt werden; nach seiner Berechnung kostet ein Schüler des Gymnasiums der Gemeinde rund 356 M. Eine Schülerin des Lyzeums verursacht der Gemeinde eine Ausgabe von circa 115 M. Genosse Weber beantragte hierzu, die vorgesehenen Freistellen von 5 auf 10 Proz. zu erhöhen; der Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. — Beim Kapitel IV, Gemeindefschulen, forderte Genosse Weber Feststellungen über die Schülerzahl sowie auch darüber, wie hoch der Gemeindefschüler gegenüber dem Gymnasialschüler den Etat belaste. Er vermittelte ferner den Bericht der Schulärzte; auch seien keine Mittel für Schulspeisung vorgesehen. Der Gemeindevorsteher bemerkte, daß eine Schulspeisung nach den eingegangenen Berichten sich nicht als notwendig herausgestellt habe. Der Antrag des Genossen Weber wurde hierauf abgelehnt. Bei Beratung darüber, ob aus dem Pensionsfonds der Lehrpersonen für das Reform-Realgymnasium eine Summe von 2500 M. für die Errichtung einer Schulambulanz in Einnahme zu stellen sei, erließen Herr Direktor Pohmer auf dem Plan, der meinte, die Gemeinde habe für solche Sachen kein Geld übrig; das Geld solle dem Pensionsfonds erhalten bleiben. Die Krankenkassen hätten nach Ansicht dieses Herrn die Verpflichtung, die Familienunterstützung einzuführen und die Jahrspeise der Kinder zu übernehmen. Die Genossen Weber und auch Reichardt traten dem Herrn Direktor entgegen. Der Antrag Pohmer wurde hierauf mit Stimmengleichheit abgelehnt, wobei die Stimme des Vorstehers den Ausschlag gab. — Nun hatte die Geduld der bürgerlichen Vertreter ein Ende; Herr Koas stellte den Antrag, die Weiterberatung des Etats zu verlegen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. — Das Kapitel der Gemeindefschulen sieht eine Einnahme von 10 550 M. vor gegen 8065 M. im Vorjahre; dem steht eine Ausgabe von 206 881 M. (170 831 M.) gegenüber.

Schöneberg.

Der Vorkonzertabend der Stadt Schöneberg, der am Sonntag, den 9. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Belgier Str. 48-50, stattfand, soll der Einnahme die Aufmerksamkeit der Komponisten Franz Schubert gewidmet sein. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Frau Inah Goll (Sopran), Konzertfängerin; Frau Alice Kahler, Klavier; Herr Prof. Heinrich Soproni, Violine; Herr Werner Göbde, Viola; Frau Nina Guber-Welden, Violoncell; Herr Prof. Max Etiblich, Kontrabaß. Eintrittspreis einschließlich Programm 35 Pf. Verkaufsstellen: in der Konjungenossenschaft, Apostel-Paulus-Str. 40, und Zeitungs-Expedition, Martin-Luther-Str. 69.

Treptow.

Jährliche Klagen kommen aus den Kreisen der Gemeindearbeiter. Der Gemeindevorstand hat es abgelehnt, mit der Organisation der Arbeiter über die Beseitigung der Klagen und Mängel zu verhandeln. Neben Mängeln der Dienstleistung ist es besonders die Lohnfrage und die Behandlung durch die Vorgesetzten, die den Arbeitern zu Klagen Anlaß geben. Vor mehreren Jahren, so schreibt man uns, schied die Gemeindeförperschaft den Minimallohn der Gemeindearbeiter auf 45 bzw. 47 1/2 Pf. pro Stunde fest; trotzdem stellen die Verwaltungen sämtliche Arbeiter nur mit 40 Pf. Stundenlohn ein. Das Ansehen in der etatsmäßigen Löhne ist vollständig in das Belieben der Vorgesetzten gegeben. Im Winter bei verkürzter Arbeitszeit wird den Friedhofsarbeitern der Lohn gekürzt. Ein Verfahren, das einer Gemeinde wirklich nicht zum Ruhm gereicht. Die Arbeiter reichen diese und noch einige andere Beschwerden ein und ersuchen um Abhilfe. Die Ablehnung zu verhandeln war die erste Antwort, die andere die Entlassung einer Anzahl Arbeiter, darunter Familienväter, die schon 4 Jahre bei der Gemeinde tätig waren. Es werden angeblich Ersparnisrücksichten als Ursache angegeben. Die Arbeiter sind anderer Meinung. Abgesehen davon, daß eine Gemeinde erst zu allerletzt zu derartigen Maßnahmen greifen sollte, ist die Auffassung unter den Arbeitern verbreitet, daß Ersparnisse sehr gut an anderer Stelle gemacht werden könnten. Geldverschwendung ist es, wenn in der Straßenreinigung hinter einer Arbeiterkolonne von fünf Mann drei zweispännige Abfuhrwagen fahren, natürlich meistens leer. Ein Wagen würde vollständig genügen. Eigentlich müßte der aufsichtführende Beamte über diesen Zustand unterrichtet sein; das läge allerdings im Interesse der Gemeinde. Herr Straßenaufsicht Fleischer strebt nach anderen Vorbehalten. Er hat sich namentlich die Befämpfung der Arbeiter als erstrebenswertes Ziel gesetzt. Seit Monaten ging schon die Drohung mit der Entlassung um. Als das nichts half, griff der Herr zu kräftigeren Mitteln. Herr H. ist Führer der „Freiwilligen“ Feuerwehr, der anzugehören „Pflicht“ der Gemeindearbeiter ist. Hier erschien ihm eine Möglichkeit, die Arbeiter, denen er in der Arbeit nicht bekommen konnte, zu strafen. Unter anderem bediente der Herr sich auch recht sonderbarer Ausdrücke gegen die Arbeiter. Wir können kaum annehmen, daß die Gemeindeverwaltung ein derartiges Gebahren billigt. Als sich einer der entlassenen Arbeiter, der nebenbei vier Jahre im Dienst stand, nach dem Grunde seiner Entlassung erkundigte und dabei darauf hinwies, daß doch noch jüngere und unbedeutendere Arbeiter da wären, erklärte ihm ein Beamter offen, daß seine Beschwerde über Herrn H. die Ursache seiner Entlassung sei. Jährlich sind auch die Beschwerden, die aus dem Feuerwehrverhältnis der Arbeiter stammen. Aufgabener unter Genossen in der Gemeindeverwaltung wird es sein, die Gemeindeverwaltung zu interpellieren, ob sie von solchen Klagen Kenntnis hat und was sie zur Abhilfe derselben zu tun gedenkt.

Eichwalde.

In einer öffentlichen Gemeindevorstandssitzung besprach Genosse Klitz die bevorstehende Gemeindevorstandswahl im Lichte der letzten Ereignisse am Orte. Die Gemeindevorstandswahl war schriftlich eingeladen, hatten aber den besseren Teil der Loyalität gewählt. Sowohl der Referent wie auch die Diskussionsredner, darunter mehrere Herren aus hiesiger Partei, übten scharfe Kritik an dem Gebahren der Delegierten des Grundbesitzervereins im Dorparlament und empfahlen die Wahl unabhängiger, nur das Interesse der gesamten Gemeinde im Auge habenden Männer. Für die 1. und 2. Klasse wurde der Genosse Janiszewski und für die 3. Klasse der Genosse Alfred Wendt als Kandidat aufgestellt. Die Wahl findet nach den vom Grundbesitzerverein versandten Zuschriften an die Wähler am 7. März statt, der genaue Termin ist aber der Öffentlichkeit vom Gemeindevorstand noch nicht bekanntgegeben.

Petershagen bei Frederiksdorf.

In der Gemeindevorstandssitzung wurden die für den Bau der Zeichenhalle eingegangenen Kostenschätzungen geprüft, da dieselben jedoch alle mangelhaft waren, wurde die ganze Sache zurückgestellt. Für den Bau selbst soll eine Anleihe von 8000 M. beantragt werden. Die bei Einführung der Wasserleitung zur Erhebung kommenden Sätze sollen nicht, wie in den Bedingungen angegeben war, in der I. Klasse (Häuser mit mehr als 6 bewohnbaren Räumen) 15 M.; in der II. Klasse (Häuser mit 1-6 bewohnbaren Räumen) 9 M.; in der III. Klasse (unbebaute Grundstücke) 9 M. betragen, sondern 12 M., 6 M. und 6 M. Da der Mindestverbrauch in Winter wohl nicht erreicht, im Sommer dagegen überschritten werden wird, soll der Durchschnittsverbrauch an Wasser zur Berechnung gelangen. Der Mindestverbrauch ist in Klasse I jährlich auf 200, in Klasse II und III auf 120 Kubikmeter festgesetzt.

Weißensee.

Wie die Große Berliner Straßenbahngesellschaft auf ihren Profit bedacht ist, hat die Gemeinde jetzt zur Genüge kennen gelernt. Vor circa 2 Jahren tauchte der Plan auf, daß die Gesellschaft einen großen Bahnhof errichten wolle, wenn man ihr das Gelände zur freien Verfügung stelle. Sofort wurde der „Großen Berliner“ ein 8 Morgen großes Terrain geschenkt, hieß es doch, daß durch die Unterbringung der Wagen anderer Linien ein Tag- und Nachtverkehr herrschen würde, auch würden die Angestellten hier Wohnung nehmen, so daß die Hausbesitzer auf ihre Rechnung kämen. Der Bahnhof ist längst fertig und in Betrieb genommen, bloß die damit verknüpften Versprechungen sind nicht eingehalten. Ein weiteres Beispiel für die Unzulanz der Gesellschaft: durch eine neu angelegte Straße nach Hohen-Schönhausen soll eine Straßenbahn geführt werden, die als rentabel erscheint, weil mehrere öffentliche Gebäude passiert werden und eine Verbindung der Nachbarorte Hohen-Schönhausen und Lichtenberg einen guten Verkehr sichern. Die „Große Berliner“ hat die Absicht, den Verkehr aufzunehmen gegen eine einmalige Abfindung von nicht weniger als 450 000 M.; nach ihrer Auffassung soll diese Summe nicht einmal ausreichen, um eine Rentabilität der Linie herbeizuführen, sie glaubt daher, daß sie der Gemeinde mit diesem Angebot noch besonders entgegenkommt. Damit noch nicht genug: Die Linie „Z“ wird laut Vertrag vom

Mitbahnpfad nach dem Amtsgericht verlängert. Hierbei wurde der Wunsch geäußert, daß auch alle anderen Linien, die in der Rennbahnstraße enden, bis zum Amtsgericht, Ecke Parkstraße, weitergeführt werden; dazu war allerdings die Verlängerung von circa 80-100 Meter Gleis nötig, damit die Wagen der Linie „Z“ auch direkt vom und zum Bahnhof geführt werden könnten. Diefem Wunsch will die Gesellschaft ebenfalls „gern“ willfahren, jedoch soll die Gemeinde 3000 M. dafür bezahlen. Die Einwohner der Gustav-Adolf-Straße, Heinersdorfer Straße und Lehderstraße hatten petitioniert, daß die von Berlin kommendenzüge nicht in der Prenzlauer Allee halten, sondern daß die Haltestelle nach der Gustav-Adolf-Straße verlegt werden möge; das macht eine Differenz von 80 bis 90 Metern aus. Zudem hat sich die Haltestelle vor Eröffnung der Heinersdorfer Linie stets an der gewünschten Stelle befunden. Die „Große Berliner“ hat nun den Petenten geantwortet, daß die Haltestelle vor der Heinersdorfer Weiche beibehalten werden müsse, da durch das mehrfache An- und Abfahren zu viel Stromverlust entstünde; die dadurch entstehenden Verluste könne die Gesellschaft unter keinen Umständen tragen. Aus diesen Beispielen ersieht man, daß die „Große Berliner“ den berechtigten Verkehrsbedürfnissen nur immer nach dem Profit abwägt; ein Entgegenkommen der Gemeindeverwaltungen dieser Gesellschaft gegenüber ist daher gar nicht am Platze.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Genosse Hiege beantragte den Punkt der nichtöffentlichen Sitzung: Zahlung einer Entschädigung für Ueberstunden an die Gemeindebeamten, in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, das wurde jedoch abgelehnt. Der Abänderung des Dienstvertrages für den Schöffen und Gemeindebaumeister Schulz, die Erhöhung der Pension betreffend, wurde zugestimmt. Dieser Punkt brachte die Vertretung in der nichtöffentlichen Sitzung in eine peinliche Situation, indem es zu einem schweren Konflikt zwischen dem Bürgermeister und dem Baumeister kam. Zum Schluß brachte Genosse Hiege mehrere Beschwerden über den Handarbeitsunterricht in den Gemeindegärten vor. Vom Bürgermeister wurde erklärt, daß die Vertretung an sich nicht berechtigt sei, in die inneren Angelegenheiten der Schule sich zu mischen, aber er werde die Angelegenheit der Schuldeputation unterbreiten. In der hierauf folgenden nichtöffentlichen Sitzung zog sich die Debatte über die Verlängerung der Siemensbahn nach Köpenick, sowie die Durchführung der Großen Berliner Straßenbahn durch die Germanenstraße bis nach 1/2 12 Uhr nachts hin.

Zachshausen i. M.

Gemeindevorstand. Wie früher berichtet, war in der dritten Abteilung seinerzeit der Schiffsbaumeister Schreiber mit einer Stimme Mehrheit als Gemeindevorstand gewählt worden. Die Giltigkeit dieser Wahl wurde durch unsere Genossen angefochten, weil der Wahlakt nicht korrekt verlaufen war. Der Bezirksausschuß erklärte nunmehr die Wahl für ungültig, worauf eine Neuwahl ausgeschrieben wurde. Bei derselben wurden von 118 abgegebenen Stimmen 80 für unseren Kandidaten, den Genossen Emil Kahl abgegeben, der somit als zweiter Genosse in die Gemeindevertretung seinen Einzug hält, sehr zum Aerger unserer Gegner, die sich mit Händen und Füßen seinerzeit bei der Frage der Giltigkeit der Wahl Schreibers für denselben einlegten.

In einigen Wochen stehen die Neuwahlen der turnusmäßig auslaufenden Gemeindevorstandswahl bevor. In der dritten Abteilung ist neu zu wählen Genosse Karl Leue. Zur jeder Wähler seine Pflicht, damit der Sieg abermals unser ist.

Ahrensfelde.

In einer Mitgliederversammlung der zu Oberhörsenweide und Friedrichsfelde gehörenden Landorte referierte am Sonntag Genosse Schmitt über die Technik der Landtagswahl. Die Genossen, fast durchweg ländliche Arbeiter, folgten mit großem Interesse den Ausführungen des Referenten. Der zahlreiche Besuch berechtigt zu den besten Hoffnungen auf den Ausgang der kommenden Landtagswahlen.

Friedrichsthal bei Dranienburg.

Einen schönen Erfolg können unsere Genossen verzeichnen. Während uns bisher nur ein Lokal zur Verfügung stand, sind jetzt sämtliche Lokale mit Saal frei. Hier zeigt sich wieder, daß alle behördlichen Maßnahmen gegen die Saalbesitzer, die nicht freigegeben hatten, nichts nützen, um diese zur behärdlichen Verweigerung ihrer Lokalitäten zu veranlassen. Man hat eben auch hier erkannt, daß mit derartigen Praktiken das Fortschreiten unserer Bewegung nicht gehemmt werden kann.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 23. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Karl Marx Bemerkungen. Von Gustav Estein. — Marx über Broudhon. Mit einer Vorbemerkung von R. Nizanoff. — Die Akkumulation des Kapitals. Von Otto Bauer (Wien). — Parteipolitik. Von R. Kautsky. — Literarische Rundschau: Hr. Saller, Regierungsrat, Ueber die Einführung von Lohndverträgen in den Großbetrieben des Maschinenbaus und verwandten Betrieben. Von ad. br. — Koliken: Die Dumawahlen. Die Schule und die psychopathischen Kinder. Von Gustav Major, Jirndorf. — Zeitschriften-Schau. Von a. a. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist soeben Nr. 12 des 3. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Volkrecht, Frauenrecht. — Laie Otto Peters. Von Kathilde Baum. — Vom politischen Wahlrecht der Frauen in Norwegen. Von Fernanda Nissen. — Vom Ursprung der Arbeit. Von Edgar Holmewald. — Fleischnot und Agrarier. Von H. B. — Von der Bewegung für das Frauenwahlrecht in Großbritannien. Von Marion Phillips.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 6. Nummer des 30. Jahrgangs 16 Seiten stark erschienen und bringt u. a. eine biographische Würdigung Franz Schuchmayers aus der Feder von Engelbert Wernerstorfer nebst vorzüglichem Porträt des ermordeten Arbeiterführers und einer photographischen Aufnahme seines unter ungeheurer Teilnahme vor sich gegangenen Leichenbegängnisses.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Mein erster Hund von R. Münzer. 4 Bde., geb. 5,50 M. Bild, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg. Geschäftsbericht des Zentralverbandes der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands 1912. 74 Seiten. 3. Ausgabe, Berlin, Engelauer 15.

Deutsche Meisterrolle. Ein Lebensbuch von Ed. Engel. 417 S. geb. 6. Westermann, Braunschweig.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 9. März: Wanderfahrt nach Strausberg—Gernsdorfer-Herzfelde—Rüdersdorf—Kallsee—Kranichsberge—Fichtensee—Ertner. Abfahrt 7 Uhr. (Fertigung) Schleiferei Bahnhof.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 9. März: Wanderung von Potsdam nach Siemenshöhe, Röhndorf: Abfahrt nach Potsdam Schleiferei Bf. 5,30, Charlottenb. 6,00. Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Neudöln. Sonntag, den 9. März: Wanderung nach Rahlow, Glasow, Blankenseer See, Krumme Lanke, Rahlow, Blankensee, Rahlow. Fahrgehalt 60 Pf. Abfahrt Bahnhof Neudöln 7,29 Uhr.

Marktpreise von Berlin am 5. März 1913, nach Ermittlungen des königl. Viehlprüfungsamts. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,54 bis 19,60, mittel 19,42—19,48, geringe 19,30—19,36. Roggen, gute Sorte 16,38—16,40, mittel 16,34—16,36, geringe 16,30—16,32 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,40—17,00, mittel 15,80—16,30, geringe 15,20—15,70. Hafer, gute Sorte 18,30—20,30, mittel 16,60—18,20 (ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speltdöbner, weiße 35,00—60,00. Linien 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbül.) 8,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kalle 1,60—3,20. Bänder 1,60—3,60. Dichte 1,60—2,80. Barfische 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Mele 0,80—1,50. 60 Stück Stroh 4,00—24,00.

Witterungsübersicht vom 6. März 1913.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Swinemünde	765	SW	5	5	Saparanda	732	SW	6	1
Hamburg	764	SW	3	3	Beltsburg	748	SW	4	1
Berlin	768	SW	7	7	Essen	764	SW	4	10
Frankfurt a. M.	771	SW	9	9	Übersee	750	SW	5	4
München	775	SW	3	3	Paris	771	SW	3	bed.
Wien	775	SW	5	5					

Wetterprognose für Freitag, den 7. März 1913.

Mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	5. 3. 4. 3.	5. 3. 4. 3.		5. 3. 4. 3.	5. 3. 4. 3.
	cm.	cm ³		cm.	cm ³
Remel, Müst	249 ⁺	-6	Saale, Großh.	114	+4
Bregel, Ansternburg	8 ⁺	+15	Havel, Spandau ²	75 ⁺	-1
Reichel, Horn	93 ⁺	-11	Havel, Rathenow ²	115	+1
Oder, Ratibor	100	+6	Spree, Spremberg ²	88	0
„ Krossen	101	-1	„ Beeskow	91	-1
„ Frankfurt	112	0	„ Ribben	173	+2
„ Wartenberg	46	+6	„ Ribben	268	+4
„ Rahnberg	45	+1	Havel, Wilmannssee	328	-2
„ Rahnberg	16	-2	„ Raub	154	-4
„ Rahnberg	-21	+8	„ Rahn	153	+1
„ Rahnberg	-144	+10	„ Rahn	84	+2
„ Rahnberg	120	-2	„ Rahn	161	+3
„ Rahnberg	103	-1	„ Rahn	81	+2

¹) + bedeutet Hoch, — Fall, — ²) Unterpegel. — ³) Bei Türlauf frei. — ⁴) Gießkanne. — ⁵) Gießkanne. — ⁶) Gießkanne.

Engelhardt
Specialhell
Ein
Qualitätsbräu



... .. *„... .. Brauereiwirtschaft ist unerschütterlich, in jeder Hinsicht gut belohnt und unbegrenzt im Aufbau.“*

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Für Wäsche und Hausputz unentbehrlich! **Henkel's Bleich-Soda** Henkel & Co. Düsseldorf. Seit 38 Jahren im Gebrauch und bestbewährt!

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Freitag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche unpolitische

Jugend-Versammlung

in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.

Tagesordnung:

Die wahren u. falschen Freunde der arbeitenden Jugend.

Referent: Max Peters. — Freie Aussprache.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint massenhaft in der Versammlung! Kein Jugendlicher darf fehlen!

Der Einberufer: Otto Büchner, Richthofenstr. 22.

Arbeiter des Südens!

Freitag, den 7. März cr., abends 8 1/2 Uhr, im „Hoffjäger-Palast“, Hasenheide 52:

Oeffentliche Versammlung des Hausarztsvereins (nur für Erwachsene).

Thema: „Wie erstreben wir die Gesundung des Proletariats?“ Referent: Dr. Moses.

Die Zentralkommission der Krankenkassen empfiehlt den Hausarztverein wie folgt: „Wir können Ihnen den Hausarztverein als vollständige Institution bestens empfehlen.“

Der Hausarztverein ist kein geschäftliches Privatunternehmen, sondern eine proletarische Vereinigung zu gegenseitiger Hilfe bei Erkrankungen der Familienangehörigen. Selbstverwaltung durch die Mitglieder. Für den geringen Beitrag von 25 Pfennig pro Woche sind die Frau und sämtliche Kinder versichert. Der Beitrag wird monatlich aus der Wohnung abgeholt.

Wir gewähren: nach 1 Monat freien Hausarzt, nach 6 Monaten freie Medizin bei akuten Erkrankungen u. viele andere Vorteile. Nähere Auskunft erteilen: für den Hausarztverein Neukölln der 1. Vorsitzende Aug. Kuhnert, Stuttgarter Str. 54; für den Süden die Vertrauensleute M. Thurm, Diefenbachstr. 18, A. Rösner, Hasenheide 7/8.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. — C. 54, Linienstr. 83/85.

Verwaltung: Teleph.: Amt Norden 1967. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1230, 9714.

Am Sonntag, den 9. März cr., nachm. 1 Uhr, findet im großen Saale der „Brauerei Friedrichshain“, Am Friedrichshain 16/23, die Fortsetzung der

Außerordentlichen General-Versammlung unserer Verwaltungsstelle

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Generalversammlung des Gesamtverbandes in Breslau. Mitgliedsbuch und Legitimationkarte ist vorzuzeigen. — Ohne dieses keinen Zutritt. Vertretung ist nicht zulässig.

Besondere Einladungen erfolgen nicht.

Sonnabend, den 8. März 1913, präzise nachts 12 Uhr:

Außerordentliche Mitgliederversammlung der Kino-Operateure Groß-Berlins

in Dwe. Augustins Festsälen, Dramienstraße 103.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um pünktliches Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend gebeten.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wietzky, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Dormag's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part.
Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Räderstraße 9
Fernsprecher: Amt Norden 6708

Maler! Achtung! Anstreicher!

Freitag, den 7. März 1913, abends 8 Uhr,

finden für

alle Maler und Anstreicher Groß-Berlins

Drei Versammlungen

statt, und zwar:

Für die Bezirke Osten, Nordosten, Lichtenberg und Weissensee

in den **Marine-Festsälen**, Berlin SO., Brandenburger Ufer.

Für die Bezirke Südosten, Süden, Westen, Wilmersdorf, Steglitz, Groß-Lichterfelde und Neukölln in **Kliems Festsälen**, Hasenheide 14/15.

Für die Bezirke Norden, Gesundbrunnen, Wedding, Moabit und Charlottenburg in den **Pharus-Sälen**, Müllerstr. 142.

Um eine Ueberfüllung der einzelnen Säle zu vermeiden, ersuchen wir die Kollegen, möglichst die Versammlung zu besuchen, die für ihren Bezirk angegeben ist.

Kollegen! Erscheint Mann für Mann in den Versammlungen, da es gilt, zu der Ausperrung der Unternehmer Stellung zu nehmen.

N. N.: H. Nietsch, Melchiorstraße 28.



Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, den 9. März.

1. Abt.: 1 Uhr: Fischgarten (Wilhelmsplatz).

2. Abt.: 1 Uhr: Dramienburg-Sandhausen (Waldplatz). 1 Uhr: Waldmannslust. 10/12

3. Abt.: 1 Uhr: Waldmannslust (Schweizerhäuser).

4. Abt.: 1 1/2 Uhr: Rausdorf (Hamanns Gesellschaftshaus).

5. Abt.: 1 Uhr: Bernau (Satzmann).

6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Wilhelmsdane (Gesellschaftshaus).

7. Abt.: 1 Uhr: Groß-Lichterfelde (Waldplatz).

8. Abt.: 1 Uhr: Jeschendorf (Wies).

9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Reinickendorf-Rosenhal (Reinick).

Starts an den bekannten Stellen.

Achtung! Angestellte der Stadt Berlin. Achtung!

Sonntagmittag, pünktlich 12 Uhr, im „Marinehaus“, Brandenburger Ufer 1:

Große Protest-Versammlung aller auf Privatdienstvertrag beschäftigten Angestellten.

Tagesordnung:

1. „Warum Gehaltsabzüge anstatt Zulagen?“

Referent: Redakteur Lehmann.

2. Freie Aussprache.

Jeder im Dienst der Stadtgemeinde beschäftigte Bureauangestellte ist hierzu freundlichst eingeladen.

Verband der Bureauangestellten
Ritter-Wilhelm-Str. 18 a.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Schirmmacher und Schirmnäherinnen.
Sonntag, den 9. März, abends 6 Uhr, in den „Rittersälen“, Ritterstraße 75:

Versammlung

aller Schirmnäherinnen und Schirmmacher sowie der in der Stock-Industrie beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Ritter über das Thema: Die Schäden der Heimarbeit — Die Lage der Schirmnäherinnen.

2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.

Näherinnen und Schirmmacher! Erfüllt eure Pflicht und agitiert mit allen Kräften für guten Besuch der Versammlung. Niemand fehle.

Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein.

Einsetzer. Die folgenden Bezirksversammlungen finden diesen Sonntag nicht statt.
Die Ortsverwaltung.

35 Sie sparen Geld! Möbel

Wenn Sie direkt Möbelfabrik H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35, kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35



LÖWENBIERE

SIND AUF DER HÖHE

Jahresumsatz: 1902/3 ca. 43.600 hl. 1911/12 ca. 300.000 hl.

Export nach allen Weltteilen.

Löwen-Versand in Kannen, Siphons, Flaschen überall käuflich oder Fernspr. Nord. 10.370 — 10.372.

Löwen-Brauerei A.-G., Berlin N.

Vitrinens berühmte Rührmaschinen, Teilzahlung, vollständigste Bedingungen. Gebrauchte Maschinen (spottbillig). Staßbergerstraße 99, Warischauerstraße 65.

Voranzeige! Ende März Voranzeige!

Neueröffnung des Restaurants „Zum goldenen Bienenkorb“

Usedom-Straße 28, Ecke Watt-Straße.

Vereinszimmer von 20—80 Personen zu vergeben.

Neu renovierte Lokalitäten. — Beste und schönste Beleuchtung. — Altbekannt gute Küche. — Solide, reelle Bedienung.

Pauline Böhl.